

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Peter Wensierski
Friedensbewegung
in der DDR

Manfred Spieker
Die Verteidigung des Friedens
gegen den Pazifismus

Peter Kern/Hans-Georg Wittig
Die Friedensbewegung —
zu radikal oder gar nicht
radikal genug?

ISSN 0479-611 X

B 17/83

30. April 1983

Peter Wensierski, geb. 1954; Journalist in West-Berlin; verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift ‚Kirche im Sozialismus‘ und DDR-Reisekorrespondent des Evangelischen Presesdienstes (epd).

Veröffentlichungen u. a.: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978—82, Hattingen 1982; Beton ist Beton. Zivilisationskritik aus der DDR, Hattingen 1982; VEB Nachwuchs. Jugend in der DDR, Hamburg 1983; Evangelische Jugendarbeit in der DDR, in: R. Henkys (Hrsg.), Die Evangelischen Kirchen in der DDR, München 1982.

Manfred Spieker, Dr. phil., geb. 1943; 1972—1982 Wissenschaftlicher Assistent am Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und europäische Fragen der Universität Köln. 1982 Habilitation im Fach Politische Wissenschaft. Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück.

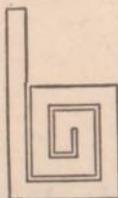
Veröffentlichungen u. a.: Sozialstaat contra Rechtsstaat?, in: Zeitschrift für Politik 1974; Neomarxismus und Christentum. Zur Problematik des Dialogs, 2. Auflage 1976; Grundwerte in der Bundesrepublik, Probleme ihrer Begründung, Geltung und Stabilisierung, in: Civitas, Bd. XV, 1977; Der Eurokommunismus — Demokratie oder Diktatur?, 1979; Die Grenzen eurokommunistischer Grundrechtsbekenntnisse, in: Europäische Rundschau 1981; Die Demokratiediskussion unter den deutschen Katholiken 1949—1963, in: A. Rauscher (Hrsg.), Katholizismus, Rechtsethik und Demokratiediskussion 1945—1963, 1981.

Peter Kern, Dr. phil., geb. 1940, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Studium in Göttingen und Hannover. Tätigkeit als Lehrer an Grund- und Hauptschulen, als Ausbildungsleiter an Integrierten Gesamtschulen. Von 1973 bis 1982 Professor für Allgemeine Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Lörrach.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Pädagogik — Pädagogische Politik. Kritische Bemerkungen zu zentralen Themen gegenwärtiger Pädagogik, Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 1973; Einführung in die Vergleichende Pädagogik, Darmstadt 1973; zusammen mit H.-G. Wittig: Pädagogik im Atomzeitalter, Freiburg i.Br. 1982.

Hans-Georg Wittig, Dr. phil., geb. 1942, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Lörrach. Studium in Hamburg und Tübingen. Nach Schließung der Pädagogischen Hochschule Lörrach Professor für Allgemeine Pädagogik in Karlsruhe.

Veröffentlichungen u. a.: Wiedergeburt als radikaler Gesinnungswandel. Über den Zusammenhang von Theologie, Anthropologie und Pädagogik bei Rousseau, Kant und Pestalozzi, Heidelberg 1970; Pädagogische Anthropologie — Krise und möglicher Neuanfang, in: E. König/H. Ramsenthaler (Hrsg.), Diskussion Pädagogische Anthropologie, München 1980, S. 237—266; zusammen mit P. Kern: Pädagogik im Atomzeitalter, Freiburg i.Br. 1982.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen, keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Friedensbewegung in der DDR

Wenn eine Atombombe direkt über dem Brandenburger Tor detoniert, dann verdampfen in Bruchteilen von Sekunden die Karosserien aller Autos in Charlottenburg ebenso wie in Pankow; in den Außenbezirken Marzahn (Berlin-Ost) und Märkisches Viertel (Berlin-West) zerschmelzen sie noch. Von der Spreebrücke mit dem deutschen Adler am Bahnhof Friedrichstraße bleiben nicht mal die Betonpfeiler übrig, in Wannsee und Königswusterhausen — kilometerweit vom Detonationszentrum entfernt — fängt die Kleidung von Straßenpassanten noch spontan Feuer.

Diese Vision eines atomaren Infernos schildert eine Zweiundzwanzigjährige bei einer Friedensdiskussion in Ost-Berlin. Von solch konkreten Vorstellungen betroffen, ist für die anderen Beteiligten an diesem Abend klar: Hier an der Nahtstelle zwischen Ost und West wird die absurde Konsequenz eines möglichen Krieges besonders deutlich. „Weil es den Politikern in mehr als 30 Jahren nicht gelungen ist, dem Frieden näher zu kommen“, meint eine junge Frau aus Potsdam, „müssen wir jetzt selbst aktiv werden — mit neuen Friedensideen.“

Mit solch einem Bekenntnis steht sie drüben nicht mehr allein. Es gibt heute den Aufbruch einer Generation, wie ihn viele vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Die DDR steckt mitten in einer der interessantesten politisch-kulturellen Umbruchphasen ihrer Nachkriegsgeschichte. Unter dem für diesen Wandel notwendigen Schirm von Stabilität und Kontinuität in ihren politischen Kernbereichen hat mit Beginn der achtziger Jahre in ihrem Inneren ein Wandel begonnen, dessen politische Bedeutung im Westen noch ungenügend erkannt wird. Zu sehr verharret man in traditionellen Betrachtungsmustern. Erschwerend kommt hinzu, daß allzu schnell innenpolitische Vorgänge in der DDR für parteipolitische Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik mißbraucht werden. So bleibt häufig der Blick für neue Entwicklungen, neue Attraktivitäten und die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen versperrt.

Der Umbruch geschieht weder spektakulär noch besonders rasant. Es gehört schon ein sensibler Blick dazu, ihn überhaupt wahrzu-

nehmen bzw. einzelne Veränderungen in *einem* Zusammenhang zu sehen. Bemühungen um eine neue Geschichtsrezeption (z. B. im Preußen- und Luthererbe), Diskussionen im Volksbildungsbereich, Veränderungen in Organisations- und Wirtschaftsstrukturen, Entwicklungen im kulturellen Bereich oder „historische Experimente“¹⁾ mit den Kirchen dürfen nicht voneinander losgelöst betrachtet werden. Das Bemühen der politisch und ökonomisch in Zugzwang geratenen SED, einen gebremsten Modernisierungsprozeß des Systems als Antwort auf die Herausforderungen zuzugestehen, wird sonst nicht erkannt. Es wäre — nicht zuletzt auch für westliche Politiker — fatal zu verkennen, daß neue Faktoren politikbestimmend wirksam sind.

Dieser Prozeß verläuft nicht geradlinig. Die Partei — in sich differenziert — kann und will nicht darauf verzichten, die Kontrolle zu behalten und das Entwicklungstempo zu bestimmen. In ihren Politikformen muß sie in der Hauptsache konventionelle Konformität beibehalten. Doch der starre Blick vom Westen auf die traditionellen politischen Formen der Herrschaftsstabilisierung der SED, z. B. durch restriktive Maßnahmen, hilft heute in der Erkenntnis nicht weiter. Wie die neue Dynamik zwischen Partei und Gesellschaft verlaufen kann, ist besonders gut am Beispiel der „Friedensbewegung“ zu verdeutlichen.

Für die SED war die „Friedensbewegung“ bisher schlicht entweder die ganze DDR oder alle von ihr ins Leben gerufenen Vereinigun-

¹⁾ Der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, äußerte sich bei einer Auslandsreise, die ihn u. a. nach London und Genf führte, grundsätzlich über die staatliche Kirchenpolitik. In London sagte er am 13. Mai 1981 vor dem Königlichen Institut für Internationale Angelegenheiten u. a.: „Eine Besonderheit, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit richten möchte, ist, daß die DDR das einzige sozialistische Land ist, wo der Protestantismus die Mehrheit bildet. Das ist deshalb wichtig, weil die Kirchen eine grundsätzlich unterschiedliche Einstellung gegenüber gesellschaftlicher Verantwortung haben ... sie sind zur gesellschaftlichen Beteiligung gerufen. In diesem Kontext haben wir ein großes historisches Experiment in unserer Kirchenpolitik begonnen. Es ist schwierig, aber doch gleichzeitig eine Herausforderung an die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Und ich glaube, es ist eine große Chance.“ (Vgl. epd-dokumentation, Frankfurt, 28/1981, S. 8).

gen, die seit Jahrzehnten autonome Aktivitäten überflüssig erscheinen lassen sollten. Heute gibt es aber einige zehntausend — nicht hunderttausende wie in der Bundesrepublik — vorwiegend junger Leute, die eigene Vorstellungen über Friedensinitiativen haben. Sie suchen keine harte Konfrontation mit der Macht, und beteuern ständig, daß sie den Friedenswillen auch ihrer eigenen Regierung ernst nehmen, jedoch andere Auffassungen über das WIE der Friedenssicherung haben. Das ist keineswegs nur Taktik, um sich vor dem staatlichen Zugriff zu schützen. Es han-

delt sich nicht um eine klassische Dissidentenbewegung, die sich hinter einem Thema versteckt, das gerade modern ist, und in Wirklichkeit etwas ganz anderes will. Mit traditionellen Schemata ist ihr nicht beizukommen. Gerade weil in der DDR alles organisiert ist, sind die Beteiligten es nicht. Sie sind eine Bewegung, weil das persönliche Bewegt-Sein sie auf eine nicht-institutionelle Art und Weise verbindet und sie zusammen etwas Politisches bewegen läßt. Diese Bewegung ist ein Faktor, mit dem die SED umzugehen lernen muß.

I. Die lange Tradition kirchlicher Friedensarbeit

Neben der staatlichen Friedenspolitik hat es eigene Friedensideen im Raum der evangelischen Kirchen der DDR schon seit Jahrzehnten gegeben. Der kirchliche Friedensbegriff wurzelt im Evangelium; zu seinen konstituierenden Bestandteilen gehören u. a. Gewaltlosigkeit, Feindesliebe und Vertrauen. Wenn man von der Utopie einer waffen- und gewaltlosen Zukunft absieht, existiert zwischen kirchlicher Friedensverantwortung und dem sozialistischen Friedensbegriff eine grundsätzliche Spannung. Die systemimmanente Stringenz des sozialistischen Friedensverständnisses läßt im Grunde keine dritte Position zu: „Nach ihrem Selbstverständnis ist die DDR ein Friedensstaat, weil mit dem Aufbau des Sozialismus im Innern der gesellschaftliche Friede realisiert und ihre Außenpolitik der friedlichen Koexistenz im Rahmen des sozialistischen Bündnissystems darauf gerichtet ist, den Imperialismus zurückzudrängen und allen Völkern der Welt den Weg zu einem beständigen Frieden zu bahnen. Dem Bemühen der Kirchen der DDR, einen eigenständigen Beitrag zum Frieden zu leisten, sind angesichts dieses Verständnisses enge Grenzen gesetzt, zumal dort, wo dieser Beitrag kritisch ausfällt.“²⁾

Die evangelischen Kirchen in der DDR sind die einzigen Organisationen des Landes, die ihre Autonomie gegenüber dem faktischen Alleinvertretungsanspruch der SED bewahrt

haben. Daraus ergibt sich eine besondere Rolle, wie sie die Kirche etwa in der Bundesrepublik nicht hat oder haben kann, weil es hier neben der Kirche zahlreiche andere autonome gesellschaftliche Vereinigungen unterschiedlichster Art gibt.

Aus der kirchlichen Friedensarbeit in den sechziger und siebziger Jahren ragen zwei Beispiele besonders heraus: Das Eintreten für das Recht auf Waffendienstverweigerung Mitte der sechziger Jahre, sowie die Anstrengungen gegen die Einführung des Wehrunterrichtes³⁾. Im September 1978 sollte in den 9. und 10. Klassen „sozialistische Wehrziehung“ als Pflichtfach eingeführt werden. Dieses Vorhaben löste schon Monate zuvor eine Welle von Anfragen und Eingaben an die verantwortlichen staatlichen Stellen aus. Die Kirchen wurden um Unterstützung gebeten, um die Partei- und Staatsführung von der Einführung des neuen Unterrichtsfaches abzubringen. Der kirchliche Protest blieb jedoch erfolglos.

Die DDR hat seitdem die Maßnahmen zur Steigerung der Wehrbereitschaft weiter ausgebaut. Immerhin konnte in einigen Einzelfällen Schülern, die eine Teilnahme am Wehrunterricht verweigert hatten und deswegen in Schwierigkeiten geraten waren, durch Inter-

²⁾ Mechtenberg, Die Friedensverantwortung der Evangelischen Kirchen in der DDR, in: Henkys (Hrsg.), Die Evangelischen Kirchen in der DDR, München 1982, S. 357.

³⁾ Vgl. dazu Eisenfeld, Kriegsdienstverweigerung in der DDR — ein Friedensdienst?, Frankfurt/Main, 1978, und: Ehring/Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen — Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982, und: Büscher/Wensierski/Wolschner, Friedensbewegung in der DDR — Texte 1978—82, Hattingen 1982.

vention kirchlicher Stellen Nachteile erspart bleiben. Die Furcht vor späteren beruflichen Nachteilen brachte es jedoch mit sich, daß nur eine verschwindend kleine Zahl von Schülern die Teilnahme verweigerte. Im Ergebnis dieser zwischen Staat und Kirche relativ heftig und öffentlich geführten Diskussion zeigte sich jedoch eine größere Sensibilisierung gegenüber den weiteren Wehrrüchtigungsmaßnahmen der DDR, die bis heute folgten. Dazu gehört u. a., daß der Wehrunterricht auf die 11. Klassen ausgedehnt und vormilitärische Ausbildung von Lehrlingen Pflicht wurde. Es gab schärfere Werbemethoden zur freiwilligen Verpflichtung für den „Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee“ — allgemein verbreitete sich ein Klima, als ob man sich unmittelbar auf eine kriegerische Auseinandersetzung vorzubereiten habe.

Für die Kirchen war der Protest gegen die Einführung des Wehrunterrichtes nicht selbstgewählte Friedensaktivität, sondern eher Reaktion auf Maßnahmen des Staates. Die Auseinandersetzung löste jedoch zugleich das Bedürfnis nach einer langfristig konzipierten Friedensarbeit (Stichwort „Erziehung zum Frieden“) aus⁴⁾. In der Kirche gründeten sich Friedensarbeitskreise.

Das Militärische Element spielt in der DDR eine immer größere Rolle: Wehrsportlager in den Schulferien, Schießausbildung in den Semesterferien als Pflicht für alle Studenten (auch der Theologie), Werbung für längeren Armeedienst, die gegenüber Fünfzehnjährigen oft an Nötigung grenzt, usw. Die Liste der möglichen Beispiele ließe sich erschreckend verlängern. Der einzelne kann sich diesen Anforderungen des Staates nicht entziehen. Ob er will oder nicht, wird er mit diesen oder jenen Anforderungen konfrontiert. Dabei muß er Farbe bekennen, und oft genug entsteht dann Widerspruch. Viele allerdings unterwerfen sich jedoch — zumindest äußerlich — den Anforderungen und machen mit. Dies ist die Mehrheit, so daß das Ausmaß der Friedensbewegten nicht überschätzt werden sollte. Die Zahl der den Dienst mit der Waffe verweigernden Bausoldaten schwankte in den letzten Jahren pro Jahrgang zwischen 350 und 700. 1982 sollen es über 1 000 gewesen sein.

Wenn man nach der Ursache für das Entstehen der Friedensbewegung in der DDR fragt, dann wird man sie zuerst in der innenpoliti-

schon Entwicklung der letzten Jahre suchen müssen. Sie ist weniger eine Reaktion auf das Vorbild westlicher Friedensbewegungen, als eine „hausgemachte“ Erscheinung. Das Gefühl, an der Nahtstelle der Systeme mehr oder weniger eingesperrt zu sein (auch die Grenze nach Polen wurde weitgehend undurchlässig), mag noch hinzugekommen sein. Einen gewissen Signalcharakter hatten auch die von den SED-Medien propagierten Ereignisse wie die Bonner Demonstration der 300 000 und der Evangelische Kirchentag in Hamburg im Jahre 1981.

Zur Jahreswende 1979/80 verschärfte sich die weltpolitische Lage erheblich. Die NATO faßte ihren „Doppelbeschluß“, die Sowjetunion intervenierte über Weihnachten in Afghanistan, die USA drohten wirtschaftliche Sanktionen an, die Olympiade in Moskau wurde von mehreren westlichen Ländern boykottiert, ein geplantes Treffen zwischen Schmidt und Honecker abgesagt. Die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Supermächten mit dem Kriegsschauplatz Europa beherrschte von nun an nahezu täglich die Medien.

Im Herbst 1980 verhärtete die DDR als Reaktion auf die seit dem Sommer im Nachbarland Polen vor sich gehenden Veränderungen ihre Innen- und Außenpolitik. Der Mindestumtausch für Besucher aus dem Westen wurde erhöht, die Arbeitsmöglichkeiten westlicher Korrespondenten eingeeengt. Die DDR untersagte mehrfach die Berichterstattung über kirchliche Synoden, auf denen es um das Thema Frieden ging. Evangelische Kirchenzeitungen, die offizielle kirchliche Äußerungen zur Friedensarbeit gedruckt hatten, mußten vor ihrer Auslieferung wieder eingestampft werden und mit zensiertem Text neu erscheinen. In den staatlichen Medien wurde die Bevölkerung auf eine Intervention in Polen eingestimmt. Auf Kritik der Kirche reagierten staatliche Vertreter in vertraulichen Gesprächen mit leitenden Geistlichen mit heftigen Vorwürfen, ob sie eine ähnliche Lage wie in Polen herbeiführen wollten.

Zum erstenmal sollte vom 9. bis 19. November 1980 eine „Friedensdekade“ in den evangelischen Kirchengemeinden stattfinden. Sie stand unter dem Leitmotiv „Frieden schaffen ohne Waffen“. In den Arbeitsmaterialien hieß es: „Es wäre gut, wenn Menschen ihre Erkenntnisse auch artikulierten“. Dies könne gegenüber der Kirche und dem Staat geschehen. So sei ein Brief an die Volkskammer etwa in folgender Richtung denkbar: Man

⁴⁾ Büscher/Wensierski/Wolschner, a. a. O. (Anm. 3), S. 45—96.

danke für alle Abrüstungsbemühungen mit der Bitte um weitere, mit „möglichst zeichnerhaften Entscheidungen auch im eigenen Land“, zum Beispiel durch ein Verbot der Produktion von Kriegsspielzeug.

Das Thema Frieden zog sich von nun an durch die kirchliche Diskussion als tragende Thematik. Im März 1980 begannen in Ost-Berlin seit langem erstmals wieder deutsch-deutsche Kirchenkonsultationen über Friedensfragen zwischen dem DDR-Kirchenbund und der EKD. Dies geschah sogar mit offizieller Würdigung durch die SED⁵⁾. Ein Jahr später, am 9. November 1981, fanden in der Bundesrepublik und in der DDR gleichzeitig „Bittgottesdienste für den Frieden“ statt, an denen sich mehrere Zehntausend Menschen beteiligten. An der Basis bildeten sich allerorten neue kirchliche Friedensinitiativen.

Wer sich daran beteiligte, stammte nicht unbedingt aus kirchlichen Traditionen. Die Frie-

denkreise der Kirche ziehen sowohl radikalere Kräfte an, die weitgehendere Kritik an der Gesellschaft haben, als auch Leute, die kritisch-konstruktiv in staatlichen Organisationen oder der SED nahestehenden Verbänden mitarbeiten. Das Spektrum ist mitunter recht breit. Von Einheitlichkeit, wie sie der Begriff Bewegung suggeriert, kann bis heute — für die kirchliche Friedensarbeit insgesamt — kaum die Rede sein.

Besonders großen Zulauf fanden sogenannte Friedensseminare. Dabei treffen sich die Teilnehmer in kirchlichen Räumen meist für ein Wochenende oder mehrere Tage, um gemeinsam an einem Thema wie „Sprache des Friedens“, „Gewaltfreie Aktionen“ oder „Alternative Sicherheitssysteme“ zu arbeiten. Zu den ältesten und bekanntesten gehört das Friedensseminar in Königswalde/Sachsen. Dort versammeln sich alljährlich im Frühjahr und Herbst rund vier- bis fünfhundert Interessierte, die kaum noch untergebracht werden können.

II. „Sozialer Friedensdienst“

Ein weiterer Einschnitt in der Entstehungsgeschichte dieser Bewegung ist die Initiative zur Einführung eines „sozialen Friedensdienstes“ (SoFd) gewesen. Ausgangspunkt war Dresden. Drei Mitarbeiter der sächsischen Landeskirche verfaßten am 9. Mai 1981 einen Aufruf⁶⁾, der sich rasch in der gesamten DDR verbreitete, und bis zum Herbst baten rund 5 000 weitere Unterzeichner die evangelische Landeskirchen um Unterstützung. Es gab sowohl Briefe mit einzelnen, als auch kollektive Unterschriften, die eigenständig und privat überall in der DDR gesammelt wurden, wobei es nicht nur immer um das Thema „sozialer Friedensdienst“ ging. Die Kirchenleitungen wurden beim Staat vorstellig, doch der drückte mehrfach sein kompromißloses Nein zur Forderung eines „sozialen Friedensdienstes“ aus.

Die Gesamtsituation in der DDR gab offensichtlich den Ausschlag dafür, daß sich sämtliche Synoden positiv zu der Initiative äußerten.

Dabei geht es der Kirche nicht nur um die individuelle Möglichkeit, aus Gewissensgründen keine Waffe in die Hand zu nehmen, die besteht schon seit Mitte der sechziger Jahre innerhalb der Armee bei den sogenannten Baueinheiten. Es geht offenbar mehr darum, wenigstens beispielhaft deutlich zu machen, daß der Frieden sich heute nicht mehr nur auf militärische Stärke und Abschreckung stützen kann. Am deutlichsten kommt das in den Beschlüssen der provinziälsächsischen Kirche zum Ausdruck, die in Halle tagte. Dort wandte man sich in einer besonderen Erklärung ausdrücklich gegen das Konzept der militärischen Friedenssicherung. Die Synode schlug vor, daß auch die Staaten des Warschauer Paktes, also auch die DDR, Vorleistungen erbringen sollten, um den Prozeß der Abrüstung zu fördern. Dies könne zum Beispiel durch die Reduzierung der SS-20 und durch den Abbau der zahlenmäßigen Panzerüberlegenheit des Warschauer Paktes geschehen.

Der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, ging nach einem Vortrag vor Theologie-Studenten der Ost-Berliner Hum-

⁵⁾ Vgl. Henkys (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 2), S. 186 ff.

⁶⁾ Büscher/Wensierski/Wolschner, a. a. O. (Anm. 3), S. 169 ff.

boldt-Universität auf Fragen der Studenten auf das Thema „SoFd“ ein. Als Gründe für die staatliche Ablehnung nannte er:

— Den staatlichen und verfassungsmäßigen Grundsatz der Verteidigungsbereitschaft und -pflicht.

— Die Verpflichtungen im Warschauer Pakt, bestimmte Kontingente zu stellen, die eingehalten werden müßten.

— Den Umstand, daß militärische Stärke der größte Beitrag zur Sicherung des Friedens sei.

Im übrigen würde der Begriff „Sozialer Friedensdienst“ suggerieren, daß der Dienst mit der Waffe in der Nationalen Volksarmee (NVA) „antisozialer Kriegsdienst“ wäre, und

die überwiegende Mehrheit der jungen Christen leiste den Dienst mit der Waffe in der NVA. Diese Leute, so Gysi, „können nicht diffamiert werden“. Und er fügte unmißverständlich hinzu: „Wer mit dieser klaren Stellungnahme des Staates nicht einverstanden ist, zeigt damit, daß es ihm um die Konfrontation geht.“⁷⁾

Trotz der staatlichen Ablehnung waren die Bemühungen um einen „sozialen Friedensdienst“ ein, wenn nicht *der* wichtigste Impuls für die weitere Entwicklung der Friedensdiskussion. Im DDR-Kirchenbund wurde eine verstärkte Diskussion angeregt, die der Initiative zugrundeliegende pazifistische Position zu reflektieren.

III. Schwerter zu Pflugscharen ...

Mit der Jahreswende 1981/82 reagierte die SED wesentlich nervöser auf die Tatsache, daß sich in der Friedensdiskussion eine Kluft zwischen dem Staat und einem Teil der Gesellschaft aufgetan hatte, die das Integrationsvermögen des politischen Systems vor ernste Probleme stellt. Der sich abzeichnende „Desintegrationsprozeß in Sachen Frieden“⁸⁾ wurde am deutlichsten nach der Friedensdekade im November 1981. Ein legal in der DDR von der Kirche hergestellter Textildruck, der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, fand einige zehntausend Träger in der gesamten DDR. Jugendliche entdeckten den Spruch aus dem Alten Testament, der mit der Grafik einer Plastik, die die Sowjetunion der UNO zum Geschenk gemacht hatte, ergänzt worden war. Sie nähten ihn auf ihre Parkas und Jeans auf, legten ihn als Lesezeichen in Schulbücher oder klebten ihn aufs Moped.

Als er sich immer weiter ausbreitete, reizte er die Ordnungshüter — es kam zu den verschiedenartigsten Übergriffen und Repressalien gegen einzelne. In Rostock und Halle, Dresden und Ost-Berlin wurden Schüler von ihren Lehrern gezwungen, die Aufnäher von ihrer Kleidung zu entfernen. Auf offener Straße wurden Jugendliche herausgegriffen und auf Polizeiwachen geschleppt. Eine

Gruppe junger Christen, die zu einer kirchlichen Veranstaltung nach Halle gefahren war, durfte das Bahnhofsgelände nicht verlassen, ehe die Aufnäher abgetrennt waren. Autoscheiben wurden überklebt, wenn das Zeichen von innen prangte, sonst fand es der Fahrer säuberlich abgekratzt — genauso an Wohnungstüren.

Ein Ost-Berliner Jugendlicher mußte eine Ordnungsstrafe in Höhe von 150 Mark zahlen. Der Vorwurf: „Sie haben am 30. 3. 1982 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie durch das Tragen einer symbolhaften Darstellung mit pazifistischer Aufschrift in der Öffentlichkeit das Schutzbedürfnis der Bevölkerung der DDR grob mißachteten und somit das sozialistische Zusammenleben störten. Es wird daher gegen Sie eine Ordnungsstrafe von 150,— Mark festgesetzt. Begründung: Mit dieser Handlung verletzen Sie das Moralempfinden der Bürger des sozialistischen Staates und verursachten eine ungebührliche Belästigung der Bürger.“⁹⁾

Die auf der III. ZK-Tagung der SED Ende November 1981 angekündigte und im Frühjahr 1982 auf Hochtouren gebrachte Gegenoffensive „Der Frieden muß verteidigt werden — der Frieden muß bewaffnet sein“ erwies sich

⁷⁾ Ebd., S. 258.

⁸⁾ Mechtenberg, a. a. O. (Anm. 2), S. 389.

⁹⁾ Der Ordnungsstrafbefehl liegt im Archiv der Berliner Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Publizistik vor.

jedoch eher als Bumerang; der Widerspruch junger Leute zur staatlichen Friedenspolitik wurde dadurch nicht verringert. Selbst wenn SED-Mitglieder erklärten, daß sie einer Utopie einer Welt ohne Waffen „im Prinzip“ zustimmen würden und den Friedenswillen der DDR ständig beteuerten, konnten immer weniger Menschen dies mit der verstärkten Militarisierung in Einklang bringen.

Der Ost-Berliner Bischof Gottfried Forck, der noch heute das Emblem auf einer Aktentasche trägt, beklagte sich in einem Wort an die Gemeinden¹⁰⁾, daß bei den staatlichen Eingriffen keine klare Auskunft über die Rechts-

grundlage gegeben werde. In einem Gespräch mit DDR-Staatssekretär Klaus Gysi (das am 7. April stattfand) wiesen die Vertreter des DDR-Kirchenbundes, darunter Bischof Krusche, deshalb daraufhin, daß sich die Kirchen außerstande sehen, den Jugendlichen die staatliche Haltung verständlich zu machen; aus dem Vorgehen der staatlichen Organe seien schwerwiegende Folgen für die persönliche Entwicklung der Jugendlichen zu befürchten. Es wurde ausdrücklich an die Staatsvertreter appelliert, daß an einer Verschärfung des Konfliktes niemandem gelegen sein kann.

IV. Das Dresdener Friedensforum

Doch der Staat bleibt beim Konfrontationskurs. Die verheerenden innenpolitischen Konsequenzen scheinen ihn wenig zu kümmern. Zu Trotz und Resignation mischt sich bei vielen Jugendlichen der totale Verlust von Vertrauen — in Staat und Kirche. Am 13. Februar 1982, dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens, kamen über 5 000 Besucher in die Dresdener Kreuzkirche, um dort mit den kirchlichen Vertretern in aller Offenheit sie bewegende Fragen des Friedens zu diskutieren. Eine solche Veranstaltung war in der DDR bis dahin ohne Beispiel. Schon damals wurde aber deutlich, „daß auch die Integrationskraft der Kirche in der Friedensfrage nur bedingt ist und die Initiativen, die jenseits dieser Grenzen liegen, von der Kirche nicht mitverantwortet werden können“¹¹⁾. Die Jugendlichen strömten den ganzen Tag über aus den Zügen, deutlich erkennbar an ihren Abzeichen auf Parkas und Jacken. Andere hatten um ihren Kopf selbstgemachte Stirnbänder mit der Aufschrift „Frieden schaffen ohne Waffen“. Daß es eine, wenn auch im Vergleich zur Friedensbewegung im Westen noch immer kleine, neue Bewegung gibt, wurde hier erstmals öffentlich sichtbar. Das Treffen in der Dresdener Kreuzkirche, das auf Drängen der an der Basis in den verschiedensten Friedensinitiativen Aktiven zustande kam, war von offizieller kirchlicher Seite unterstützt worden. Es blieb dadurch auch von Konflikten

mit staatlichen Sicherheitsorganen, die ein selbständiges Treffen der Jugendlichen gewiß nicht erlaubt hätten, verschont.

Das eigentliche Friedensforum begann nach dem alljährlichen Gedenkgottesdienst. Man reichte Fragen schriftlich zum Podium hinauf, wo als Repräsentanten der Kirche u. a. Landesbischof Hempel, Kirchenamtspräsident Domsch, Jugendpfarrer Bredtschneider und der Fachreferent für Friedensfragen beim evangelischen Kirchenbund Garstecki Platz genommen hatten. Es kamen alle Fragen, die in Friedenskreisen diskutiert werden, auf den Tisch. Etwa:

Soll man in der Schule am Wehrunterricht teilnehmen oder nicht? Müßte es nicht in der Schule ein Fach „Friedenserziehung“ geben? Gibt es wirklich keine Chance für einen sozialen Friedensdienst? Was hält die Kirche vom „Berliner Appell“ des Pfarrers Eppelmann, sollte man so etwas nicht unterschreiben? Warum können z. B. in Zittau Jugendliche mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ an ihrer Kleidung in die Schule gehen, während an anderen Orten diese Losung nicht geduldet wird? Den Kirchenvertretern fiel es oft schwer, zu antworten. Da sich der Staat nicht selber der Diskussion über solche Fragen stellt, mußten sie immer wieder auch sein „Nein“ und seine Argumente gegen die Wünsche der Jugendlichen erklären. Dort, wo sie die Jugendlichen um Zurückhaltung in ihren Aktivitäten bitten mußten, ernteten sie deutliche Äußerungen des Mißfallens.

¹⁰⁾ Am 14. 4. 1982 für die Ostergottesdienste.

¹¹⁾ Mechtenberg, a. a. O. (Anm. 2), S. 392.

Bei all ihrem Engagement in Sachen Frieden wollen die evangelischen Kirchen sich nicht an die Spitze einer unabhängigen DDR-Friedensbewegung stellen, wie dies von oppositionellen Persönlichkeiten wie dem inzwischen verstorbenen Regimekritiker Robert Havemann oder Schriftstellern wie Stefan Heym verlangt worden ist. Die Kirche betreibt selbst eigenständige Friedensarbeit, die allerdings mit nichtkirchlichen Initiativen — auch staatlichen — korrespondiert. Sie spielt eher die Rolle des Vermittlers zwischen Staat und kritisch-engagierter Jugend. Sie versucht, gegenüber dem Staat Verständnis für die Ernsthaftigkeit des Friedenswillens der jungen Leute zu wecken und gegenüber der drängenden Basis Verständnis für das politische Erreichbare unter den gegebenen Bedingungen.

In dieser Mittlerrolle gerät sie schnell bei beiden Seiten ins Zwielficht. Vorwürfe wie Opportunismus auf der einen, und Oppositionspartei auf der anderen Seite wechseln sich ab. Die Kirchenleitungen müssen das aushalten. Ihre Politik bewegt sich auf einem schmalen Grat; der eigene Spielraum ist relativ gering. Die acht Millionen Mitglieder sind auch politisch sehr unterschiedlich zusammengesetzt — die Äußerungen der Kirchenführungen müssen das berücksichtigen. Die Erwartungen sind oft größer, weil sie an diesen einfachen Tatsachen vorbeisehen.

In dieser Situation ist es nicht immer leicht, wenn sich einzelne Stimmen zu Wort melden. Zahllose Friedenspapiere entstanden in letzter Zeit zur Klärung des Selbstverständnisses; allerorten setzten sich Menschen auf eigene Initiative zusammen und diskutierten, was sie tun könnten. Einzelne verfaßten offene Briefe. Weltweit bekannt wurde ein Kreis um den Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann durch den sogenannten „Berliner Appell — Frieden schaffen ohne Waffen“¹²⁾. (Eppelmann ist auch der Veranstalter der „Bluesmassen“, die mehr-

mals jährlich ca. 7000 Jugendliche anziehen.) Die in diesem Appell enthaltenen Forderungen nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa und nach dem Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland konnten von vielen kirchlichen Friedensaktivisten nicht mehr nachvollzogen werden. Von seiten der Ost-Berliner Kirchenleitung äußerte man sich distanziert sowohl zur Form als auch zum Inhalt des „Berliner Appells“, für den eine Unterschriftensammlung begonnen hatte. In einem zuvor von Eppelmann an Erich Honecker gerichteten offenen Brief finden sich neben diesen weniger konsensfähigen politischen Forderungen aber auch eine ganze Reihe von „vertrauensbildenden Maßnahmen“, die auch in kirchlichen Friedenskreisen immer wieder Stein des Anstoßes sind. Dabei geht es etwa um:

- Verbreitung von Kriegsspielzeug in der DDR
- Verherrlichung des Soldatentums im Schulunterricht
- Abschaffung organisierter Besuche von Kindergartengruppen und Schulklassen in Kasernen
- Abschaffung des Wehrunterrichtes und der vormilitärischen Ausbildung
- Verzicht auf groß angelegte Feiern und Präsentationen von militärischem Material bei Volksfesten
- Verzicht auf jede militärische Demonstration bei Staatsfeiertagen
- keine Benachteiligung mehr für alle, die pazifistische Überzeugungen äußern usw.

Eppelmans Brief an Honecker blieb unbeantwortet. Auf den „Berliner Appell“ reagierten die staatlichen Organe sehr schnell: Wenige Stunden, nachdem das Politbüro tagte und westliche Zeitungen den Wortlaut des Appells veröffentlichten, nahmen Beamte der Staatssicherheit mehrere Unterzeichner des Aufrufs fest. Rainer Eppelmann wurde zwei Tage lang verhört, dann jedoch — wie alle übrigen Beteiligten — wieder auf freien Fuß gesetzt; das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

¹²⁾ Büscher/Wensierski/Wolschner, a. a. O. (Anm. 3), S. 242.

VI. Frieden und Ökologie

In der neuen Friedensbewegung denken aber nur die wenigsten weltpolitisch oder gar deutschlandpolitisch. Die Betroffenheit, die zur Aktivität führt, resultiert eher aus dem direkt persönlich Erlebten. Wenn man genauer hinsieht, wird dabei deutlich, daß es nicht nur der Frieden ist, der die Beteiligten bewegt. Schon beim ersten Dresdener Friedensforum wurde die Frage nach einem alternativen Lebensstil gestellt. Es müsse eine Verbindung von Friedensbewegung und Ökologie-Engagement geben, hieß es, denn was nütze es, wenn der äußere Friede erhalten bleibt und im Inneren alles zerstört sei? Ökologisches Bewußtsein und alternativer Lebensstil schließe daher das Friedensengagement mit ein und umgekehrt.

Viele, die im Februar 1982 in Dresden dabei waren, nahmen darum einige Monate später auch an kirchlichen Ökologieaktionen teil, die in einigen DDR-Städten wie Leipzig, Dresden, Schwerin, Rostock, Neustrelitz und Ost-Berlin schon seit ein paar Jahren Tradition sind. Dabei treffen sich jeweils einige hundert Leute über das Wochenende. Man pflanzt z. B. Bäume — gelegentlich mit Unterstützung des örtlichen „VEB Stadtgrün“ —, am Abend finden Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt, bei denen es um Lebensstil, alternativen Landbau, Kernkraftwerke oder andere Umweltprobleme geht, denn in den DDR-Medien wird kaum etwas darüber veröffentlicht, und dieses Informationsdefizit will man ausgleichen.

Auch beim Friedensseminar in Königswalde wurde über die Verbindung von Friedens- und Ökologieengagement mehrfach diskutiert¹³⁾. Die Aktion „Mobil ohne Auto“ findet in diesem Jahr am 4./5. Juni in Dutzenden von DDR-Städten nun schon zum dritten Mal statt. Fahrraddemonstrationen auf eigene Faust mit einigen hundert Beteiligten gab es u. a. in Ost-Berlin und Leipzig.

Auch wenn es sich nach wie vor um Minderheiten handelt, sind diese neuen Formen von zivilisationskritischem Denken innerhalb der sozialistischen DDR-Gesellschaft von großer Bedeutung.

„Menschliche Arbeit“, schreibt ein Wittenberger Umweltkreis, „darf auch in der DDR nicht mehr vorrangig auf die weitere Anhäufung

¹³⁾ Vgl. Kirche im Sozialismus, Materialdienst zu Entwicklungen in der DDR, Berlin (West), 1—2/83.

und den beschleunigten Verbrauch materieller Güter, sondern muß mehr als bisher auf geistig-kulturelle Betätigung, soziales Engagement und solidarische Lebenshaltung gelenkt werden.“ Gesellschaftlicher Reichtum müsse darum heute definiert werden als materieller und geistig-kultureller Reichtum, als Summe dessen, was zur Bereicherung der menschlichen Wesenskräfte führt. Dies aber besteht nicht darin, über eine möglichst große Menge materieller Güter zu verfügen. Für Karl Marx trat an die Stelle des bloßen national-ökonomischen Reichtums der reiche Mensch, der zugleich „der einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung bedürftige Mensch“ ist, für den der andere Mensch den größten Reichtum darstellt¹⁴⁾.

Eine solche Umorientierung des Verständnisses von gesellschaftlichem Reichtum erfordert eine entsprechende Veränderung gesellschaftlicher und individueller Zielsetzungen, heißt es weiter. Diese Veränderungen könnten zu einer grundlegenden Veränderung der Produktion im ökologischen Sinne führen. Sie schließen ein Stück Verzicht ein, gleichzeitig würden die Menschen ihre neuen qualifizierten Ansprüche äußern.

Auch in der DDR gibt es unter Jugendlichen so etwas wie eine zweite Kultur. Einige zehntausend junge Leute, in Ost-Berlin, Dresden, Leipzig und anderen großen Städten, leben in einer Art inneren Emigration mit einem Lebensgefühl, das in vielem etwa der West-Berliner Jugendszene entspricht. Es existiert ein ähnlicher Bruch zwischen den Generationen. Die bislang gültigen abendländischen und preußisch-deutschen Werte haben für viele ihren Glanz verloren. Die Lebensziele von immer mehr Heranwachsenden sind nicht mehr der materielle Wohlstand, die Anhäufung Befriedigung und Glück versprechender Waren von der Schrankwand bis zur Gartenlaube. Ein Blick in die neuere Literatur, die letzten DDR-Filme oder die Jugendszenen der urbanen Metropolen, die von Punks angefangen alle Sorten von Aussteigern umfassen, zeigt, daß es sich bereits um eine ernst zu nehmende gesellschaftliche Strömung handelt. Einen Dialog des Staates mit diesem Teil seiner Jugend gibt es jedoch bislang nicht.

¹⁴⁾ Wensierski/Büscher, Beton ist Beton — Zivilisationskritik aus der DDR, Hattingen 1981, darin: Kein Sonnenschein ohn' Unterlaß — Naturzerstörung in der DDR und ein Handlungskatalog, S. 51ff.

VII. Deutschlandpolitische Aspekte

Zu den wesentlichen Voraussetzungen für die Anerkennung einer eigenständigen Friedensarbeit des DDR-Kirchenbundes gehört für die SED die Unabhängigkeit von den Kirchen in der Bundesrepublik. Die Gründung des selbständigen DDR-Kirchenbundes bei gleichzeitiger Trennung von der EKD war eine Voraussetzung der Entspannung zwischen Staat und Kirche in den siebziger Jahren. Die Kirchenpolitik der SED ist stets auch mit ihrer Deutschland-Politik verknüpft gewesen. Die innenpolitische Entkrampfung gegenüber der Kirche in den siebziger Jahren vollzog sich auf dem Hintergrund der Ende der sechziger Jahre eingeleiteten Entspannungspolitik. In der jüngsten Zeit, insbesondere im Frühjahr 1980 — nach Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung zwischen EKD und DDR-Kirchenbund und der Aufnahme gemeinsamer Konsultationen über Friedensfragen —, wurde das Zusammenwirken über die innerdeutsche Grenze hinweg von der SED begrüßt, solange dies auch ihrer Politik entsprach und auf der Ebene „eigenständig“ agierender Partner geschah. Zum Zeitpunkt eines besonderen Tiefs der internationalen Lage (Afghanistan) nahmen die Kirchen sogar so etwas wie eine besondere deutschlandpolitische Rolle ein, indem sie bewußtseinsbildend in die Bevölkerung und gesprächsvermittelnd zwischen Bonn und Ost-Berlin wirkten.

Wieweit solche Aktivitäten von der Kirche wahrgenommen werden können, hängt zweifellos vom Inhalt ab. Richtet sich die Kritik gegen westliche Maßnahmen (Doppelbeschluß der NATO), so wird sie gefördert, richtet sie sich beispielsweise vorsichtig gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan, erfolgt die Zensur der Kirchenpresse (wie im Herbst 1980).

Die Aktivität über die innerdeutsche Grenze hinweg hängt vor allem von der politischen Gesamtlage ab. So schlugen sich im Herbst 1980 die Spannungen in Polen auf die Deutschland- und damit auch in die Kirchenpolitik der SED nieder. Insofern sind den Bemühungen der Kirche hier besonders enge und empfindliche Grenzen gesetzt.

Gemeinsam verabschiedete Dokumente zwischen den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik und der DDR haben Seltenheitswert. Allein darum erregen sie öffentliches

Aufsehen, auch dann, wenn ihr Inhalt nicht besonders aufregend ist. Solch ein Dokument ist der im August 1982 veröffentlichte Arbeitsbericht der deutsch-deutschen Konsultationsgruppe über Friedensfragen, die von beiden Kirchen 1980 eingesetzt wurde. Worüber in den DDR-Kirchen schon weitgehend Konsens erzielt werden konnte, z. B. Forderungen nach einseitigen Abrüstungsschritten, Absage an das System der Abschreckung, findet sich — aus Rücksicht auf die EKD — nicht in dem gemeinsamen Arbeitsbericht der Konsultationsgruppe. „Ungeklärt unter uns sind die Folgerungen aus dem unerhörten Widerspruch: die Verteidigung vernichtet aller Wahrscheinlichkeit nach alles, was verteidigt werden soll. Gemeinsam sind wir überzeugt: diese lebensbedrohende Aporie muß überwunden werden.“¹⁵⁾

Beruhigend sind die vielen — zumindest im grundsätzlichen — übereinstimmenden Positionen zwischen den beiden großen deutschen Kirchen. Als eine der Kernaussagen des Berichtes dürfte man die Passage werten, die sich auf die Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt bezieht. Da heißt es: „Kein Ziel oder Wert kann heute die Auslösung eines Krieges rechtfertigen. Die Abwendung des Krieges ist Voraussetzung für die Verwirklichung von Menschenrechten, von Freiheit und Gerechtigkeit. Die Kirche hat die Verpflichtung, darauf hinzuweisen, daß ein Krieg Freiheit und Gerechtigkeit und mit ihnen die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben nicht verteidigt, sondern — vielleicht sogar unwiderbringlich — zerstört.“¹⁶⁾

Die Kirchen erklären also — und das richtet sich nicht zuletzt an die verantwortlichen Politiker in beiden deutschen Staaten —: die Verteidigung der Demokratie durch Krieg wird das Ende der Demokratie bringen, genauso wie die Verteidigung des Sozialismus durch Krieg das Ende des Sozialismus bedeutet.

So enthält der Bericht zumindest indirekt eine Absage an die Abschreckung als Instrument der Friedenssicherung.

¹⁵⁾ Der Text findet sich im Wortlaut in der epd-dokumentation, 38/82, S. 1 f.

¹⁶⁾ Ebd.

VIII. Von der emotionalen Betroffenheit zum Dialog

Die jüngste Synode des DDR-Kirchenbundes bilanzierte vor wenigen Monaten die Entwicklung der letzten Jahre. Dabei versuchte die Leitung des Bundes, die verschiedenen Stimmungen und Strömungen in Sachen Frieden zu beschreiben und gegeneinander abwägend zur Diskussion zu stellen. Deutlich wurde das Bemühen, mit allen Andersdenkenden in der DDR weiter im Gespräch zu bleiben. Zu den Ergebnissen der Bundes-Synode gehörte u. a., daß man vom Staat mehr Toleranz für die Gewissensentscheidungen jugendlicher Pazifisten erwartet, ebenso eine Erleichterung für diejenigen, die sich zu einem Dienst ohne Waffe entschließen. Bausoldaten sollten so eingesetzt werden, daß ihr Dienst als Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung und Friedensbereitschaft einen positiveren Inhalt erhält, z. B. für Naturschutz, Katastrophenschutz, Hilfe an Behinderten. Ein weiteres Problem müsse endlich gelöst werden: es geht um diejenigen Reservisten, die schon einmal bei der Nationalen Volksarmee (NVA) gedient haben, sich aber heute für einen waffenlosen Dienst entscheiden. Diese Verweigerer, von denen es im Jahre 1982 rund 100 gegeben hat — einige wurden von Militärgerichten hart bestraft, andere überlegten es sich doch noch anders —, werden nach der gegenwärtigen Praxis, da ja eine nachträgliche Verweigerung des Waffendienstes gesetzlich nicht möglich ist, zu Strafen verurteilt, deren Maß die Zeit des vorgesehenen Reservistendienstes bei weitem übersteigt. Sie sollten nach Ansicht der Kirche wenigstens die Möglichkeit erhalten, ebenfalls im Rahmen der Bausoldaten ihren Reservendienst ausüben zu können. Dies ist nach wie vor ein Konfliktpunkt.

An die Politiker gewendet, nicht zuletzt in beiden deutschen Staaten, enthält der Kirchenleitungsbericht eine ganze Reihe von Vorschlägen, die als Konsequenz einer Absage an den Geist des Abschreckungssystems und als politisch durchaus realisierbare Etappenziele angestrebt werden könnten. Ausdrücklich wird betont, daß eine Absage an das System der Abschreckung nicht gleichgesetzt werden dürfe mit einer Absage an vernünftige Verteidigungsbereitschaft. Es sei darum notwendig, das Abschreckungsdenken als einen Mißbrauch des jedem Lande zustehenden Rechtes auf Verteidigung zu durchschauen. Die DDR-Kirchen hätten berechnete Sicher-

heitsinteressen ihres Staates und anderer Staaten niemals in Frage gestellt, sondern erkannt. Das will man keineswegs zurücknehmen, wenn man jetzt zu der Erkenntnis kommt, daß der Geist des Abschreckungssystems nur verworfen werden kann. Bei den politisch konkret realisierbaren Maßnahmen, die den DDR-Kirchenleitungen vorschweben, handelt es sich um drei Komplexe:

„1. Der Austausch von Informationen zwischen möglichen Gegnern, die in Wahrheit Partner der Sicherheit sind, sollte so verstärkt werden, daß der jeweils andere instandgesetzt wird, die Absichten und Planungen der anderen Seite richtig einzuschätzen. Maßnahmen der Geheimhaltung sollten auf dasjenige Maß begrenzt werden, das auch für einen friedlichen Wettbewerb unumgänglich ist.

2. Vertrauensbildende Maßnahmen könnten wahrscheinlich dann wirksamer entwickelt werden, wenn bei jedem Schritt konkret gefragt wird, was auf der anderen Seite Ängste hervorrufen kann, und wie solche Ängste verringert werden könnten. In der militärischen Entwicklung sollte das Schwergewicht der Anstrengung auf die Entwicklung von Waffenarten verlegt werden, deren defensiver Charakter erkennbar ist. Damit könnte dem einsichtigen kategorischen Imperativ für Abrüstung Rechnung getragen werden: „Rüste so, daß der andere das genau nachmachen kann, ohne daß du dich davon bedroht fühlst!“

3. Es scheint vordringlich, daß auf Rüstungsmaßnahmen verzichtet wird, die die Möglichkeit von Überraschungshandlungen zum Ziel haben und die Vorwarnzeit verkürzen. Die gegenwärtig existierenden Waffen, die auch zu Aggressionszwecken verwendet werden können, sollten auseinandergerückt werden. Die Bildung von regionalen atomwaffenfreien Zonen — zum Beispiel in Europa — sollte ein vordringliches Ziel konkreter politischer Verhandlungen sein. Die Etablierung erkennbar defensiver Sicherheitssysteme gehört auf die internationale Tagesordnung ebenso wie das Konzept begrenzter einseitiger Abrüstungsschritte. Nicht die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, sondern die der Friedensfähigkeit ist zu erweisen.“¹⁷⁾

Gerade der letzte Punkt macht deutlich, wie weitreichend die Konsequenzen aus der Ab-

¹⁷⁾ epd-dokumentation, 47/82, S. 9.

sage an den Geist des Abschreckungssystems tatsächlich sind. Zu den Rüstungsmaßnahmen, auf die verzichtet werden soll, weil sie Überraschungshandlungen zum Ziel haben und die Vorwarnzeit verkürzen, gehören NATO- wie Warschauer Pakt-Raketen.

Nach den Konflikten um den Aufnäher ließen die Leitungen der evangelischen Kirchen deutlich werden, daß man keine unfruchtbare Konfrontation will, sondern Diskussion. Ein Zeichen der kirchlichen Bereitschaft war der Verzicht auf die erneute Herstellung des Aufnehmers. An der Basis wird diese Politik der Kirchenleitungen mehrheitlich mitgetragen. Auch die staatliche Seite kam der Kirche ein kleines Stück entgegen: Sie erteilte die Druckerlaubnis für Plakate, Lesezeichen und Faltblätter. Diese Werbematerialien für die Friedensgottesdienste, Meditationen, Feiern und Gemeindeabende trugen wieder das Symbol mit dem Schwert-umschmiedenden Mann. Staat und Partei wollten im Herbst 1982 — kurz vor Beginn des Luther-Jahres — ganz offensichtlich aus der Konfrontation herauskommen, in die sie sich mit den Konflikten um Friedensabzeichen selbst hineinmanövriert hatten.

Gegenüber dem Vorjahr war die Beteiligung an der Friedensdekade 1982, die unter dem Thema „Angst — Vertrauen — Frieden“ stand, deutlich stärker. Schier unübersehbar waren

die Programme der Kirchengemeinden. In Magdeburg ging es z. B. um das Thema „Versöhnung contra Vorurteile — Deutsche und Polen — Nachdenken über eine Nachbarschaft.“ Es gab gemeinsam mit der kleinen jüdischen Gemeinde ein Kristallnachtgedenken, ferner eine Rechtsberatung für Wehrunterricht, Zivilverteidigung, Wehrdienst und vormilitärische Ausbildung. Bei einer Friedenswerkstatt wurden im Rollenspiel friedliche Verhaltensweisen bei Konfliktfällen geprobt. Gut besucht waren an vielen Orten aber auch die Bibelgespräche und Friedensgebetkreise. Bei einem „stillen Weg“ in Halle zogen mehr als 1 300 Menschen aus sieben Gotteshäusern zur Marktkirche im Zentrum der Stadt. Bemerkenswert viele katholische Christen konnte man bei solchen Veranstaltungen antreffen.

Ein neues Thema der Diskussionen: das im Frühjahr 1982 beschlossene DDR-Wehrdienstgesetz sieht auch die Möglichkeit vor, Frauen zur Armee einberufen zu können. Dies soll zwar nur für den Ernstfall gelten, doch sind hierüber viele Bürger sehr beunruhigt. Einige Frauen hatten auf dieses Problem schon bei der Ost-Berliner Friedenswerkstatt im Juni 1982 hingewiesen. An ihrem Informationsstand hatten sie einer weiblichen Schaulustigen einen Stahlhelm übergestülpt. Einige hundert richteten auch Briefe an Erich Honecker zu dieser Frage¹⁸⁾. Bis heute gab es für sie keine nennenswerten Repressionen.

IX. Wenn die Dynamik zwischen Staat, Kirche und Jugend blockiert ist ...

Wenn der Staat sich nicht entgegenkommend zeigt, wird die Lage für die Betroffenen ernster. Die jüngste Entwicklung in Jena ist ein Beispiel dafür. Der seit dem Sommer 1982 schwelende Konflikt, der mit der Freilassung aller inhaftierten jungen Leute zunächst ein überraschend positives Ende fand, zeigte die Konsequenzen aus dem Vertrauensverlust zwischen engagierter Basis und Leitung der Kirche in einer besonders zugespitzten Situation. Doch auch bei den kirchlichen Friedensveranstaltungen am 13. Februar 1983 in Dresden kam Unmut stärker als im Vorjahr auf: „Warum macht die Kirchenleitung so viele Kompromisse mit dem Staat?“ wollte man dort u. a. wissen. Und: „Die Kirche macht ge-

nau wie der Staat oft undurchschaubare Politik“. Aufgebrachte Frauen meinten: „Wenn Kritik im Rahmen der Kirche nicht möglich ist, dann müssen wir das eben außerhalb machen.“ Als die Diskussion für beendet erklärt wurde, kamen Rufe: „Das ist ja hier bald wie beim Staat!“¹⁹⁾

An den Ereignissen in Dresden oder Jena kann man ablesen, wie tief die Enttäuschung

¹⁸⁾ Dokumentiert im SPIEGEL und Tageszeitung am 6. 12. 1982.

¹⁹⁾ Über diese Zusammenkunft, die vom 28. bis 30. 1. 1983 in Potsdam-Hermannswerder zum Thema „Zukunft des Friedens“ stattfand, existiert eine Presseinformation des DDR-Kirchenbundes vom 4. Februar 1983.

engagierter junger Leute ist, wenn sie heute feststellen, daß die Kirche ihre Erwartungen nicht erfüllt. In den letzten Jahren hat sie Zulauf von vielen, oft weniger am christlichen Glauben als an christlich-humanistischen Werten Interessierter bekommen, die sie nun bedrängen, entschiedener „Kirche für andere“ zu sein. Diese Kirche balanciert auf einem schmalen Grat: Auf der einen Seite erwartet der Staat von ihr loyales Verhalten und die Befriedigung der unruhigen Geister, auf der anderen Seite drängen die Jugendlichen. Diese Balance kann die Kirche auf Dauer nur halten, wenn der Staat sich wenigstens ab und zu kompromißbereit zeigt. Das gilt gegenwärtig vor allem in der Friedensdiskussion. Doch die jüngsten Initiativen der DDR-Führung

sorgen auch in kirchlichen Kreisen eher für Kopfschütteln. Statt flexibler Politik gegenüber den neuen Trägern von Friedensverantwortung, die sich auch in der DDR in den letzten Jahren herausgebildet haben, wird allzuoft der konventionelle harte Kurs gesteuert, antiquierte Rückgriffe auf Politikformen der fünfziger und sechziger Jahre gemacht. Den kritischen Jugendlichen muß alle kirchliche Rücksichtnahme als sinnlos erscheinen. Je konsequenter der Staat ihre Anliegen ignoriert, desto unmöglicher wird es auf Dauer für die Kirche werden, ihre Rolle als Vermittler zwischen beiden wahrzunehmen. Jena macht deutlich, was passiert, wenn jede Dynamik zwischen Staat, Kirche und Jugend blockiert ist.

X. Die neue Entspannungspolitik: von oben und von unten

Die Entwicklungen der letzten Jahre in der DDR zeigen eine neue Qualität: Diese Bewegung ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein politischer Faktor geworden, mit dem die SED lernen muß umzugehen. Anders als bei einzelnen Oppositionellen in früheren Zeiten ist ihr auch nicht mit dem Mittel der Ausbürgerung beizukommen, wengleich es — wie auch Verhaftungen, Relegierungen, Verweise, Entlassungen — einzelne immer noch trifft. Im Kern entzündet sich die Konflikte an einem Punkt: Es geht um die Anerkennung des Rechtes auf einen eigenständigen Friedensimpuls, der von unten, aus der Bevölkerung kommt, nicht vom Staat.

Die staatliche Friedenspolitik bedarf der Ergänzung durch eigenständige Abrüstungs- und Friedensimpulse. Ja, die staatlichen Bemühungen werden überhaupt nur dann unter Erfolgszwang stehen, wenn autonome Bewegungen („non-governmental-groups“) existieren, die nicht Teil staatlichen Kalküls sind. Die Entspannungspolitik der achtziger Jahre muß sich von unten entfalten können. Die Friedensbewegungen im Westen brauchen keine offiziellen Gesprächspartner, die in Terminologie, Denken und Handlungsmöglichkeiten befangen sind im System der Abschreckung, das bei den Regierenden in Ost und West ja gleichermaßen akzeptiert wird.

Entspannungspolitik von unten bedeutet, daß neue Gruppierungen mit neuen Friedensideen miteinander kommunizieren können, in Ost- und Westeuropa über die Grenzen hinweg.

Die Werte, denen man in Deutschland-Ost und -West im Grunde ähnlich huldigt, ziehen vor allem bei der jeweiligen Jugend nicht mehr. Die Identifikation mit den politischen und ökonomischen Systemen hat nachgelassen, ohne im anderen die Alternative zu sehen. Zu einem Werteverlust an nationaler, kollektiver und persönlicher Identität kommen Defizite im persönlichen und emotionalen Bereich, die zu einem Anwachsen ähnlicher sozialer Probleme in der Bundesrepublik und der DDR geführt haben. Große Teile der Jugend in beiden deutschen Staaten entziehen sich ihrer Gesellschaft.

Die ausdauernde Existenz solcher sozialer Bewegungen ist etwas vollkommen Neues in der deutschen Nachkriegsgeschichte, aber nicht nur in Deutschland. In den westlichen und östlichen Industriezivilisationen erstarken von der Jugend ausgehende alternative Bewegungen, die sich nicht mehr in den alten Widerspruch Ost/West und Kapitalismus/Sozialismus einordnen lassen (wollen).

Diese Bewegungen beeinflussen sich gegenseitig. Sie bringen alte Feindbilder zu Fall und

dienen daher mehr dem Abbau der Spannungen als einer Fortschreibung des Status quo mit mehr oder weniger Waffen durch die konkurrierenden Regierungen, die auf den Systemwiderspruch geradezu beharren müssen, um die eigene Position weiter begründen zu können. Beiderseits der Mauer steht man dabei eigentlich vor gleichen politischen und ökonomischen Problemen, die keines der Systeme legitimieren, sich notfalls mit Atomwaffen als das „Bessere“ zu verteidigen. Erst die Existenz ähnlicher Alternativ-Bewegungen in Ost und West ermöglicht eine neue Form der Entspannungspolitik. Es gibt damit endlich einen Bezugspunkt der Menschen beiderseits der Mauer, die sich so vom Objekt zum Subjekt der Entspannungspolitik emanzipieren können. Der Alp des Systemgegensatzes — der heute und erst recht mit Blick auf das Ende unseres Jahrtausends immer anachronistischer wird — könnte in sich zusammenbrechen und damit den Weg zu wirklicher Entspannung erst frei machen.

Die Existenz und Koexistenz mit den anderen Staaten muß dabei von den Beteiligten glaubhaft bejaht werden. Politische und ökonomische Stabilität der Staaten gehört ebenfalls zu den Voraussetzungen. Dies braucht jedoch keineswegs den Stillstand von notwendigen gesellschaftlichen Entwicklungen zu bedeuten. Umgekehrt gilt: es ermöglicht sie gerade

erst. Destabilisierung würde katastrophale Konsequenzen haben; so sehen es auch Teilnehmer einer kürzlich in Potsdam stattgefundenen Beratung aller kirchlichen DDR-Friedenspraktiker²⁰⁾. Dort wurde über den Gedanken einer europäischen Sicherheitspartnerschaft diskutiert („Eine Seite ist so sicher wie die andere“), den auch Erich Honecker in seiner Neujahrsansprache aufgenommen hatte und bei seiner Ansprache zur Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse wiederholt hat.

Entspannungspolitik darf sich nicht nur in vertrauensbildenden Maßnahmen im Militärbereich, vertraulichen Gesprächen der Regierungsspitzen hinter verschlossenen Türen, offiziellen Kontakten halbstaatlicher Organisationen im Kultur- und Sportbereich oder in Wirtschaftsabkommen erschöpfen — das alles hat zweifellos seinen Nutzen. Doch heute gibt es so viele Kräfte in Ost und West, die das Gespräch miteinander anfangen wollen, so daß ein neuer Friedensdialog jenseits der in die Sackgasse geratenen Entspannungspolitik von oben möglich ist. Dies ist die wesentliche neue Dimension von Entspannungspolitik, die mit dem Entstehen neuer Bewegungen auch mit in jedes politische Kalkül gezogen werden muß.

²⁰⁾ Neues Deutschland 31. 12. 1982 und 14. 3. 1983.

Die Verteidigung des Friedens gegen den Pazifismus

Zu allen Zeiten war der Friede ein überaus kostbares, aber auch ein überaus zerbrechliches Gut. Kostbar, weil er die Voraussetzung der Entfaltung der menschlichen Anlagen und Fähigkeiten ist; zerbrechlich, weil er von einer Reihe dieser Anlagen, wie Egoismus, Haß und Ungerechtigkeit sowie durch soziale Strukturen, die von diesen Eigenschaften korrumpiert sind, immer wieder unterhöhlt werden kann. Der Friede als ein Zustand des gerechten Ausgleichs der gegenseitigen Ansprüche von Menschen, sozialen Gruppen und Nationen, als ein Zustand gegenseitiger Respektierung der individuellen Würde, gegenseitigen Vertrauens und Wohlwollens ist Ziel und gleichzeitig Bedingung gemeinwohlorientierter Politik.

Der Pazifismus als eine Bewegung, die den Frieden als das höchste Ziel der Politik betrachtet, ist sich der Bedeutung und der Kostbarkeit dieses Gutes durchaus bewußt. Warum dann der paradoxe Titel? Ist der Friede gegen eine Bewegung zu verteidigen,

die nichts anderes will als Frieden? Ist die Bewegung, die den Frieden über alle anderen politischen Ziele stellt, eine Gefahr für jenes Gut, das ihr alles gilt, so daß der Frieden gewissermaßen gegen seine Verteidiger zu verteidigen ist? Wenn hier bereits durch den Titel zum Ausdruck gebracht wird, daß der Friede durch den zeitgenössischen Pazifismus gefährdet wird und deshalb gegen diesen zu verteidigen ist, dann nicht, weil der Friedensbewegung ein Interesse an der aktiven Beseitigung des Friedens unterstellt wird, sondern weil eine Reihe ihrer Diagnosen der Gefährdungen des internationalen Friedens sowie ihrer Vorschläge zu seiner Sicherung schwerwiegende Defizite enthält, deren Folgen den Frieden nicht stabilisieren, sondern schwächen. In einem ersten Schritt sollen im folgenden diese Defizite herausgearbeitet werden. In einem zweiten Schritt ist dann eine Verteidigungsethik unter den Bedingungen atomarer Rüstung und revolutionärer Ideologie zu skizzieren.

I. Defizite der Friedensbewegung

1. Die Diabolisierung der atomaren Rüstung

Die Suche nach den geeignetsten Mitteln der Friedenssicherung bleibt immer abhängig von der Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Friedensgefährdung. Wenn die Ursachen der Friedensgefährdung komplex sind, werden auch die Mittel der Friedenssicherung vielfältig sein und einander ergänzen und stützen müssen. Weder vertraglich gesicherte Entspannung noch kontrollierte Abrüstung noch internationale Wirtschaftshilfe werden allein ausreichen, um den internationalen Frieden zu sichern.

Seit es Atomwaffen gibt, hat es diese Erkenntnis jedoch zunehmend schwer, sich Geltung zu verschaffen. Da diese Waffen ihren Besitzern nicht nur die Möglichkeit geben, sich gegenseitig schweren Schaden zuzufügen, sondern auch die bewohnbare Erde zu zerstören, also die Ernährungs- und Behausungsmöglichkeiten ein für allemal zu vernichten,

gelten sie eo ipso als die Ursache der Gefährdung des Friedens. Sie erzeugen Angst. Eine Nation, deren Streitkräfte über atomare Waffen verfügen, gilt per se als friedensgefährdend. Die Entwicklung atomarer Waffen gilt als Verbrechen, als Wettlauf des Wahnsinns. Ihr wird eine „Eigendynamik“ unterstellt, die den Frieden immer mehr gefährdet. Nur die Rüstungstechnokraten der Industrie und des Militärs könnten Interesse an dieser Entwicklung haben. Sie gelten deshalb — in gewissem Widerspruch zur These von der Eigendynamik — auch als verantwortlich für die bedrohliche Situation, in der sich die Welt gegenwärtig befindet¹⁾.

Dieser Diabolisierung der Waffen kann gewiß nicht die These gegenübergestellt werden, Atomwaffen würden eo ipso den Frieden sicherer machen. Dies käme ihrer Heiligsprechung gleich, die nicht weniger fatal wäre als

¹⁾ E. Eppler, Friedensbewegung, in: Walter Jens (Hrsg.), In letzter Stunde, München 1982, S. 145.

ihre Diabolisierung. Die Möglichkeit, sich selbst und die Erde zu vernichten, kann nur den Ignoranten und den Zyniker unbesorgt lassen. Für jeden wachen, verantwortungsbereiten und am Gelingen seines Lebens interessierten Bürger muß sie Gegenstand seiner Sorge und Anlaß manchen Bangens bleiben. Darüber hinaus gilt für die Entwicklung atomarer Rüstung, was für jede Rüstung gilt: sie verschlingt große Summen knappen Geldes, das zur Finanzierung anderer, unmittelbarer den Frieden fördernder, nationaler und internationaler Aufgaben dringend gebraucht werden könnte, und sie kann Leben nicht erst im Falle ihres kriegerischen Einsatzes, sondern schon im Stadium ihrer Erprobung gefährden. Die Sorge hinsichtlich der atomaren Rüstung und ihrer Entwicklung ist also nicht nur verständlich, sie ist die Pflicht jedes Politikers und jedes Bürgers, der Verantwortung für den Frieden trägt.

Aber die Gefährdung und dementsprechend auch die Stabilisierung des Friedens ist in erster Linie nicht eine Frage der Rüstung, sondern der Motive und Ziele, die die Rüstung bedingen. Wenn diese Motive und Ziele von einem Frieden ausgehen, der seinerseits an die Respektierung der Freiheit und des Rechts gebunden bleibt, ist auch die Rüstung, die der Verteidigung dieses Friedens dient, nicht verwerflich. Im Gegenteil, sie ist sittlich geboten. Wenn diese Motive und Ziele dagegen von expansiven oder gar aggressiven Intentionen ausgehen, ist Rüstung ein Instrument, das den Frieden gefährdet. Sie ist sittlich nicht zu rechtfertigen, nicht weil sie auf einer hochentwickelten Technologie mit immensem Zerstörungspotential aufbaut, sondern weil sie von Intentionen ausgeht, die die Freiheit und das Recht und somit auch den Frieden mißachten. Eine Rüstung, die von solchen Intentionen ausgeht, wäre auch dann gefährlich für den Frieden und somit verwerflich, wenn sie nur konventioneller Natur wäre. Ob die politischen Mächte, die atomare Waffen besitzen, expansive Absichten haben oder nicht, welchen politischen Zielen sie folgen, welchen inneren Kontrollen sie in ihrem Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß unterworfen sind, dies sind Fragen, denen sich jede Suche nach den Ursachen für die Gefährdungen des internationalen Friedens und nach den Möglichkeiten zu seiner Stabilisierung zu stellen hat. Sie offenbaren ein zweites Defizit der Friedensbewegung: die Weigerung, die kommunistische Ideologie einer kritischen Analyse zu unterziehen oder auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

2. Die Tabuisierung der kommunistischen Ideologie, Militärstrategie und Wehrerziehung

Gewiß wird die konventionelle und atomare Rüstung der Sowjetunion in der Friedensbewegung nicht gänzlich übersehen. Gelegentlich wird sie auch nicht weniger kritisiert als die der NATO²⁾. Oft wird sie jedoch, wenn sie denn schon in den Blick gerät, mit den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion begründet. Diese Sicherheitsinteressen werden ihrerseits entweder mit dem Trauma erklärt, das die Invasion der deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg bei allen Völkern des Ostblocks hinterlassen habe, oder mit der feindlichen Einkreisung, der sich die Sowjetunion ausgesetzt sehe³⁾. Während die behauptete Einkreisung, die auch parteioffiziell seit Stalin zur Legitimation jeglicher inneren und äußeren Unterdrückung herangezogen wird, in rationalen und um Überzeugung bemühten Argumentationen keine Rolle spielt, ist das Trauma als Erklärung sowjetischer und östlicher Sicherheitsinteressen ernster zu nehmen. Es ist nicht zu bestreiten, daß das nationalsozialistische Deutschland in vielen Völkern des Ostblocks ein solches Trauma hinterlassen hat. Daß dieses Trauma zum Teil heute noch, also mehr als 40 Jahre nach jener Invasion, wirksam ist, dürfte freilich in erster Linie auf die Abschottung sozialistischer Staaten durch die regierenden Kommunisten und auf ihr Informationsmonopol zurückzuführen sein, durch das sie die Furcht vor einer solchen Invasion wider besseren Wissens sorgsam pflegen⁴⁾.

Die konventionelle und atomare Rüstung der Sowjetunion auf traumatisch überhöhte Sicherheitsinteressen zurückzuführen, verbietet allerdings bereits die Stärke und der Charakter der sowjetischen Rüstung. Noch mehr aber verhindert der beeindruckend konsistente und klare ideologische Kontext, in den diese Rüstung eingebunden ist, eine solche Begründung. Dieser Kontext wird in der Friedensbewegung in aller Regel ignoriert. Auch wenn gelegentlich konkrete politische Aktionen, wie die Invasion in Afghanistan oder der

²⁾ Vgl. zum Beispiel F. Duve, Weder anti-amerikanisch noch prosovietisch, in: ders./H. Böll/K. Staack. (Hrsg.), *Zuviel Pazifismus?*, Reinbek 1981, S. 81 ff.

³⁾ Vgl. das Memorandum des Bensberger Kreises, *Frieden — für Katholiken eine Provokation?*, Reinbek 1982, S. 15.

⁴⁾ In Polen beispielsweise ist dieses Trauma erst im Zuge der Paketaktionen der deutschen Bevölkerung 1981/82 weitgehend überwunden worden.

Druck auf Polen 1981, kritisiert werden, so reicht diese Kritik doch nie bis zum ideologischen Kontext dieser Aktionen.

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus macht aus den expansiven Zielen der sowjetischen Politik so wenig einen Hehl wie die Militärstrategie und die Wehrerziehung. Im Gegenteil, gemäß dem klassischen Grundsatz von Marx und Engels, daß Kommunisten es verschmähen, „ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen“, vielmehr offen erklären, „daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“⁵⁾, erklären auch die Repräsentanten von Partei und Streitkräften in der Sowjetunion und in der DDR in zahlreichen Dokumenten offen und unzweideutig, daß sie die Weltrevolution nicht nur wünschen, sondern als die Voraussetzung des internationalen Friedens betrachten. Wenn an diesen ideologischen Kontext der sowjetischen Rüstung erinnert wird, wird also nicht einem „Feindbild vom unersättlichen Weltrevolutionär“⁶⁾ das Wort geredet, sondern dem Rechnung getragen, was in der Sowjetunion und in der DDR selbst als höchstes Ziel der Politik und als Legitimationsquelle für die Rüstung, die Militärstrategie und die Wehrerziehung angeboten wird.

So beansprucht das Programm der KPdSU von 1961 nicht nur eine „welthistorische Mission“, sondern erklärt auch offen, daß man dazu den Weg der Gewalt nicht ausschließen dürfe: „Der Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sieg der Revolution wird davon abhängen, inwiefern sie und ihre Partei es erlernen, sich aller Formen des Kampfes zu bedienen, der friedlichen wie der nichtfriedlichen, der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen, und ob sie zur schnellsten und überraschendsten Ersetzung einer Kampfform durch eine andere bereit sind.“⁷⁾ Der Verteidigungsminister der DDR, Heinz Hoffmann, antwortete 1975 auf die Frage, welche Rolle militärische Gewalt für den Sieg der sozialistischen Revolution spiele: „Bis jetzt kennt die Geschichte tatsächlich keinen Fall, in dem eine sozialistische Revolution zum

Siege geführt worden wäre, ohne daß die Kanonen ihr Machtwort gesprochen hätten oder ohne daß sie mindestens gerichtet und geladen waren.“⁸⁾

Zwar wird in diesen Dokumenten unter Berufung auf Lenin meist darauf hingewiesen, daß es besser sei, den Sieg der Weltrevolution auf friedlichem Weg zu erringen. Aber es gilt gleichzeitig als „Phantasterei“, darauf zu hoffen. Die ständige Bereitschaft „zum Schutz erkämpfter Position auch militärische Gewalt anzuwenden“ und die Fähigkeit, „von friedlichen Kampfformen unverzüglich zu blutigen überzugehen“, bleiben die Voraussetzung der welthistorischen Mission des Sozialismus⁹⁾. Zu diesen blutigen Kampfformen zählt ausdrücklich auch ein Krieg mit Kernwaffen. Die Auffassung, daß „der Raketen-Kernwaffen-Krieg... keine Fortsetzung der Politik der kämpfenden Klassen mehr, sondern nur noch atomares Inferno, Weltuntergang“ sei, die sogar „fortschrittliche Menschen in der Friedensbewegung vertreten“, wird zurückgewiesen. „Bei allem Leid, das in diesem letzten und entscheidenden Konflikt zwischen Fortschritt und Reaktion über die Völker käme, besonders in den kapitalistischen Ländern — das wäre von unserer Seite ein gerechter Krieg.“¹⁰⁾ Ein gerechter Krieg, nicht im Sinne einer Verteidigung gegen eine Aggression, sondern im Sinne eines endgültigen Sieges des Sozialismus über den Kapitalismus, im Sinne der Vernichtung der imperialistischen Ausbeutergesellschaft, der „Grundursache aller Kriege“, und der Herstellung der „gesellschaftlichen Grundlage für den ewigen Frieden“¹¹⁾.

Zwingt schon dieser kurze Blick auf die revolutionäre Ideologie des Marxismus-Leninismus zu dem Schluß, daß die sowjetische Politik nicht an der Erhaltung des Status quo, sondern an seiner revolutionären Veränderung, nicht an Krieg, aber an Sieg interessiert ist, so wird dieses Ergebnis jeweils neu bestätigt, wenn über die Ideologie hinaus auch die sowjetische Rüstung, die expansive Außenpolitik, die Militärstrategie und die Wehrerziehung untersucht werden.

⁵⁾ K. Marx/F. Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin (Ost) 1972, S. 493.

⁶⁾ E. Eppler, Friedensbewegung, a.a.O. (Anm. 1), S. 147; Frieden — Für Katholiken eine Provokation?, a.a.O. (Anm. 3), S. 18.

⁷⁾ Programm der KPdSU von 1961, in: B. Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903—1961, Köln 1965, S. 170.

⁸⁾ H. Hoffmann, Streitkräfte in unserer Zeit, in: Einheit, 31. Jg., 1976, S. 359.

⁹⁾ Ebd., S. 359.

¹⁰⁾ Ebd., S. 356.

¹¹⁾ Ebd., S. 359. Vgl. auch N. W. Ogarkow, Für unsere sowjetische Heimat, in: Kommunist 10/81, deutsch in: Beiträge zur Konfliktforschung, 11. Jg., 1981, Heft 4, S. 141, sowie W. D. Sokolowski, Militär-Strategie, Köln 1969³, S. 294.

Die Sowjetunion hat ihre Rüstung auf allen Sektoren in Friedenszeiten noch nie so kontinuierlich und so schnell gesteigert wie seit der Aktivierung der Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre. Die Dislozierung der SS-20-Raketen seit 1977 — bis Ende 1982 rund 330 Stück mit je drei getrennt lenkbaren, zielgenauen Nuklearsprengköpfen, die zu 70% gegen die NATO-Staaten gerichtet sind — ist nur ein Beispiel ihrer Aufrüstung. Die quantitative und qualitative Entwicklung der Panzerstreitkräfte, der U-Boot-Flotte, der Luftwaffe, der Kampfhubschrauber, der Interkontinentalraketen, die Entwicklung der Rüstungsproduktionsstätten, des Militärhaushaltes, der Personalstärke und der Zivilverteidigung sowie die geographische Stationierung der Streitkräfte demonstrieren eine Aufrüstung und eine militärische Strategie, die mit defensiven Interessen unvereinbar sind¹²).

Die Sowjetunion hat sich seit 1945 auch nicht gescheut, ihre militärische Macht in zahlreichen Fällen zur revolutionären Veränderung politischer Verhältnisse, zur Unterdrückung von Freiheitsbestrebungen innerhalb ihres Herrschaftsbereiches und zur Ausweitung ihrer Macht über die Grenzen ihres Einflußbereiches hinaus einzusetzen, so u.a. bei der Blockade Berlins 1948, in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968, in Afghanistan 1979 und in Polen 1981. Daneben hat sie in zahlreichen Gebieten der Welt kriegerische Auseinandersetzungen initiiert oder unterstützt.

Die sowjetische Militärstrategie propagiert für den Fall des bewaffneten Konflikts die Vernichtung des Gegners. Wenn der weltweite Sieg des Sozialismus und die Niederlage des Kapitalismus gemäß der Ideologie des Historischen Materialismus als das Resultat der objektiven Gesetze der Geschichte gelten, das durch niemanden verhindert, sondern nur durch die kapitalistischen Staaten verzögert oder durch die sozialistischen beschleunigt herbeigeführt werden kann, dann

¹²) Vgl. zur sowjetischen Rüstung U. Nerlich (Hrsg.) unter Mitwirkung von E. Bomsdorf, Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse, Baden-Baden 1982, und dies., Die Einhegung sowjetischer Macht. Kontrolliertes militärisches Gleichgewicht als Bedingung europäischer Sicherheit, Baden-Baden 1982; Die sowjetische Rüstung, Pentagon-Papier zur sowjetischen Rüstung, München 1981; Kräftevergleich NATO und Warschauer Pakt, hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1982; D. Farwick/G. Hubatschek, Die strategische Erpressung — Eine sicherheitspolitische Analyse, München 1981.

gewinnt ein militärischer Konflikt zwischen Ost und West gleichsam eschatologische Dimensionen. Wenn er ausbricht, nimmt er die Form einer Entscheidungsschlacht zwischen den beiden entgegengesetzten Gesellschaftssystemen an. Die Militärstrategie orientiert sich wie die Planung und Entwicklung der Rüstung am historischen Charakter eines solchen Konflikts, in dem deshalb nicht nur die Streitkräfte, sondern auch das Hinterland des Gegners zu vernichten seien¹³).

Kriege, die den Sozialismus verteidigen oder seine Ausbreitung fördern, also alle Kriege sozialistischer Staaten gegen die sogenannten kapitalistischen Staaten, alle bewaffneten Klassenkämpfe in nichtsozialistischen Staaten und alle Kämpfe von Volksbefreiungsbewegungen in der Dritten Welt, gelten seit Lenin als gerechte Kriege; als ungerechte Kriege gelten umgekehrt alle Kriege gegen sozialistische Staaten, gegen Volksbefreiungsbewegungen und gegen die Arbeiterklasse¹⁴). Kriege zwischen sozialistischen Staaten fehlen in diesem Schema.

Auch die sowjetische Wehrerziehung orientiert sich am historischen Charakter eines solchen Konflikts. Sie stellt die Erziehung zum kommunistischen Bewußtsein und zum Haß auf den Feind in ihren Mittelpunkt. Wie der Historische Materialismus dem sowjetischen Soldaten die Überzeugung vom Sieg des Sozialismus zu geben hat, so hat der Haß seine Bereitschaft zur Selbstaufopferung zu stärken. „Ohne aktiven Haß auf den Feind kann keine Rede von einer guten moralisch-politischen und psychologischen Bereitschaft der Soldaten zu Kampfhandlungen sein. Der Charakter des modernen Krieges erfordert eine noch nie dagewesene Steigerung der Anstrengungen zur Erziehung des Haßgefühls gegenüber dem Feind. Schon zu Friedenszeiten muß dieses Gefühl so stark ausgeprägt vorhanden sein, daß der Soldat in jedem Augenblick mutig und ohne Zweifel den Kampf gegen den Feind mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln beginnen könnte.“¹⁵).

Eine Synopse dieser verschiedenen Bereiche, die eine beeindruckende Konsistenz aufwei-

¹³) W. D. Sokolowski, a.a.O. (Anm. 11), S. 286; N. W. Ogarkow, a.a.O. (Anm. 11), S. 141.

¹⁴) W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin (Ost) 1961, S. 874 ff.; W. D. Sokolowski, a.a.O. (Anm. 11), S. 262 f; W. Scheler/G. Kießling, Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin (Ost) 1981.

¹⁵) R. Scheltow/A. Korobejnikow, Soldat und Krieg, hrsg. von G. Bruderer, Bern 1972, S. 53 f.

sen, zeigt, daß die Sowjetunion bzw. die revolutionäre Ideologie, der ihre Politik nicht zu entsagen bereit ist, von einem Friedens- und Sicherheitsbegriff ausgeht, der sich vom Verständnis dieser Begriffe in den Staaten des Atlantischen Bündnisses grundsätzlich unterscheidet. Der Friede gilt erst dann als gesichert, wenn die weltweite Herrschaft des Sozialismus und seiner Avantgarde realisiert ist. Friede heißt in dieser Perspektive Unterwerfung unter die Avantgarde. Er bleibt, da er nicht an die Einhaltung des Rechts und die Respektierung unverfügbarer Menschenrechte gebunden ist, der Friede des Archipel Gulag, des polnischen Kriegsrechts oder der tschechoslowakischen Normalisierung. Er gilt als bedroht nicht allein durch die Waffen des Westens, sondern auch durch seine Freiheiten, seine pluralistischen Gesellschaften und seine rechtsstaatlichen Strukturen¹⁶⁾, ja er gilt bereits als gefährdet, wenn sich in sozialistischen Staaten freiheitliche Tendenzen artikulieren, wie 1968 in der Tschechoslowakei oder 1980/81 in Polen.

Eine kritische Darstellung der Ideologie, der Militärstrategie und der Wehrerziehung der Sowjetunion und eine Analyse des sowjetischen Friedensbegriffs bedeuten logisch natürlich keine Kanonisierung der westlichen Politik. Die NATO ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Um aber falschen Hoffnungen auf Äquidistanz vorzubeugen, gilt es festzuhalten, daß ihren Mitgliedern bei aller Kritik an einzelnen politischen Aktionen oder an Mängeln in der inneren Ordnung nicht vorgeworfen werden kann, daß sie einer expansiven oder aggressiven Ideologie folgen, das Recht als Maß der Politik leugnen oder den Frieden als Unterwerfung unter den eigenen Machtanspruch definieren. Sie wollen in erster Linie ihre Freiheit verteidigen, die eine Voraussetzung des Friedens ist, auch wenn sie dies oft genug kurzsichtig, inkonsequent und ohne Bereitschaft zu den dafür notwendigen Anstrengungen tun.

¹⁶⁾ Vgl. zum sowjetischen Friedensbegriff Sozialismus und Entspannung, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen und Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (Ost) 1980, S. 63ff., vgl. auch Peter Graf Kielmansegg, Der Kirchentag und der Frieden, in: Die Zeit vom 12. 6. 1981, S. 9; Martin Kriele, Wie wird Entspannung wieder möglich?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 5. 1982, S. 7 f.; Joseph Kardinal Ratzinger, Im Frieden leben: Anforderungen an Staat und Kirche, Silvesterpredigt 1981, in: Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising, 1982, Nr. 1, S. 20 f.

3. Die Destabilisierung des Friedens

Daß sich diese Defizite in der Diagnose der Friedensgefährdungen in den Vorschlägen zur Sicherung des Friedens niederschlagen, bedarf keiner langen Begründung. Jede Therapie steht und fällt mit der vorausgehenden Diagnose. Die Diabolisierung der atomaren Rüstung und die Weigerung, die kommunistische Ideologie, Militärstrategie und Wehrerziehung der Sowjetunion zur Kenntnis zu nehmen, haben eine Destabilisierung des Friedens zur Folge.

Die Diabolisierung der Rüstung führt zunächst zu den Forderungen nach unbedingtem, von sowjetischem Verhalten bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf also unabhängigem Verhindern der Dislozierung der 572 Mittelstreckenwaffen der NATO Ende 1983, nach Einfrieren der atomaren Rüstung, nach Erklärungen, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten oder gar einseitig abzurüsten. Eine Reduzierung oder Eliminierung des teuflischen Werkzeugs gilt als Sicherung des Friedens. Diese Schlußfolgerung ist die logische Konsequenz der Diabolisierung der Rüstung. Aber sie bleibt fatal, weil sie den Frieden nicht nur nicht sichert, sondern weiter destabilisiert, indem sie den expansiven oder gar aggressiven Intentionen den Weg zu politischen oder gar militärischen Aktionen öffnet.

Nicht daß der Sowjetunion unterstellt wird, sie würde bei einer einseitigen Abrüstung des Westens prompt ihre SS-20-Raketen abfeuern. Sie hätte dies gar nicht nötig, um ihre expansiven Ziele zu erreichen. Angesichts ihrer nirgends bestrittenen Überlegenheit auf dem Sektor konventioneller Rüstung hätte sie hinreichende Mittel, um ihre Ziele auf politischem statt auf militärischem Wege zu erreichen. Allein die diplomatisch wattierte Androhung ihres Einsatzes würde vermutlich genügen, um Regierungen kapitulieren zu lassen, denen an der Sicherung der Existenz ihrer Völker liegt und die von der Aussichtslosigkeit eines militärischen Widerstandes überzeugt sind.

Der Aufforderung, die expansiven oder gar aggressiven Intentionen der kommunistischen Ideologie, der Militärstrategie und der Wehrerziehung zur Kenntnis zu nehmen und die Rüstung und die Außenpolitik der Sowjetunion von diesem Kontext her zu beurteilen, wird in vielen Äußerungen aus der Friedensbewegung meist mit moralischen oder geschichtsphilosophischen Einwänden begeg-

net. Die moralischen Einwände sind in der Regel bemüht zu zeigen, daß alle Menschen in allen Ländern ungefähr gleich gut oder gleich schlecht seien und daß auch der Westen, vor allem die Vereinigten Staaten, expansive Interessen hätten. Jede derartige Diskussion steuert meist schnell auf die Problemkreise Vietnam oder El Salvador zu. Die Äquidistanz beherrscht das Feld. Mit der Frage „Und die Amerikaner?“ wird versucht, jeden Hinweis auf die politische oder militärische Expansion der Sowjetunion zu übergehen.

Die Weigerung, die expansiven Intentionen der kommunistischen Ideologie und der ihr folgenden Politik zur Kenntnis zu nehmen, verwandelt sich in den moralischen Vorwurf an den, der auf sie hinweist, er konstruiere Feindbilder, er huldige einem blinden Antikommunismus, er übersehe den Balken im eigenen Auge oder verschleierte eigene Interessen. Der Bensberger Kreis sieht in solchen Hinweisen sogar die Spätfolge nationalsozialistischer Indoktrination¹⁷⁾.

Wenn sich Verteidiger der einseitigen Abrüstung selten einmal dem Hinweis auf die expansiven Ziele der kommunistischen Ideologie und der sowjetischen Politik stellen und fragen, was geschehen würde, wenn alle Erwartungen, die mit der einseitigen Abrüstung verbunden sind, Täuschungen wären, dann fliehen sie in die Geschichtsphilosophie. „In diesem Fall müßten wir das Schicksal der osteuropäischen, von Rußland beherrschten Staaten teilen. Dies wäre ein Übel, aber bei nüchterner Betrachtung doch ein erträgliches. Auch in dieser Situation können sich Menschen einigermaßen einrichten, und es bliebe vor allem die sehr begründete Hoffnung, daß sich die Lage in einigen Jahren oder spätestens Jahrzehnten wieder bessern würde.“¹⁸⁾ Daß die geschichtsphilosophische Trivialität vom Wandel aller Verhältnisse geeignet wäre, Andrej Sacharow in seiner Verbannung in Gorki, die Dissidenten in den psychiatrischen Kliniken der Sowjetunion, die Funktionäre der „Solidarität“ im polnischen Untergrund oder Jugendliche in der DDR zu trösten, die wegen ihrer Weigerung, an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen,

¹⁷⁾ Frieden — für Katholiken eine Provokation?, a.a.O. (Anm. 3), S. 19.

¹⁸⁾ R. Schwager, Der Heilige Stuhl und die Abrüstung, in: Internationale katholische Zeitschrift „Communio“, 7. Jg., 1978, S. 552; C. Munster, Atomare Verteidigung und christliche Verantwortung, in: K. Forster (Hrsg.), Kann der atomare Verteidigungskrieg ein gerechter Krieg sein?, München 1960, S. 98.

keinen Ausbildungsvertrag oder keinen Studienplatz erhalten, wer kann sich dies vorstellen? Daß diese Trivialität geeignet gewesen wäre, den Häftlingen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ihr Schicksal zu erleichtern oder dazu taugt, den Eltern in allen Kriegszonen der Erde über den Verlust ihrer getöteten Kinder hinwegzuhelfen, wer würde dies zu denken wagen? Weissagungen darüber, daß sich jedes Übel „in einigen Jahren oder spätestens Jahrzehnten“ wieder bessern werde, sind gegenüber denen, die die Freiheit besitzen, eine Flucht aus der politischen Verantwortung und gegenüber denen, die sie bereits verloren haben, Zynismus.

Derartige moralische und geschichtsphilosophische Trivialitäten tendieren dazu, auf gleiche Distanz zu Recht und Unrecht, zu Freiheit und Unfreiheit zu gehen. Die bei der Unterscheidung von Recht und Unrecht zu überwindenden Schwierigkeiten sollen dadurch beseitigt werden, daß der Unterschied zwischen Recht und Unrecht bestritten bzw. Recht und Unrecht als gleichgültig betrachtet werden. Mit dem Blick für das, was verteidigungswürdig ist, wird der Friede selbst geschwächt.

Wenn der Friedensbewegung der Vorwurf gemacht werden muß, den Frieden nicht zu sichern, sondern zu destabilisieren, so noch wegen einer Reihe weiterer Gründe. Dazu zählt in erster Linie die theoretische und praktische Mißachtung der innerstaatlichen Rechtsordnung. Die Friedensbewegung versteht sich als eine Bewegung von Menschen, „die den Frieden nicht mehr als Geschenk einer Obrigkeit erwarten und ihn daher von der Basis her erzwingen wollen“¹⁹⁾. Politische Entscheidungen über Rüstungs-, Energie- oder Verkehrsprojekte, die nach den Regeln einer demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassungsordnung erfolgt sind, werden nicht akzeptiert. Die Kontrolle durch eine unabhängige Justiz wird nur dann anerkannt, wenn sie zu Ergebnissen führt, die den eigenen Zielen entsprechen. Gezielte Regelverletzungen, gewaltsame Demonstrationen und Blockaden zeigen ein regressives Rechtsbewußtsein.

Daß der internationale Friede an den innerstaatlichen Frieden gebunden bleibt und dieser eine rechtsstaatliche Verfassungsordnung und eine an sie gebundene und um gerechten Ausgleich bemühte staatliche Autorität voraussetzt, über dieses ABC des politischen

¹⁹⁾ E. Eppler, Friedensbewegung, a.a.O., (Anm. 1) S. 159.

Friedens setzt sich die Friedensbewegung arrogant hinweg. Den Frieden mit dem Anspruch eines besseren, sensibleren oder fortschrittlicheren Bewußtseins gegen eine rechtmäßige und das Recht respektierende Obrigkeit erzwingen wollen, heißt den Frieden nicht nur schwächen, sondern zerstören.

Schwächung statt Stärkung des Friedens bedeutet auch die Forderung der Friedensbewegung, Deutschland oder Westeuropa militärisch als eine unabhängige dritte Kraft zwischen die Sowjetunion und den USA zu plazieren. Die Forderungen nach einer Europäisierung Europas oder einer Sicherheitspolitik „im deutschen Interesse“ suggerieren, die Vereinigten Staaten verträten in der Sicherheitspolitik nicht die deutschen Interessen. Sie suggerieren, der Friede sei zu nationalisieren, sei auf diesem Wege zumindest besser gewährleistet als im Bündnis der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Sie suggerieren, die Konfrontation zwischen Moskau und Washington sei eine Hegemoniekonkurrenz zweier Supermächte²⁰⁾. Sie ignorieren, daß das Atlantische Bündnis nicht um eines Kreuzzuges willen gegen den Kommunismus entstand und besteht, sondern um die politische Freiheit der westlichen Welt zu sichern. Sie ignorieren, daß eine Politik, die den Frieden in der Bundesrepublik Deutschland unabhängig vom Atlantischen Bündnis sichern möchte, bereits aufgrund der dann allein zu tragenden finanziellen Lasten zum Scheitern verurteilt wäre. Sie tragen somit zur weiteren Destabilisierung des Friedens nicht nur in Deutschland, sondern in Europa bei.

Neben den Postulaten, die den Frieden durch einen neuen, basisdemokratischen Staat und eine neue, regionalisierte internationale Ordnung sichern wollen, stehen jene Vorschläge, die seine Stabilisierung von einer neuen Pädagogik und einer neuen Ethik erwarten. In dieser Perspektive ist das den Frieden gefährdende Wettrüsten in erster Linie ein „Resultat tradierten Lernens“²¹⁾.

Wenn diese Form des Lernens endlich durch eine neue Form, durch ein „innovatives Lernen“, abgelöst würde, in dem der Lernende „das Ganze“ wahrnehmen und sich allen Menschen und allem Lebendigen öffnen würde, könnte das Wettrüsten beendet und der Friede gesichert werden. Eine „Abfolge sich

steigender Lernschritte“ soll „die Absicht einer Abschaffung des Krieges“ vermitteln. Das Konzept sozialer Verteidigung gilt dabei als die höchste Form dieses innovativen Lernens²²⁾. Es biete keinerlei Anreize mehr zu weiterem Wettrüsten. Es sei das Non plus ultra der Friedenssicherung.

Dieser pädagogische Traum postuliert letztlich einen neuen Menschen. Solange er nicht geboren ist, wird der Friede unsicher bleiben. Dies ist zwar auch die Überzeugung der Christen. Aber während sie diese Geburt aus der jedem einzelnen möglichen Belehrung, aus dem Glauben und der Stärkung durch die Sakramente der Kirche erwarten, erwartet jener pädagogische Traum diese Geburt von einem neuen Lernen, letztlich also von den Pädagogen. Die Hoffnungen auf einen neuen Menschen, eine neue Pädagogik und eine neue Ethik tragen zur weiteren Destabilisierung des Friedens bei, nicht weil sie Hoffnungen sind, sondern weil sie mit dem tradierten Lernen und der tradierten Kultur den Menschen, wie er steht und geht, für friedensunfähig erklären. Die ambivalente Natur des Menschen, seine Fähigkeit zum Aufbauen wie zum Zerstören, seine Disposition zum Frieden wie zum Unfrieden müßten beseitigt werden, um den Frieden endlich möglich zu machen. Den Frieden derart auf die Eliminierung der menschlichen Natur gründen aber heißt, ihn auf die Herrschaft einer Avantgarde gründen; es heißt ihn zerstören.

Die menschliche Natur mit ihrer Ambivalenz aber ist ein Datum. Sie kann nicht manipuliert werden. Erziehung zum Frieden kann den Einzelnen und über ihn auch Gruppen und Gesellschaften zwar fähiger machen, Konflikte friedlich auszutragen. Sie kann so den Frieden stabilisieren, aber sie kann interpersonale, gesellschaftliche und internationale Konflikte nicht völlig verhindern und Kriege nicht völlig abschaffen. Die Neigung des Menschen zum Destruktiven und zur Gewalt, die der Politik imperiale oder kriegerische Züge geben kann, bleibt ebenso ein Datum wie seine Disposition zum Frieden. Den Frieden sichern heißt deshalb auch diese Neigung und ihre ideologischen und politischen Folgen in Rechnung stellen. Jede Reflexion über die Wege der Friedenssicherung hat deshalb nach Möglichkeiten zu suchen, die Virulenz dieser Neigung zu begrenzen. Sie hat nach der Abschreckung zu fragen, ihre Voraussetzungen und Ziele zu untersuchen und die Möglichkeit ihrer Rechtfertigung zu prüfen.

²²⁾ Ebd., S. 15 f.

²⁰⁾ C. F. von Weizsäcker, Weg in der Gefahr, München 1976, S. 110; F. Alt, Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt, München 1983, S. 45.

²¹⁾ P. Kern/H.-G. Wittig, Lernen für eine Zukunft ohne Krieg, in: Frankfurter Hefte, 36. Jg., 1981, Heft 10, S. 14.

II. Die Ethik der Abschreckung

Eine Ethik der Abschreckung zu skizzieren, heißt von einer Prämisse ausgehen, die in vielen Beiträgen zur gegenwärtigen Friedensdiskussion grundsätzlich in Frage gestellt wird. Wenn es die Aufgabe der Ethik als einer Disziplin der praktischen Philosophie ist, die Frage nach den sittlichen Zielen, die dem menschlichen Handeln zugrunde liegen, sowie die Frage nach dem schlechthin Guten nach wissenschaftlichen Regeln zu erörtern und zu beantworten, dann besteht die Aufgabe einer Ethik der Abschreckung darin, das Gute bzw. das sittliche Ziel der Abschreckung herauszuarbeiten. Die Prämisse lautet also: Das Konzept der Abschreckung hat ein sittliches Ziel.

Dies aber wird in vielen Stellungnahmen und aus vielen Gründen gerade in Frage gestellt. Die Vielfalt der Einwände läßt sich auf zwei grundsätzlich verschiedene Positionen reduzieren. Die eine Position sieht im Konzept der Abschreckung ein Herrschaftsinstrument der kapitalistischen oder imperialistischen Machtelite zur Sicherung von Massenloyalität²³). Die Frage nach den sittlichen Zielen, gar nach einem *summum bonum* gilt als falsch gestellt. Sie ist durch die Frage nach den Interessen oder, in einer sozialpsychologischen Variante, nach den Bedrohtheitsvorstellungen, den Ängsten und Feindbildern zu ersetzen. Eine Ethik der Abschreckung ist in dieser Perspektive sinnlos, weil die Ethik selbst als gegenstandslos gilt.

Die andere Position sieht im Konzept der Abschreckung aufgrund des Vernichtungspotentials der Kernwaffen einen sicheren Weg in die Selbstzerstörung der Menschheit. Dem Konzept wohnt in dieser Perspektive eine „tödliche Logik“ inne, weil „jede Kernwaffenanwendung letztlich ein Widerspruch in sich selbst ist“²⁴). Es ist somit *eo ipso* unsittlich. Es ist in der Perspektive des Reformierten Bundes „Sünde und offenkundige Verneinung des

seiner Schöpfung treuen und dem Menschen gnädigen Gottes“²⁵). Eine Ethik der Abschreckung ist für diese Position eine *contradictio in adiecto*, vergleichbar dem theologischen Unsinn einer Ethik der Sünde.

Um diesen radikalen Positionen gegenüber eine Ethik der Abschreckung zu skizzieren, d. h. die Möglichkeitsbedingungen einer sittlichen Rechtfertigung der Abschreckung aufzeigen zu können, ist in einem ersten Schritt das Abschreckungskonzept selbst zu klären. Welche Funktionen werden der Abschreckung im Rahmen der Friedenssicherung zugeschrieben und welche Probleme und welche Dilemmata sind mit ihr verbunden? In einem zweiten Schritt ist danach zu fragen, wann und mit welchen Einschränkungen militärische Verteidigung bis zur Erfindung der Kernwaffen als sittlich erlaubt galt. In einem dritten Schritt ist nach den Problemen atomarer Rüstung sowie nach den Konsequenzen zu fragen, die sich daraus für eine Ethik der Abschreckung ergeben. In einem abschließenden vierten Schritt ist dann der Versuch zu machen, in der Abwägung der verschiedenen Probleme und Risiken das kleinere Übel aufzuspüren und das Konzept der Abschreckung in einen politischen Rahmen zu stellen.

1. Das Konzept der Abschreckung

Das Konzept der Abschreckung spielt in der Diskussion über die Sicherung des internationalen Friedens eine dominierende Rolle. Es wurde in den Staaten des Atlantischen Bündnisses Anfang der fünfziger Jahre entwickelt, als neue militärische Konflikte das Scheitern der mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verbundenen Friedenshoffnungen offenkundig gemacht hatten und die Entwicklung der atomaren Waffen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in die Lage versetzten, sich bei Ausbruch eines Krieges gegenseitig zu vernichten, die Zivilisation zu zerstören und die Erde unbewohnbar zu machen.

In seinem Kern ist das Konzept der Abschreckung der Versuch, die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses gegen jede militärische Aggression zu schützen und einem potentiellen Aggressor durch die Androhung

²³) W. Schilling, Abschreckung und Entspannung als Interaktionsmuster in den internationalen Beziehungen, in: *Gegenwartskunde*, 29. Jg., 1980, S. 443; H.-J. Gamm, Über den amerikanischen Begriff der „Abschreckung“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 26. Jg., 1981, S. 1061.

²⁴) Ph. Green, *Deadly Logic, The Theory of Nuclear Deterrence*, Columbus 1966, deutsche Auszüge unter dem Titel „Abschreckungsrationale und ethische Wahl“ in: D. Senghaas (Hrsg.), *Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs*, Freiburg 1970, S. 141 ff. Das Zitat ist der S. 181 entnommen.

²⁵) Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche, Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes vom 12. 6. 1982, in: *epd-Dokumentation* 38 a/82, S. 6.

nuklearer Verteidigung, ja nuklearer Vergeltung zu verstehen zu geben, daß der von ihm erwartete Gewinn in keinem Verhältnis zu den Risiken und Kosten steht. Abschreckung will also das Risiko für jeden Aggressor unkalkulierbar bzw. „kalkuliert untragbar“ machen²⁶). Sie will aber nicht nur gegen jede militärische Aggression, sondern auch gegen jede politische Erpressung durch die Androhung einer solchen Aggression schützen. Sie will den militärischen und politischen Handlungsspielraum potentieller Aggressoren einschränken.

Konkretisiert wurde dieses Konzept in den fünfziger Jahren in der Strategie der massiven Vergeltung, d. h. der Androhung des Einsatzes strategischer Kernwaffen für den Fall einer militärischen Aggression. Mit der Entwicklung des strategischen Gleichgewichts zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Laufe der sechziger Jahre wurde diese Strategie immer problematischer. Sie enthielt ein hohes Eskalations- und Selbstvernichtungsrisiko, das dazu führte, die Strategie der abgestuften Erwidern zu entwickeln. Sie löste in den sechziger Jahren die Strategie der massiven Vergeltung ab. Sie zielt auf die Fähigkeit des Atlantischen Bündnisses, einer Aggression auf jeder Ebene mit den jeweils geeigneten Mitteln zu begegnen bzw. den militärischen oder politischen Einsatz nicht nur von Kernwaffen, sondern auch von konventionellen Waffen auf jeder Ebene zu verhindern.

Besteht das Dilemma der Strategie der massiven Vergeltung, das sogenannte Irrationalitätsdilemma, darin, daß die Drohung mit strategischen Kernwaffen das Risiko für einen Aggressor zwar unkalkulierbar hoch macht, aber wegen des hohen Selbstvernichtungsrisikos zugleich an Glaubwürdigkeit verliert, so besteht das Dilemma der Strategie der abgestuften Erwidern, das sogenannte Rationalitätsdilemma, darin, daß die Glaubwürdigkeit der Abschreckung durch die Fähigkeit zur Abwehr einer Aggression auf jeder Ebene zwar steigt, zugleich aber das Risiko wieder kalkulierbarer wird. Diesen Dilemmata ist nicht zu entkommen. Sie zeigen, daß das Konzept der Abschreckung zwei Seiten umfaßt, die der Bereitschaft und der Fähigkeit zur militärischen Verteidigung und die der Dro-

hung, durch die jeder militärische Konflikt verhindert werden soll.

Diese beiden Seiten miteinander und mit der Entwicklung der Rüstungstechnologie einerseits und der internationalen Beziehungen andererseits zu verbinden und den Wechselbezug der militärischen und der politischen, der punitiven und der strategischen, der physischen und der psychischen Aspekte der Abschreckung zu untersuchen, ist die Aufgabe einer Theorie der Abschreckung. Dazu gibt es seit dem Ende der fünfziger Jahre zahlreiche Ansätze politik- und militärwissenschaftlicher, psychologischer, lerntheoretischer und spieltheoretischer Provenienz²⁷). Diese Ansätze zu kritisieren oder ihnen einen neuen hinzuzufügen, ist nicht Aufgabe einer Ethik der Abschreckung. Im Mittelpunkt dieser Aufgabe hat vielmehr die Frage nach dem sittlichen Ziel der Abschreckung zu stehen. Ist das Abschreckungskonzept unter den Bedingungen atomarer Rüstung überhaupt sittlich zu rechtfertigen und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Oder enthält die atomare Rüstung doch eine tödliche Logik, die dem Abschreckungskonzept jede Rechtfertigungsmöglichkeit raubt?

Entsprechend der doppelten Natur des Abschreckungskonzepts sind hierbei zwei Probleme zu klären. Erstens das Problem des Einsatzes von Kernwaffen, wenn der Verteidigungsfall eintritt, die Abschreckung eine Aggression also nicht verhindern kann. Ist ein solcher Einsatz sittlich zu rechtfertigen? Zweitens das Problem der Drohung mit Kernwaffen, deren Anwendung unter Umständen jede Möglichkeit sittlicher Rechtfertigung abgesprochen wird. Zur Klärung des ersten Problems empfiehlt es sich, auf die Theorie des gerechten Krieges zurückzugreifen. Diese Theorie ist der bisher umfassendste und differenzierteste Versuch, die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen der Einsatz militärischer Gewalt sittlich erlaubt ist.

2. Die *bellum-iustum*-Theorie

Die seit Augustinus im westlichen Kulturkreis und vor allem in der christlichen Ethik entwickelte Theorie des gerechten Krieges geht davon aus, daß jeder Krieg ein Übel und

²⁶) E. Rosenkranz, *Abschreckung durch flexible response — eine Mystifikation?*, in: ders./R. Jütte, *Abschreckung contra Sicherheit?*, München 1974, S. 44.

²⁷) Vgl. dazu mit jeweils weiteren Literaturnachweisen K.-D. Schwarz/W.-R. van Cleave, *Die Theorie der Abschreckung*, in: K.-D. Schwarz (Hrsg.), *Sicherheitspolitik*, Bad Honnef 1978, S. 131 ff., und U. Nerlich, *Abschreckung*, in: *Staatslexikon*, Bd. 9, Freiburg 1969, Sp. 13 ff.

deshalb zu vermeiden ist, es sei denn, er erweise sich zur Abwehr eines schweren Unrechts als unumgänglich²⁸⁾. Um zu verhindern, daß die Anwendung militärischer Gewalt zu Verteidigungszwecken leichtfertig für unumgänglich erklärt wird, wurde im Rahmen dieser Theorie eine Reihe von restriktiven Kriterien entwickelt. Nach ihnen setzt eine legitime Anwendung militärischer Gewalt

1. eine Kriegserklärung durch die zuständige politische Autorität,
2. einen gerechten Grund,
3. den vergeblichen Einsatz aller friedlichen Konfliktlösungsmittel,
4. die rechte Absicht,
5. die Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs,
6. die Verhältnismäßigkeit der Verteidigung und
7. die geeigneten Mittel voraus.

Das Recht auf Notwehr — kollektiv wie individuell — unterliegt also ganz bestimmten Schranken, die verhindern sollen, daß Verteidigung zur Schuld wird²⁹⁾. Der Einsatz militärischer Mittel ist somit nur dann zu rechtfertigen, wenn er von der legitimen, dem Gemeinwohl verpflichteten politischen Autorität beschlossen wird, wenn das Leben und die Rechte unschuldiger Menschen durch eine Aggression bedroht werden und alle anderen Möglichkeiten, diese Aggression zu verhindern, ausgeschöpft sind, wenn sich der Zweck dieses Einsatzes auf die Abwehr der Aggression beschränkt und nicht seinerseits unter dem Vorwand der Vergeltung oder der Befreiung in eine Aggression verwandelt, wenn mit der Möglichkeit eines Erfolgs gerechnet werden kann, wenn der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel beachtet wird, d. h. die durch die militärische Verteidigung entstehenden Übel nicht noch größer sind als die Übel, die aus der abzuwehrenden Aggression entstehen würden, und wenn schließlich die Wirkung der Waffen begrenzt bleibt, die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten also aufrechterhalten werden kann. Diese Kriterien machen deutlich, daß es der Theorie des gerechten Krieges in erster Linie nicht darum geht, den Einsatz

militärischer Waffen zu rechtfertigen, sondern darum, den Frieden zu sichern bzw. den Krieg zu verhindern und ihn da, wo er nicht zu verhindern ist, zu begrenzen. Sie machen deutlich, daß die Theorie des gerechten Krieges besser Theorie der gerechten Verteidigung heiße.

Läßt sich diese Theorie unter den Bedingungen atomarer Rüstung noch aufrechterhalten? Die Zweifel, die diese Frage hervorruft, resultieren aus der Anwendung der letzten drei Kriterien auf einen Konflikt mit Kernwaffen. Sind, so wird eingewandt, die Erfolgsaussichten nicht in jedem Fall gleich Null, also nur um den Preis totaler Zerstörung und damit auch der Selbstvernichtung gegeben? Sind damit nicht auch automatisch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Verteidigung und das Kriterium der Unterscheidbarkeit zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten preisgegeben?

3. Das Problem atomarer Rüstung

Das Zerstörungspotential der atomaren Rüstung rechtfertigt zweifellos diese Fragen. Sie sind freilich nicht neu. Sie wurden zum großen Teil schon in der Sicherheits- und Rüstungsdebatte Ende der fünfziger Jahre erörtert. Die Frage, ob eine Verteidigung mit Kernwaffen sittlich verantwortet werden könne, wurde damals wiederholt verneint, weil der Einsatz dieser Waffen als kontraproduktiv galt. Er führe eo ipso zur Zerstörung des zu verteidigenden Gutes. Er hebe die Grenzen, denen jedes Recht auf Notwehr unterliege, auf. Er schließe die Möglichkeit der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten aus und er habe die Tötung Unschuldiger „per se, nicht per accidens“ zur Folge³⁰⁾. Unter den Bedingungen einer countervalue-Strategie, d. h. der Androhung einer massiven Vergeltung mit strategischen Kernwaffen, die gegen Städte und Industriezentren gerichtet sind, ist diese Schlußfolgerung auch kaum zu widerlegen. Ein Einsatz von Waffen, der unterschiedslos auf die Vernichtung militärischer und ziviler, also industrieller und politischer Zentren zielt, ist sittlich nicht zu rechtfertigen³¹⁾.

³⁰⁾ R. Spaemann, Zur philosophisch-theologischen Diskussion um die Atombombe, in: *Atomare Kampfmittel und christliche Ethik, Diskussionsbeiträge deutscher Katholiken*, München 1960, S. 86.

³¹⁾ H. Schulte Herbrüggen, Atomkrieg und christliche Ethik, in: *Atomare Kampfmittel und christliche Ethik*, a.a.O. (Anm. 29), S. 152; C. Münster, a.a.O. (Anm. 18), S. 91.

²⁸⁾ Zur Entwicklung der bellum-iustum-Theorie vgl. J. Rief, Die bellum-iustum-Theorie historisch, in: N. Glatzel/E.-J. Nagel (Hrsg.), *Frieden in Sicherheit. Zur Weiterentwicklung der katholischen Friedensethik*, Freiburg 1982, S. 15 ff.

²⁹⁾ Vgl. Thomas von Aquin, *Summa theologiae* II-II, qu. 64, a. 7.

Ein solcher Einsatz ist jedoch nicht an die atomare Rüstung gebunden. Er ist auch mit konventionellen Waffen möglich. Daß dies nicht nur eine theoretische Möglichkeit ist, zeigen die sogenannten Sättigungsbombardements der Alliierten auf deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg. Auch sie überschritten die dem Notwehrrecht immanenten Schranken. Auch sie verwandelten Verteidigung in Schuld.

Der Hinweis auf einen Krieg mit konventionellen Waffen löst jedoch nicht das Problem der sittlichen Rechtfertigung eines Kernwaffeneinsatzes. Er mag dazu beitragen, die sittlich wie politisch fatale Diabolisierung der Kernwaffen zu verhindern, aber die Frage, ob ihr Einsatz sittlich zu rechtfertigen ist, zwingt dazu, die Rüstungstechnologie und die Verteidigungsstrategie selbst genauer zu betrachten. Hier hat sich seit jener Rüstungs- und Sicherheitsdiskussion Ende der fünfziger Jahre eine Entwicklung vollzogen, die eine Ethik der Abschreckung nicht übergehen darf. Was die Verteidigungsstrategie betrifft, so ist das Konzept der massiven Vergeltung durch das der abgestuften Erwidern abgeloöst worden, das davon ausgeht, daß jeder möglichen Aggression mit angemessenen Waffen auf der Ebene begegnet werden muß, auf der sie stattfindet. Dadurch wird das Dilemma vermieden, mit dem Einsatz des strategischen Vernichtungspotentials antworten oder die Aggression hinnehmen zu müssen, weil der Einsatz dieses Potentials sittlich und politisch nicht zu rechtfertigen ist. Dieser Wandel der Verteidigungsstrategie ist die erste Voraussetzung, um dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Verteidigung gerecht zu werden und die jedem Recht auf Notwehr immanenten Schranken zu beachten.

Auch wenn die Frage der Anwendbarkeit der Konzeption der abgestuften Erwidern aufgrund mangelhafter personeller, materieller und finanzieller Ausstattung der Streitkräfte des Atlantischen Bündnisses — zumindest in Europa — immer wieder zu erheblichen Zweifeln führt³²⁾, so muß eine ethische Betrachtung an ihr als einer *conditio sine qua non* sittlich erlaubter Verteidigung festhalten.

Neben dem Wandel der Verteidigungsstrategie ist auch die Entwicklung der Rüstungstechnologie für eine Ethik der Abschreckung

von erheblicher Bedeutung. Die Entwicklung der taktischen Kernwaffen einerseits und die Verbesserung der Zielgenauigkeit der Trägersysteme andererseits hat die Möglichkeiten wesentlich ausgeweitet, die Wirkung der eingesetzten taktischen Kernwaffen zu kontrollieren und damit zu begrenzen und die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten aufrechtzuerhalten. Sie zwingt zu dem Schluß, daß eine Verteidigung mit Kernwaffen nicht schon per se, d. h. aufgrund der technischen Gegebenheiten unsittlich ist.

Andererseits darf, wenn die Entwicklung der Rüstungstechnologie betrachtet wird, wiederum die der konventionellen Waffen nicht übergangen werden. Auch sie hat einen Stand erreicht, der einen Aggressor wie auch einen Verteidiger noch ungleich mehr als im Zweiten Weltkrieg in die Lage versetzt, diese Waffen zur Massenvernichtung und zur umfassenden Zerstörung von Städten und Industriezentren einzusetzen. Dies macht von neuem deutlich, daß die Frage der Rechtfertigungsmöglichkeit militärischer Verteidigung in erster Linie nicht von der Rüstungstechnologie, sondern von den Intentionen des Verteidigers abhängt und daß der Gefahr eines konventionellen Krieges nicht weniger zu begegnen ist als der eines nuklearen Krieges.

Von diesen technischen Aspekten des Problems der Begrenzbarkeit eines Einsatzes von konventionellen wie atomaren Waffen auf militärische Zwecke ist ein politischer Aspekt zu unterscheiden. Auch wenn diese Begrenzbarkeit technisch möglich ist, so bleiben erhebliche Zweifel, ob sie politisch realisierbar ist. Die Gefahr der Eskalation und damit des Einsatzes strategischer Kernwaffen zu *countervalue*-Zwecken — ob auf einem oder mehreren Kontinenten ist sekundär — kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Wäre eine solche Eskalation sicher, dann wäre der Einsatz von Kernwaffen auch zu Verteidigungszwecken sittlich nicht zu rechtfertigen. Umgekehrt läßt sich aus der Tatsache, daß sie nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, aber nicht das Postulat ableiten, auch der sittlich legitime Einsatz — gegebenenfalls auch der Ersteinsatz — von Kernwaffen zu Verteidigungszwecken habe zu unterbleiben. Ein solches Postulat geht von der unhaltbaren Prämisse aus, daß eine sittliche Handlung erst dann möglich ist, wenn die Gesamtheit der Handlungsfolgen überblickt werden kann. Dies aber ist unmöglich. Wir tapfen, was die Gesamtheit der Folgen betrifft, immer im

³²⁾ Vgl. K.-P. Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Baden-Baden 1981.

Dunkeln³³⁾. Jeder sittlichen Handlung bleibt ein Rest an Wagnis inhärent. Dies wird in jenen Positionen der gegenwärtigen Friedensdiskussion oft übersehen, die aufgrund des Eskalationsrisikos für einen Verzicht auf einen Ersteinsatz von Kernwaffen plädieren³⁴⁾.

Man wird von einem Politiker, der für die Friedenssicherung Verantwortung trägt, erwarten, daß er mit Klugheit die Folgen seines Handelns abwägt, daß er sich im Verteidigungsfall zu einem Einsatz von Kernwaffen um so weniger entschließt, je größer die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation ist. Man wird von ihm aber auch erwarten, daß er ebenso klug die Folgen seines Unterlassens abwägt, daß er also prüft, welche Folgen eine Verzichtserklärung auf den Ersteinsatz von Kernwaffen, ein Einfrieren der Rüstung, eine unterlassene Abschreckung oder eine generelle Ablehnung des Einsatzes von Kernwaffen im Verteidigungsfall haben kann³⁵⁾. Gewiß gilt auch hier: Wir tapen im dunkeln, was die Gesamtheit der Folgen unseres Handelns bzw. unseres Unterlassens betrifft. Beim Abwägen solcher Folgen bleibt die Einschätzung der oben beschriebenen Bedrohung, der sich die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses ausgesetzt sehen, von zentraler Bedeutung.

4. Das kleinere Übel

Wenn die Funktion der Abschreckung darin besteht, jener Bedrohung entgegenzutreten, dann folgt daraus für die Rüstung, daß sie hinlänglich stark sein muß, um dieser Funktion gerecht zu werden. Die Rüstung des defensiven Atlantischen Bündnisses hat nicht Überlegenheit über die des offensiven — und auch noch geographische Vorteile besitzenden — Sowjetimperiums anzustreben. Sie muß nicht einmal auf eine Parität auf allen Ebenen zielen. Es genügt die „sufficiency“, d. h. die, möglicherweise auch bei einer gewissen Unterle-

genheit gegebene, Fähigkeit zu hinlänglicher Abschreckung. Diesem Ziel entspricht auch der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979. Hätte er mehr zum Ziel als diese Hinlänglichkeit, müßte die Zahl der Mittelstreckenwaffen, deren Stationierung geplant ist, wenn die Sowjetunion bis Ende 1983 nicht bereit ist, ihre SS-20-Raketen abzurüsten, wohl beträchtlich erhöht werden, nachdem sich die Zahl der dislozierten SS-20-Raketen seit jenem Beschluß in einem unvorhersehbaren Tempo fast verdreifacht hat.

Ob zu diesem Konzept der Hinlänglichkeit auch strategische Kernwaffen gehören, deren Einsatz zu countervalue-Zwecken sittlich nicht zu rechtfertigen ist, bleibt eine Frage, die in eine schwerwiegende Aporie hinein führt. Die These, daß die Abschreckung mit strategischen Kernwaffen das Atlantische Bündnis seit 1949 in die Lage versetzte, den Frieden zumindest in Mittel- und Westeuropa zu sichern, kann zwar nicht schlüssig bewiesen werden; sie ist aber in hohem Maße plausibel. Sinn der Abschreckung mit diesen Waffen war und ist es, sie nicht anzuwenden. Die Verhinderung eines Krieges und die Sicherung der Freiheit der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses ist ihre primäre Intention. Dies ist ihr sittliches Ziel. Um diese primäre Intention zu gewährleisten, bedarf es nicht nur eines hinlänglichen Verteidigungspotentials, sondern auch der sekundären Intention, dieses Potential einzusetzen. Diese Sekundärintention steht aber völlig im Dienst der Primärintention.

Die Unterscheidung von Primär- und Sekundärintention ist jedoch nicht mehr als ein unvollkommener Versuch, die Aporie zu mildern, die darin besteht, daß zur Sicherung des Friedens in Freiheit die Bereitstellung eines Vernichtungspotentials notwendig erscheint, dessen unterschiedsloser Einsatz sittlich nicht zu rechtfertigen ist. Für das Problem, wie sich erlaubte Androhung und verbotener Einsatz vertragen, gibt es keine glatte Lösung. Wer einwendet, daß die Abschreckung versagen kann, hat recht. Aber er kann nicht nachweisen, daß der Verzicht auf Abschreckung besser geeignet sei, einen Krieg zu verhindern und die Freiheit zu sichern. Im Gegenteil, angesichts der skizzierten revolutionären Ideologie und der ihr folgenden expansiven Politik dürfte die Abschreckung — auch mit strategischen Kernwaffen — eher zur Friedenssicherung beitragen als der Verzicht auf sie. Sie ist das kleinere Übel. Sie als „institu-

³³⁾ R. Spaemann, *Moralische Grundbegriffe*, München 1982, S. 68 und 77.

³⁴⁾ Vgl. vor allem den 2. Entwurf eines Hirtenbriefes der Konferenz der Katholischen Bischöfe der USA, hrsg. vom Deutschen Sekretariat von Pax Christi, Frankfurt 1982, S. 34, sowie die Erklärung von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith, *Kernwaffen und das Atlantische Bündnis*, in: *Europa-Archiv*, 37. Jg, 1982, S. 183 ff.

³⁵⁾ Vgl. dazu die Antwort auf die Erklärung von Bundy u. a. von Karl Kaiser, Georg Leber, Alois Mertes und Franz-Joseph Schulze, *Kernwaffen und die Erhaltung des Friedens*, in: *Europa-Archiv*, 37. Jg., 1982, S. 357 ff.

tionalisierte Frivolität“ zu kennzeichnen³⁶⁾, weil sie die Bereitschaft zu einer Handlung einschließt, die unter allen denkbaren Umständen unverantwortlich ist, scheint ihr nicht gerecht zu werden, ist diese Bereitschaft doch jene sekundäre Bereitschaft, die ganz im Dienst der primären Intention steht, den Krieg zu verhindern. Wenn die Drohung mit dem großen Zweitschlag den Erstschlag verhindern kann, dann ist sie offenkundig das kleinere Übel³⁷⁾. Sie setzt nicht auf die Angst des Bedrohten, sondern auf seine Vernunft, einzusehen, daß das Risiko einer Aggression „kalkuliert untragbar“ ist.

Kommt eine ethische Reflexion der Probleme der Abschreckung — mit Bangen und Zagen — zu dem Schluß, daß eine Abschreckung durch strategische Kernwaffen nicht a priori verworfen werden kann, obgleich ihr unterschiedsloser Einsatz nicht zu rechtfertigen ist, so ist diese Aporie nur auszuhalten, wenn sie davon ausgeht, daß die Bereitschaft und die Fähigkeit zu militärischer Verteidigung zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung des Friedens ist, den sie sichern möchte³⁸⁾.

Hinreichende Bedingung des Friedens kann nur ein Geflecht politischer, ökonomischer und kultureller Beziehungen sein, das auf dem Recht beruht und am Ziel eines transnationalen Gemeinwohls als der Gesamtheit der internationalen Möglichkeitsbedingungen nationaler Entwicklung orientiert ist. Dieses Geflecht internationaler Beziehungen bedarf in erster Linie der Instrumente der internationalen Institutionen, der Diplomatie und der völkerrechtlichen Verträge, des ökonomischen, des wissenschaftlichen und des touristischen Austausches. Auch wenn es auf das Instrument der Rüstung und der Abschreckung nicht verzichten kann, so hat sich die Ethik der Abschreckung doch immer ihrer begrenzten Reichweite bewußt zu bleiben und einer Ethik des Friedens unterzuordnen. Sie hat durch diese Unterordnung deutlich zu machen, daß in Konflikten Kommunikation, in

Konfrontationen Kooperation und Kompromiß auf der Basis des Rechts und in aller Rüstung Rüstungskontrolle und Abrüstung gesucht werden müssen. Wieviel Erfolg solches Bemühen hat, das hängt freilich immer von zwei Seiten ab³⁹⁾.

Diese Skizze einer Ethik der Abschreckung hat die Aporie, wie erlaubte Androhung nuklearer Vergeltung und verbotener Einsatz strategischer Kernwaffen sich vertragen, nicht aufheben können. Sie hat versucht, die Möglichkeitsbedingungen einer sittlichen Rechtfertigung der Abschreckung aufzuzeigen und zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Jede Abschreckung ist den Schranken unterworfen, die die *bellum-iustum*-Theorie für eine legitime militärische Verteidigung entwickelt hat. Diese Theorie ist auch unter der Bedingung atomarer Rüstung nicht überholt.
2. Die Entwicklung der atomaren Rüstung und der Wandel der Verteidigungsstrategie in den vergangenen 25 Jahren haben es nicht unmöglich gemacht, am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Verteidigung, der Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten und der Aussicht auf einen Erfolg festzuhalten.
3. Der begrenzte Einsatz taktischer Kernwaffen zu Verteidigungszwecken kann nicht deshalb als unsittlich verworfen werden, weil das Eskalationsrisiko nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann.
4. Solange die reale Bedrohung nichtsozialistischer Staaten durch die revolutionäre Ideologie und die Rüstung, die Militärstrategie und die expansive Politik der Sowjetunion nicht zu beseitigen ist, bleibt eine hinlängliche Abschreckung unverzichtbar, wenn ein Frieden gesichert werden soll, der nicht auf Unterwerfung, sondern auf Recht und Freiheit beruht.
5. Rüstung und Abschreckung bleiben hinsichtlich einer militärischen Aggression wie einer politischen Erpressung mit Kernwaffen oder konventionellen Waffen das kleinere Übel. Sie sind aber einer Politik der Friedensförderung unterzuordnen. Sie fallen deshalb nicht nur in die Kompetenz des Militärs, sondern auch, ja in erster Linie in die der Politik. Diese hat nicht nur die Hinlänglichkeit der Abschreckung, sondern immer auch die Mög-

³⁹⁾ Vgl. auch W. Pannenberg, *Die Angst schafft keinen Frieden*, in: *Rheinischer Merkur* vom 4. 2. 1983, S. 22.

³⁶⁾ So R. Spaemann, *Wer hat wofür Verantwortung? Zum Streit um deontologische und teleologische Ethik*, in: *Herder-Korrespondenz*, 36. Jg., 1982, S. 407.

³⁷⁾ So auch ebd.; vgl. auch H. G. Pöhlmann, *Widerspruch gegen die Moderamenserklärung*, in: *Evangelische Verantwortung*, 1/1983, S. 12.

³⁸⁾ Vgl. auch die Botschaft Papst Johannes Pauls II. an die 2. außerordentliche Abrüstungskonferenz der UNO vom 14. 6. 1982, in: *Osservatore Romano*, deutschsprachige Wochenausgabe Nr. 31/32 vom 30. 7. 1982, S. 8.

lichkeit der Rüstungskontrolle und der gleichzeitigen, ausgewogenen und nachprüf-
baren Abrüstung zu prüfen. Erst durch eine
solche das Recht und die Menschenrechte re-

spektierende, Freiheit und Gerechtigkeit för-
dernde Politik können die Kräfte des Chaos
gebändigt werden, die auch hinter Rüstung
und Abschreckung lauern.

Die Friedensbewegung – zu radikal oder gar nicht radikal genug?

I. Einstieg: Mit C. F. v. Weizsäcker gegen die tradierte Rüstungspolitik

Was „Friedensbewegung“ genannt wird, ist höchst umstritten. Den einen geht sie zu weit, den anderen ist sie nicht umfassend und radikal genug. „Radikal“ aber in welchem Sinne? Wie läßt sich diese vor Jahren noch unvorhergesehene Lernbewegung verstehen? Was müßte sie erreichen?

Lassen wir den Nestor der bundesdeutschen Friedensforschung, den Physiker und Philosophen C. F. v. Weizsäcker, zu Wort kommen:

„Meines Erachtens hat es niemals eine Chance gegeben, daß die atomare Abschreckung das Friedensproblem für immer lösen würde; diese Hoffnung wirkte und wirkt auf mich als eine hirnverbrannte Verrücktheit.“

„Die atomare Abschreckung konnte uns eine Atempause von einigen Jahrzehnten geben, um eine politische Lösung des Friedensproblems zu suchen. Die öffentliche Meinung der Welt hat die Atempause mit der Lösung verwechselt, und deshalb hat sie keinen Druck auf die Politik ausgeübt, die Lösung auch nur zu suchen. Heute wacht sie mit Entsetzen auf, und es ist spät geworden.“

„Die europäische Friedensbewegung ist nicht essentiell anti-amerikanisch, und sie ist überhaupt nicht pro-sowjetisch. Sie ist nicht einmal primär neutralistisch. Ihr Motiv ist viel einfacher. Es ist die Angst ums Überleben, und ich sage: die begründete Angst.“

„Ich fordere die Friedensbewegung nicht auf, untätig zu werden. Sie ist ein unerläßliches Element der Bewußtseinsweckung im Volk und damit bei den vom Volk gewählten Politikern. Sie sollte umfassendere Alternativen finden als nur die Verhinderung einer Waffengattung.“

„Wer den Worten Christi in der Bergpredigt folgen will, muß bereit sein, den Verlust der politischen Freiheit in Kauf zu nehmen. Wären alle unsere Völker im Westen dazu bereit, wissend, was sie damit tun, so hätte ich für ihre langfristige Zukunft keine Sorge.“¹⁾

Gerade für eine *sich selbst recht verstehende Friedensbewegung* kann es kaum eine bessere Grundlage geben, als sie in diesen Sätzen ausgesprochen ist. Im folgenden geht es nicht um eine soziologische oder politologische Bestandsanalyse der Friedensbewegung in der ganzen Breite ihrer nationalen und internationalen Erscheinungsformen²⁾, sondern darum, politisch und pädagogisch tragfähige *Kategorien* zu einem angemessenen Verständnis und Selbstverständnis der Friedensbewegung bewußtzumachen und insbesondere ethische Kriterien für argumentativ begründete Stellungnahmen in der öffentlichen Auseinandersetzung zu gewinnen. Wie nötig ein solcher Versuch ist, zeigt E. Epplers Hinweis z. B. auf die geradezu „mitleiderregende Unfähigkeit vieler kluger Publizisten, das neue Phänomen zu verstehen“³⁾. Auf dem Wege zur Gewinnung hierfür geeigneter Kategorien erweist sich der „Lernbericht“ des Club of Rome als hilfreich, aus dessen Sicht die Friedensbewegung als Prozeß der Überwindung bloß tradierten Lernens durch innovatives Lernen zu begreifen ist⁴⁾.

einer vernünftigen Weltfriedensordnung, München 1982, S. 12, 16f., 18, 27. Die in diesem Text ebenfalls enthaltene Komponente tradierter Machtpolitik haben wir kritisch diskutiert in einem Offenen Brief an den Autor: Blicke Carl Friedrich von Weizsäcker hinter sich selbst zurück?, in: Frankfurter Hefte, 37. Jg., 1982, H. 6, S. 24ff.

²⁾ Vgl. dazu z. B. Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsg.), Bonn 10. 10. 1981, Bornheim 1981; Redaktion der Frankfurter Hefte (Hrsg.), *Abermals: Kampf dem Atomtod*, Frankfurt a. M. 1982 (FH-extra 4); W. Jens (Hrsg.), *In letzter Stunde*, München 1982; R. Steinweg (Red.), *Die neue Friedensbewegung*, Frankfurt a. M. 1982 (Friedensanalysen 16); H. A. Pestalozzi/R. Schlegel/A. Bachmann (Hrsg.), *Frieden in Deutschland*, München 1982; A. Buro, *Zwischen sozial-liberalem Verfall und konservativer Herrschaft*, Offenbach 1982; W. Prossinger: *Laßt uns in Frieden*, Reinbek 1982.

³⁾ In: W. Jens (Hrsg.), *In letzter Stunde*, a. a. O. (Anm. 2), S. 163.

⁴⁾ J. W. Botkin/M. L. Elmandjra/M. Malitza, *Das menschliche Dilemma*, Wien 1979. Vgl. P. Kern/H.-G. Wittig, *Der „Lernbericht“ des Club of Rome*, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, 27. Jg., 1981, S. 127ff.

¹⁾ Möglichkeiten und Probleme auf dem Weg zu

II. Überblick: Die Überwindung bloß tradierten Lernens durch den Club of Rome

„Wie viele Weltkriege braucht es, um neue zu vermeiden?“, fragt der Club of Rome⁵⁾. Im Unterschied zu den meisten übrigen Weltproblemen verlangt die Bewältigung der Atomkriegsgefahr von uns ein *Lernniveau*, wie es bisher von ganzen Gesellschaften noch kaum erreicht worden ist: Das Lernen aus den Folgen früherer Fehler genügt nicht mehr, sondern nur noch rechtzeitige Einsicht und Voraussicht, und zwar angesichts einer Gefahr, die obendrein kaum in unsere Alltagswelt hineinragt.

Auf diese Herausforderung antwortet der „Lernbericht“. Da seine Autoren und deren Mitarbeiter nicht nur aus den Ländern des Westens stammen, sondern auch aus östlichen Ländern und der Dritten Welt, können seine Ergebnisse als über ideologische Gräben hinweg konsensfähig gelten.

Weil die Industrieländer „unfähig waren zu lernen, wie man den Wissenserwerb und -gebrauch im eigenen und im Interesse der gesamten Menschheit meistert, entstehen viele globale Probleme, wie z. B. Vernichtungswaffen, entmenschlichte Technologien, Zerstörung des Lebensraumes, Ausbeutung der Rohstoffreserven und Hindernisse beim Aufbau einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“.

Die Eigenart dieser Fehlentwicklungen wird deutlicher, wenn man beachtet, „daß wir uns genau an dem Zeitpunkt der Geschichte so vielen Problemen gegenübersehen, an dem die Menschheit einen Höhepunkt ihres Wissens und ihrer Macht erlangt hat. Einem intelligenten Lebewesen von einem anderen Stern müssen wir absurd erscheinen“. In diesem „Mißverhältnis zwischen Macht und Weisheit“ sieht der „Lernbericht“ das entscheidende Grundproblem, das er als „menschliches Dilemma“ (*human gap*) bezeichnet.

Der Bericht geht von einem umfassenden Lernbegriff aus, der außer Wissenserwerb den Wandel von Einstellungen und Handlungsweisen einschließt und der sich nicht allein auf Individuen, sondern zugleich auch auf ganze Gesellschaften bezieht. Innerhalb des so verstandenen Lernbegriffs werden drei Ar-

ten von Lernen unterschieden: das „tradierte Lernen“, das „Lernen durch Schock“ und das „innovative Lernen“.

„*Tradiertes Lernen*“ hat seinen Ort vor allem in geschichtlich stabilen Perioden. Es wird definiert als „Erwerb festgelegter Auffassungen, Methoden und Regeln, um bekannte, sich wiederholende Situationen zu bewältigen“. Es dient dazu, „ein existierendes System oder eine etablierte Lebensform zu erhalten“. „Es ist in erster Linie ein analytisches, regelorientiertes Lernmuster.“ Als solches ist es „wichtig, aber unzureichend“, denn es versagt in geschichtlichen Umbrüchen wie den heutigen. Kommt es in der Geschichte des einzelnen oder ganzer Gesellschaften zu Krisen, so ist der „traditionelle Auslöser“ neuen Lernens der Schock. „*Lernen durch Schock*“ ist also die durch „plötzlich auftretenden Mangel, Notsituationen, Unglücksfälle und Katastrophen“ erzwungene Art des Lernens. Aber auch diese Lernart wird den Weltproblemen nicht gerecht, denn deren Folgen können in vielerlei Hinsicht „fatal und unwiderruflich“ sein.

Der Bericht weist hier energisch auf die „Trennlinie in der Geschichte des Lernens durch Schock“ hin, die durch den Beginn des Atomzeitalters markiert ist. Weil der Schock nunmehr für die Menschheit als ganze tödliche Auswirkungen haben könnte, ist spätestens jetzt eine qualitativ neue, nämlich den Schockerfahrungen zuvorkommende Lernart notwendig, die als „*innovatives Lernen*“ bezeichnet wird. Dieses innovative Lernen orientiert sich an den beiden *Endzielen* „Überleben der Menschheit“ und „Würde des Menschen“, auf deren Zusammengehörigkeit es gerade ankommt. Will man diese Endziele erreichen, bedarf es nach der Konzeption der Autoren des Club of Rome zweier Zwischenziele: Autonomie und Integration. „*Autonomie*“ wird beschrieben als Fähigkeit, „selbständig und unabhängig zu sein“ und „alternative Entscheidungsmöglichkeiten aufzubauen“. „*Integration*“ bedeutet, daß man „das Ganze, dessen Teil man ist, sieht“ und im Handeln berücksichtigt; deshalb verlangt sie nicht weniger als „gegenseitige Achtung, Selbstbeschränkung, die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und Verzicht auf Egoismus“. Wie dieser Ansatz konkretisiert wird im Blick auf „antizipatorische“ und „partizipatorische“ Lernprozesse und die ihnen zuzuordnenden

⁵⁾ Die in diesem Abschnitt nicht näher ausgewiesenen Zitate entstammen sämtlich J.W. Botkin u. a., a. a. O. (Anm. 4).

methodischen „Elemente“, wie ferner auf die Lernsituationen sehr unterschiedlicher Länder Bezug genommen wird und die „Barrieren“ diskutiert werden, die dem innovativen Lernen heute entgegenstehen, kann hier nicht im einzelnen gezeigt werden. Letztlich geht es um eine kopernikanische Wende unserer Einstellung zum Leben — zum eigenen Leben, zum Leben der anderen und zum Leben der Natur als ganzer, und zwar im Blick auf Gegenwart und Zukunft.

Im „tradierten Lernen“ und „Lernen durch Schock“ einerseits und im „innovativen Lernen“ andererseits ringen heute zwei tief unterschiedliche Lösungsmodelle um Anerkennung. Aus der Sicht des „Lernberichtes“ des Club of Rome sind die zentralen Konflikte der heutigen Gesellschaft Zusammenstöße, die es als Folgen unterschiedlichen Lernens zu begreifen gilt.

Wendet man diese Grundorientierung auf die Verteidigungspolitik an, so muß die ungebrochene Fortsetzung des Wettrüstens auch im atomaren Bereich als Resultat „tradierten Lernens“ gelten. Selbst die „Schocks“ der beiden bisherigen Weltkriege haben bei den beteiligten Generationen nur solches Lernen ausgelöst, „das neue Schocks unvermeidbar macht“. Der „Lernbericht“ spricht in diesem Zusammenhang von einer „*fundamentalen Fehl-orientierung von Wissenschaft und Technologie*“ vor allem aufgrund ihrer „*Militarisierung*“: „Wo die Wissenschaft am nötigsten gebraucht wird, ist sie am wenigsten verfügbar; und am leichtesten verfügbar ist sie im Rüstungswettkampf.“ Es arbeiten „nahezu die Hälfte aller Wissenschaftler der Welt in der

militärischen Forschung und Entwicklung“, was auch deshalb eine „Barriere für innovatives Lernen“ ist, weil dadurch „*Mißtrauen, Unsicherheit, Angst und Vorurteil auf den internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch*“ einwirken.

Innovative Lernprozesse führen dagegen von vornherein zu anderen Fragestellungen und damit erst recht zu anderen Ergebnissen. Statt sich an einem vermeintlichen Gleichgewicht militärischer Abschreckung zu orientieren, das es im Detail gar nicht geben kann und dessen Beschwörung immer wieder als ideologischer Vorwand weiterer Aufrüstung gedient hat, ist vielmehr zu fragen: Gibt es rein defensive Formen der Verteidigung, die den potentiellen Gegner nicht bedrohen und deshalb kaum noch Anreize zum Wettrüsten bieten? Gibt es vielleicht sogar nicht-militärische Formen der Sicherung, die maximal garantieren, daß in künftigen Konflikten die verfügbaren Atomwaffen nicht eingesetzt werden? In diesen Fragen geht es nicht um ausschließlich *quantitative* Probleme des Wettrüstens, sondern um die *Qualität* neuartiger Sicherungsformen und um deren Folgen für unsere Lebensgestaltung, also nicht mehr nur um großtechnische *Mittel* und ihre Erforschung und Planung durch *Experten*, sondern vor allem um humane *Zielsetzungen* und ihre *öffentliche* Diskussion.

Die Unterscheidung von tradiertem und innovativem Lernen enthebt uns freilich nicht der Aufgabe, die gegebene Situation inhaltlich unter der Fragestellung zu analysieren, ob und inwiefern die heute in vielen Ländern erstarkende Friedensbewegung wirklich notwendig ist.

III. Ausgangslage: Todbringender Rüstungswettkampf

Innovatives Lernen schließt die Beteiligung aller Betroffenen an der Gestaltung ihrer gemeinsamen Lebenswelt ein. Qualifizierte Beteiligung ist nur möglich, wenn die Lebenswelt verstanden wird; und von jedermann verstanden werden kann sie nur dann, wenn in Ergänzung zu den zahllosen und oft verwirrenden Detailinformationen ihre *Grundstrukturen* so einfach wie möglich durchschaubar gemacht werden.

Die bestehende Rüstungspolitik beruht in West und Ost auf dem Prinzip der atomaren

Abschreckung. Abschreckung aber wirkt immer aggressiv auf den möglichen Gegner, auch dann, wenn sie defensiv gemeint ist; sie treibt also zu ständigem Wettrüsten an. Ferner ist sie prinzipiell labil, also unsicher. Die Versicherung, die Atomwaffen würden nie eingesetzt, ist ungläubwürdig: Zwar erfüllt die Bombe ihre politische Aufgabe nicht, wenn sie fällt, jedoch auch nicht, wenn es unmöglich ist, daß sie fällt, denn dann ist die Drohung leer. Sie erfüllt ihre Aufgabe nur dann, wenn die Katastrophe stets möglich ist,

aber nie wirklich wird. Das ist keine verlässliche Grundlage für eine künftige Menschheitsgeschichte.

Innerhalb dieser *prinzipiellen Labilität* hat sich in den letzten Jahrzehnten eine *relative Stabilisierung* ergeben, und zwar vor allem durch die technische Ermöglichung von Zweitschlagskapazitäten (second strike capabilities): Beide Seiten konnten zwar das Land des Gegners zerstören, dabei jedoch nicht verhindern, daß dessen Vergeltungsraketen auch das eigene Land verwüsten würden. („Wer als erster schießt, stirbt als zweiter.“)

Die vieldiskutierte *Gefahr der kommenden Jahre* ergibt sich nicht so sehr, wie manche meinen, aus einer bloßen Zunahme der Zahl der Vernichtungswaffen, sondern vor allem daraus, daß diese Zweitschlagskapazitäten immer mehr in Frage gestellt werden, und zwar durch ebenfalls technische Entwicklungen: *Mehrfachsprengköpfe* und wesentlich höhere *Zielgenauigkeit* der Waffen. Damit entsteht eine Tendenz von der „Counter-value“-Strategie (gegen das gegnerische Land im ganzen) zu einem „Counterforce“-Erstschlag (speziell gegen die militärischen Anlagen und politischen Schaltstellen des Gegners). Auf der einen Seite könnte die zunehmende Zielgenauigkeit eines Tages zu dem Versuch verleiten, bereits durch einen ersten „Entwaffnungsschlag“ gerade die Vergeltungsraketen des Gegners weitgehend auszuschalten, d. h. einen Atomkrieg ohne unerträgliche eigene Schädigung nicht nur zu überstehen, sondern sogar zu „gewinnen“. Auf der anderen Seite erlaubt die Zielgenauigkeit eine Verminderung der Sprengkraft der einzelnen Raketenköpfe und läßt somit für Militärs und Politiker einen Atomkrieg als begrenzt erscheinbar. So „positiv“ die hiermit verbundene Aussicht auf eine relative Schonung von Bevölkerungen und Wirtschaftszentren — zumindest in dünn besiedelten Gebieten — erscheint, so sehr baut aber eben diese Aussicht die psychischen Hemmungen gegen einen Atomkrieg ab, der damit auch in dieser Hinsicht wahrscheinlicher wird. Ob jedoch ein Krieg dann, wenn in ihm auch nur sehr kleine Atombomben, z. B. Neutronenwaffen, eingesetzt werden, hinsichtlich der Dynamik atomarer Eskalation wirklich kontrollierbar bleibt, ist mehr als offen. Also kann das Unverdrössen auch heute noch benutzte Argument nicht mehr Gültigkeit beanspruchen, die atomare Abschreckung werde aus den gleichen Gründen, aus welchen sie nach 1945 weitere Weltkriege wahrscheinlich verhin-

dert habe, solche Kriege auch künftig verhindern⁶).

Nunmehr ergibt sich ein neuer *Zwang zu Mißtrauen und Wettrüsten*: Jede Seite wird neue Technologien entwickeln müssen, um die eigenen Waffen vor dem Zugriff der zielgenauen Waffen des Gegners hinreichend zu schützen und zu tarnen (USA: z. B. U-Boote, MX-Raketen) — die wiederherzustellenden Zweitschlagskapazitäten werden mit jeder neuen Stufe riskanter und teurer. Und jede Seite wird die Zielgenauigkeit ihrer eigenen Waffen so steigern müssen, daß sie zu gezielten „operativen Schlägen“ in der Lage ist und notfalls dem drohenden Einsatz der zielgenauen Waffen des Gegners zuvorkommen kann. Hinzu kommt, daß sich weitere Bedrohungen aus der Gefahr technischer Pannen in den immer komplizierteren Kommunikationssystemen ergeben, Pannen, die in sich zuspitzenden Situationen und vor allem nach Ausbruch eines Krieges erst recht gefährlich werden (z. B. EMP [Electromagnetic Pulse]), ferner aus der Militarisierung des Weltraumes („Space shuttle“, Killersatelliten, Laser-Waffen usw.) und aus der Weiterentwicklung biologischer und chemischer Kriegsführungsmöglichkeiten. Außerdem werden die Atomwaffen in der Welt immer mehr verbreitet. Inzwischen werden auch die Krisenländer Südafrika, Israel, Indien und demnächst Pakistan (vielleicht auch Argentinien und Brasilien) zu den Atomwaffenbesitzern gezählt. In Konflikte, die in diesen Regionen entstehen, könnte das wenig autarke Westeuropa sehr bald hineingezogen werden.

In dem Maße, in dem die Wirkung wechselseitiger atomarer Abschreckung an Zuverlässigkeit verliert, der Einsatz von Atomwaffen also wahrscheinlicher wird, scheint aus der Sicht der amerikanischen Partikularinteressen der Versuch rational zu sein, die Europäer noch stärker am Risiko zu beteiligen, ja einen eventuellen Krieg möglichst zu europäisieren. Dabei stellt die durch den NATO-„*Doppelbeschluß*“ vom Dezember 1979 angedrohte Stationierung amerikanischer Mittelstrecken-

⁶) Vgl. hierzu und zum Folgenden z. B. N. Calder, *Atomares Schlachtfeld Europa*, Hamburg 1980; Studiengruppe Militärpolitik, *Aufrüsten, um abzurüsten?* Reinbek 1980; W. Bittorf (Hrsg.), *Nachrüstung*, Reinbek 1981; P. Koch, *Wahnsinn Rüstung*, Hamburg 1981; D.S. Lutz, *Weltkrieg wider Willen?* Reinbek 1981; A. Mechttersheimer (Hrsg.), *Nachrüsten?*, Reinbek 1981; ders., *Rüstung und Frieden*, München 1982; H.G. Brauch/A. Schrempf, *Giftgas in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1982; G. Bastian, *Frieden schaffen!*, München 1983.

raketen in Westeuropa für die Sowjetunion eine schwerwiegende Herausforderung dar, die durch die Vokabel „Nachrüstung“ bis zur Unkenntlichkeit verharmlost wird⁷⁾: Auf der strategischen Ebene interkontinentaler Waffen besteht ein durch SALT einigermaßen reguliertes Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion. In Drittländern jedoch sind keine Mittelstreckenraketen stationiert, die das Zentrum der jeweils gegnerischen Supermacht erreichen könnten. Die für Westeuropa geplanten Raketen könnten nun aber auch das europäische Rußland erreichen, die allein in der Bundesrepublik Deutschland zu stationierenden Pershing-II-Raketen könnten das innerhalb viel kürzerer Zeit als die aus den USA kommenden Interkontinentalraketen. Kommt es zu ihrer Stationierung, dann müßten also im Konfliktfall die Sowjets daran interessiert sein, zunächst diese in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik, stationierten Raketen auszuschalten. („Atomraketen sind Untergangsmagneten.“) Das dicht besiedelte Westeuropa, das durch seine Abhängigkeit von der technischen Zivilisation und ihrer zentralistischen Versorgungsstruktur höchst verletzlich ist, würde auch durch Counterforce-Schläge tödlich getroffen. (Übrigens verfügen die Europäer auch angesichts der sowjetischen SS-20-Raketen über derart gesicherte Zweitschlagskapazitäten, daß eine Stationierung der im Brüsseler „Doppelbeschluß“ angedrohten neuartigen Waffensysteme — zumindest für die Verteidigung Europas — keinen Sinn mehr ergibt⁸⁾.)

Daß es sich bei der hier skizzierten Labilisierung nicht um eine vorübergehende und prinzipiell überwindbare Phase handelt, sondern mit *immer neuen Gefährdungen* gerechnet werden muß, begründete C. F. v. Weizsäcker bereits vor mehr als zehn Jahren: „Durchschnittlich alle sieben Jahre tritt ein tech-

nisch neuartiges dominierendes Waffensystem an die Stelle des bisherigen. Es müßte also alle sieben Jahre von neuem glücken, das jeweils dominierende Waffensystem in der Gestalt von second strike capabilities oder analogen Strukturen zu stabilisieren. Wenn dies auch nur in einer einzigen der Phasen mißlingt, so besteht danach für eine Reihe von Jahren der oft gehörte Satz, keine Seite könne einen Atomkrieg gewinnen, nicht mehr zu Recht.“⁹⁾ Freilich blieb diese Warnung, da sie der offiziellen NATO-Doktrin widersprach, ohne die gewünschte Wirkung.

Kann der Rüstungswettlauf, der also auch im Blick auf den Verteidigungszweck immer absurdere Formen annimmt, letztlich anders als tödlich enden? „Die Vorstellung, den Frieden, die Stabilität und das Gleichgewicht in der Welt durch die Fortdauer der Abschreckung bewahren zu können, ist vielleicht der gefährlichste kollektive Irrtum, der heute existiert.“¹⁰⁾ Zwar hört man oft: Entweder die Menschen schaffen den Krieg ab, oder der Krieg schafft die Menschen ab. Aber wo wird denn neben dem Krisenmanagement, das in der gegebenen Situation zweifellos noch nötig ist und das mit Recht auf Zeitgewinn spielt, zugleich die längst fällige grundlegende Wende politisch angebahnt, die uns allein aus der Sackgasse herausführen könnte? Da nahezu die gesamte etablierte Politik dies versäumt, sind *Friedensbewegungen* von unten her *notwendig*, die dann auch innovationsbereiten Politikern Handlungsmöglichkeiten eröffnen. In diesem Sinne argumentieren die US-Senatoren Edward M. Kennedy und Mark O. Hatfield: „Einfrieren und Waffenabbau sind die Grundpfeiler des Friedens. Es wird nicht alles auf einmal geschehen, aber wir können aufhören, in die falsche Richtung zu gehen, und anfangen, uns in die richtige zu bewegen.“¹¹⁾

IV. Aufgabe: Innovatives Lernen in einer Stufenfolge sicherheitspolitischer Alternativen

Die Öffentlichkeit und ihre Politiker wären völlig überfordert und Verbesserungen unse-

rer Situation deshalb nicht zu erwarten, wenn man sich durch Blicke in den Abgrund der drohenden Katastrophe dazu verleiten ließe,

⁷⁾ Vgl. auch A. Schau, Zur sprachlichen Etikettierung moderner Waffensysteme, in: Frankfurter Hefte, 37. Jg., 1982, H. 6, S. 15 ff.

⁸⁾ Vgl. D.S. Lutz, Wieviel an Vernichtungskapazität ist genug?, in: Studiengruppe Militärpolitik, a. a. O. (Anm. 6), S. 78 ff.; ders., Weltkrieg wider Willen? a. a. O. (Anm. 6).

⁹⁾ C. F. v. Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971, S. 17.

¹⁰⁾ Die UNO-Studie, Kernwaffen, München 1982, S. 209.

¹¹⁾ E.M. Kennedy/M.O. Hatfield, Stoppt die Atomrüstung, Reinbek 1982, S. 173.

unvermittelt sogleich Maximalforderungen aufzustellen. Im sicherheitspolitischen Bereich ebenso wie in den übrigen Krisenbereichen unserer europäisch-neuzeitlichen Zivilisation kommt es vielmehr entscheidend darauf an, den Weg zu den sachlich gebotenen und als solchen radikalen Lösungen dadurch zu ebnen, daß Stufenfolgen zunehmend anspruchsvollerer Alternativen entworfen und verwirklicht werden.

Angesichts vielfältiger sozialer Kontrollen werden allzu radikale Handlungsmuster negativen Sanktionen ausgesetzt: Mutige einzelne und Gruppen drohen mehr stigmatisiert zu werden, als sie ertragen können. Die Folgen sind entweder Gefühle der Ohnmacht, Resignation, politische Apathie oder aber Perversion der sachlich gebotenen Radikalität zu Extremismus oder gar zu gewalttätigem Terrorismus. Ein sozialer Wandel in Richtung auf die vom Club of Rome diskutierten Ziele „Überleben der Menschheit“ und „Würde des einzelnen“ dürfte nur dann möglich sein, wenn die Absicht einer Abschaffung des Krieges durch eine Abfolge sich steigernder Lernschritte vermittelt wird und Individuen, Gruppen, Nationen, ja ganze Blöcke die Möglichkeit erhalten, Alternativen von demjenigen Lernniveau zu verwirklichen, das ihnen von ihrer (Lebens-)Verkichte her erreichbar ist¹²).

Im militärischen Bereich wäre einiges für Westeuropa schon dann gewonnen, wenn die durch den sog. Nachrüstungsbeschluß der NATO vorgesehenen Mittelstreckenraketen auf See statt auf dem dicht besiedelten Land stationiert würden. Während Alt-Bundeskanzler Schmidt in Übereinstimmung mit C. F. v. Weizsäcker¹³) dies erfolglos anstrebte, lehnte 1981 Außenminister Genscher sogar diese noch kaum innovative Alternative ab: Als auf dem Kölner FDP-Parteitag der schleswig-holsteinische Landesverband einen entsprechenden Antrag stellte, drohte er mit Rücktritt¹⁴). (Dabei mußte er wissen, daß C. F.

v. Weizsäcker insbesondere die Verbindung einer Landstationierung der neuen Raketen mit dem Bau von Kernkraftwerken aufgrund der sich potenzierenden Gefährdung für völlig unannehmbar hält¹⁵).

Ein weitergehender Schritt wäre die *Ablehnung der „Nachrüstung“* überhaupt¹⁶). Diese „Nachrüstung“ würde ja, wie gesagt, durch Stationierung von Mittelstreckenraketen in Drittländern, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, die Supermacht Sowjetunion in ähnlicher Weise herausfordern wie die 1962 versuchte Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen gegen die USA auf Kuba, die damals die USA zu einem großen Atomkrieg bereit sein ließ¹⁷). Wieweit die damals von der Sowjetunion versuchte Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba damit zusammenhing, daß die USA dabei waren, eine erhebliche Überlegenheit über den Warschauer Pakt aufzubauen und u. a. in der Türkei ihrerseits Mittelstreckenraketen gegen die Sowjetunion zu installieren (Raketen, die dann ebenso wie die sowjetischen zurückgezogen

Vorsitzenden Genscher in der „Nachrüstungs-Frage“ vgl. U. Albrecht, Kündigt den Nachrüstungsbeschluß, Frankfurt a. M. 1982, S. 163 ff.

¹⁵) C. F. v. Weizsäcker, Der bedrohte Friede, a. a. O. (Anm. 13), S. 499, 509 ff.

¹⁶) Vgl. neben der genannten Literatur auch Arbeitskreis kirchlicher Mitarbeiter Wolfsburg, Nein zur „Nachrüstung“, 1982. Gegen 17 Behauptungen, die von etablierten Politikern und Massenmedien immer wieder zur Begründung des „Doppelbeschlusses“ angeführt werden, wird dort eine knappe und doch anschauliche „Argumentationshilfe“ zugunsten der Friedensbewegung angeboten — eine Broschüre, die den Gegnern der Friedensbewegung viele Anlässe zur Betroffenheit gibt. — Inwiefern die bei den Genfer Verhandlungen vielleicht sich ergebende „Zwischenlösung“ (Abbau nur eines Teils der sowjetischen SS-20 und Stationierung nur eines Teils der Cruise missiles und Pershing II in Westeuropa) nur eine Scheinlösung wäre, hebt jetzt A. Mechtersheimer hervor in: Mediatius (Starnberg) 3. Jg., 1983, Nr. 1, S. 1. Es geht ja um ein qualitatives und nicht um ein quantitatives Problem: Auch z. B. „nur“ die Hälfte der angedrohten neuen Raketen würde die Sowjetunion so herausfordern, daß zu fürchten ist, im Falle ernster Krisen werde ein tödlicher Präventivschlag gegen Westeuropa wesentlich wahrscheinlicher. — Wie sehr die Kritik an „Doppelbeschluß“ und eventueller „Nachrüstung“ in der Öffentlichkeit unseres Landes zurückgedrängt wird, mag z. B. die Tatsache veranschaulichen, daß die Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1982 an die „Nachrüstungs“-Gegnerin A. Myrdal bei uns von Politikern und Medien so gut wie nicht zur Kenntnis genommen worden ist.

¹⁷) Vgl. z. B. G. Bastian, in: K. Hübötter (Hrsg.), Ist der nukleare Rüstungswettlauf unvermeidbar? Fürth 1981.

¹²) Vgl. P. Kern/P. Runde, unter Mitarbeit von R. G. Heinze und K. Holzschek, Typologie der Bildungs- und Lernvoraussetzungen in der politischen Erwachsenenbildung, in: K. Puzicha/M. Schatzbergfeld (Hrsg.), Bedingungen politischer Sozialisation, Bonn 1980 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 140), Teil 2, S. 255 ff.

¹³) Vgl. C. F. v. Weizsäcker, Der bedrohte Friede, München 1981, S. 498 ff., 513 ff.; vgl. neuerdings ders., Angst ist ein schlechter Ratgeber, in: Die Zeit vom 11. 2. 1983, S. 40.

¹⁴) Vgl. Die Zeit vom 5. 6. 1981, S. 4. Hinsichtlich der „merkwürdigen Wandlungen und Spiele des FDP-

wurden), soll hier nicht weiter erörtert werden¹⁸⁾.

Wenn in der Friedensforschung und in der Friedensbewegung betont wird, die Pläne für Pershing II und Cruise missiles seien unabhängig von der sowjetischen Aufrüstung mit SS-20-Raketen entstanden, dann reagiert die offizielle Politik mit diffamierender Zurückweisung. Wird dasselbe Argument durch den Generalinspekteur der Bundeswehr am Kabinettschiff bestätigt, so wird es totgeschwiegen. General Jürgen Brandt erklärte nämlich: bei der „Nachrüstung“ gehe es gerade „nicht darum, etwa dem Waffensystem SS-20 entsprechende Waffensysteme des Westens entgegenzusetzen“¹⁹⁾.

Während C. F. v. Weizsäcker mit seiner Forderung nach einer Seestützung der neuen Raketen noch in den Denkbahnen tradierter Verteidigungspolitik verbleibt, engagiert er sich im Rahmen der Friedensforschung für ein qualitativ neuartiges Sicherheitskonzept, das die *alte Guerilla-Taktik mit moderner Technik* verbindet (über den Raum verteilte Technokommandos mit Panzerabwehrwaffen auf konventioneller Basis)²⁰⁾. Einerseits dürfte dieses Konzept zum gegenwärtigen Zeitpunkt für weite Teile der Bevölkerung deshalb annehmbarer sein als radikalere Konzepte einer gewaltfreien Verteidigung, weil es noch von den Mitteln moderner Militärtechnik Gebrauch macht; andererseits ist es bereits rein defensiv und bietet deshalb kaum noch Anreize zu weiterem Wettrüsten — die Gleichgewichtsideologie ist hier überwunden. Ausgearbeitet wurde dieses Konzept vor allem von Horst Afheldt, es ist heute mit einer harten Kritik am NATO-Doppelbeschluß verbunden²¹⁾.

Sofern die Afheldtsche Konzeption den Schutz durch westliche Atomwaffen weiterhin einbezieht²²⁾, bietet sie eine Alternative nur für Europa, führt aber aus dem globalen Rüstungswetlauf nicht heraus. Sofern sie jedoch auf einen solchen atomaren Schutz verzichtet, könnte der mögliche Gegner, falls er seine Atomrüstung beibehält, zu exemplarischen Erpressungsversuchen übergehen. Solche Erpressungsversuche wären gegenüber noch konventionell sich verteidigenden Ländern leichter zu vollziehen und zu „rechtfertigen“ als gegenüber Ländern, die sich auf eine ganz andersartige Sicherheitskonzeption, nämlich eine *„Soziale Verteidigung“*, eingestellt haben, wie sie hierzulande vor allem von Theodor Ebert und z. B. in den USA von Gene Sharp vertreten wird²³⁾.

Damit ist das wohl höchste Niveau „innovativen Lernens“ in diesem Bereich markiert, und es gibt gute Gründe für die Annahme, daß die vielfältigen Formen der *gewaltfreien Konfliktaustragung* in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen werden²⁴⁾. Auch C. F. v. Weizsäcker hat diese Möglichkeiten mitbedacht; sie erschienen ihm aber bisher als zu anspruchsvoll, um sie in die öffentliche Diskussion einzubringen. Mit Recht weist er in Anlehnung an *Gandhi* darauf hin, daß es „unmöglich ist, gewaltlos zu handeln, wenn man es aus einem anderen Motiv tut, als weil man den Gegner liebt. Daß man ihn zugleich scharf mißbilligt, ist etwas anderes, denn wenn ich den anderen mißbillige, weil ich weiß, daß er etwas tut, was seiner nicht würdig ist, so kann das in einer Haltung der Nächstenliebe geschehen. Wenn dieses glückt, dann glückt auch die Haltung der Gewaltlosigkeit. Wenn ich aber den anderen hasse und sage: Jetzt werde ich aber mal eine ganz raffinierte Methode anwenden, um dich

¹⁸⁾ Vgl. hierzu und zu weiteren Hintergründen und neuen Tendenzen der US-Rüstungspolitik die neue Serie von W. Bittorf, *Raketen töten nicht — Menschen töten*, in: *Der Spiegel* vom 21. 2. 1983, S. 146 ff.; ferner R. Scheer, *Und brennend stürzen Vögel vom Himmel*, München 1983.

¹⁹⁾ *Mediatas*, 2. Jg., 1982, Nr. 4, S. 1. — In diesem Zusammenhang sei auch an den erheblichen technologischen Vorsprung der USA seit Erfindung der Atombombe erinnert, vgl. z. B. H.-U. Kirchhoff (Hrsg.), *Kirche und Kernbewaffnung*, Neukirchen-Vluyn 1981, S. 46 ff.

²⁰⁾ Vgl. z. B. seine Einleitungen zu H. Afheldt, *Verteidigung und Frieden*, München 1976, und E. Spannocchi/G. Brossollet, *Verteidigung ohne Schlacht*, München 1976.

²¹⁾ Vgl. H. Afheldt, a. a. O. (Anm. 20); ders., *Modell für eine neue Sicherheitspolitik in Europa*, in: *Frankfurter Hefte*, 33. Jg., 1978, H. 4, S. 21 ff.; J. Löser, *Weder rot noch tot*, München 1981.

²²⁾ Vgl. Autorenkollektiv (Doris Günther u. a.) (Hrsg.), *Friedenspolitischer Kongreß. Sicherheitspolitische Perspektiven in der Bundesrepublik Deutschland*, 15. 1.—17. 1. 1982. Dokumentation, Freiburg i.Br. 1982, S. 28 ff., 33 ff.

²³⁾ Vgl. z. B. Th. Ebert, *Soziale Verteidigung*, Bd. I, II, Waldkirch 1981; ders. u. a., *Demokratische Sicherheitspolitik*, München 1974; G. Sharp, *The Politics of Nonviolent Action*, Part I—III, Boston (Mass.) 1973; zu den sozialpsychologischen und pädagogischen Aspekten dieser Thematik H.-P. Nolting, *Lernschritte zur Gewaltlosigkeit*, Reinbek 1981. Zur Diskussion über gewaltfreie Konfliktaustragung insgesamt die Zeitschrift „*gewaltfreie aktion*“, Berlin 1969 ff.

²⁴⁾ Vgl. P. Kern/H.-G. Wittig, *Pädagogik im Atomzeitalter. Wege zu innovativem Lernen angesichts der Ökonomie*, Freiburg i.Br. 1982, S. 79 f.

reinzulegen, jetzt werde ich gewaltlos vorgehen — das hilft nichts. Und wenn es einmal hilft, dann ist das zweite Mal die Katastrophe um so größer. Denn hier ist die Aggression nicht bestraft, sondern belohnt worden durch Gegenaggression, die sich nur für besonders schlaue gehalten hat.“²⁵⁾

Deuten die *überall erstarkenden Friedensbewegungen* darauf hin, daß angesichts der zunehmenden Atomkriegsgefahr in den achtziger Jahren Lernprozesse auch auf dem Niveau der Gewaltfreiheit möglich werden²⁶⁾? Neben zahlreichen anderen Initiativen²⁷⁾ ist die christliche Aktion „*Ohne Rüstung leben*“, deren Mitglieder auch gegenüber dem Verteidigungsministerium ausdrücklich ihre Bereitschaft erklären, „ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben“, hierfür ein hoffnungsvolles Anzeichen²⁸⁾. In dieser Aktion wie in vielen anderen kommen sowohl „partizipatorische“ als auch „antizipatorische“ Merkmale zum Tragen, wie sie der „Lernbericht“ des Club of Rome zur Charakterisierung „innovativen Lernens“ herausstellt.

„Partizipation“ findet in der zunehmend öffentlichen Rüstungsdebatte statt, die dezentral nicht mehr allein von politischen und militärischen Experten geführt wird. Der im Atomzeitalter erforderlichen „Antizipation“ wird man gerecht, indem man nach den langfristigen Folgen unseres heutigen Handelns

²⁵⁾ Einführung zu: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. I, Düsseldorf 1971, S. 15ff., hier S. 28 f. Zur zunehmenden Bedeutung Gandhis für unsere Zukunft vgl. P. Kern/H.-G. Wittig, Pädagogik im Atomzeitalter, a. a. O. (Anm. 24), S. 109ff.

²⁶⁾ Wohl nicht ohne Grund wächst in der Öffentlichkeit plötzlich das Interesse an der teils vergessenen, teils noch gar nicht bekannten Gestalt Gandhis. Vgl. zu R. Attenboroughs großem Gandhi-Film die „bebilderte Biographie“ von G. Gold/R. Attenborough, Gandhi, Bergisch Gladbach 1983, ferner z. B. die Artikel in: Stern vom 27. 1. 1983, S. 22ff., und in: Der Spiegel vom 14. 2. 1983, S. 191f. Vgl. auch A. Buro, a. a. O. (Anm. 2), S. 214ff.

²⁷⁾ Vgl. auch das zunehmende Engagement von Berufsgruppen: nach der „Göttinger Erklärung“ der deutschen Atomphysiker von 1957 nun die internationale Ärztebewegung, Pfarrer und Kirchen in West und Ost, die Schriftsteller, die „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“, die Universitäten — dazu: H.-E. Richter, Zur Psychologie des Friedens, Reinbek 1982, S. 190ff.; Berliner Begegnung zur Friedensförderung, Protokolle des Schriftstellertreffens am 13./14. Dezember 1981, Darmstadt/Neuwied 1982; Mediatius, 3. Jg., 1983, Nr. 1, S. 2.

²⁸⁾ Vgl. Ohne Rüstung leben, Arbeitskreis von Pro Ökumene (Hrsg.), Ohne Rüstung leben, Gütersloh 1981; ferner z. B. J. Zink, Wie übt man Frieden?, Stuttgart/Berlin 1982.

fragt und Zusammenhänge beachtet, die im Rahmen „tradierten Lernens“ nicht in den Blick kommen, z. B. auch die Zusammenhänge zwischen dem Wetrüsten und seinen immensen Kosten einerseits und Rohstoffverbrauch, Naturverschmutzung und Elend der Dritten Welt andererseits²⁹⁾.

Erschwert wird die nötige Antizipation insbesondere dadurch, daß wir das *Ausmaß der drohenden Katastrophe* gar nicht hinreichend zu ermessen vermögen. „In einem weltweiten Nuklearkrieg würde mehr Zerstörungskraft als im gesamten Zweiten Weltkrieg freigesetzt werden, und zwar in jeder Sekunde des langen Nachmittags, den man für den Abschluß und Abwurf aller Raketen und Bomben benötigen würde; jede Sekunde würde ein Zweiter Weltkrieg stattfinden.“³⁰⁾ Ist es nicht eine ganz unverantwortbare *Verharmlosung*, eine derartige Katastrophe als „Krieg“ zu bezeichnen — als ob sie etwas wäre, das sich mit irgendeiner Erscheinung bisheriger menschlicher Geschichte vergleichen ließe? Zeigt sich damit aber nicht auch die Antiquiertheit der Rede vom „gerechten Krieg“? Die Sprengkraft der Atomwaffenarsenale in West und Ost beträgt heute weit mehr als das Millionenfache der Hiroshima-Bombe, das entspricht dem Verhältnis zwischen der Dicke eines Bleistifts und der Höhe des Mount Everest. In diese Rüstung wurden z. B. 1980 900 Milliarden Mark hineingesteckt, also fast zwei Millionen Mark in jeder Minute, Tag und Nacht. Zugleich verhungern auf dieser Erde Jahr für Jahr etwa so viele Menschen, wie im ganzen Zweiten Weltkrieg umgekommen sind. Und wir, die reichen Völker, an Luxuskonsum gewöhnt und durch Alltags-„Sorgen“ abgelenkt, schlafen.

Die Stufenfolge einer Seestützung der für das Land vorgesehenen Mittelstreckenraketen, einer Ablehnung der „Nachrüstung“ überhaupt, einer stärker defensiven Konzeption im Sinne Afheldts und einer gewaltfreien Verteidigung darf allerdings insofern nicht im Sinne einer Abfolge kurz-, mittel- und langfristig zu ergreifender Maßnahmen verstanden werden, als wir nicht wissen, wieviel Zeit uns bleibt. Wir könnten uns glücklich schätzen, wenn wir uns bei dem Plan beruhigen dürften, Soziale Verteidigung erst in einer fernen

²⁹⁾ Vgl. z. B. die weite Thematik des militärisch-industriellen Komplexes und die Bemühungen der Rüstungskonversionsforschung.

³⁰⁾ US-Präsident J. Carter in seiner Abschiedsrede, zitiert in: H.-E. Richter, Alle redeten vom Frieden, Reinbek 1981, S. 9.

Zukunft einzuführen. *Die tödliche Katastrophe kann jederzeit eintreten.*

Dennoch: Trotz aller hier diskutierten Argumente, trotz der immer bedrohlicher werdenden Gefährdung, trotz todbringenden Rüstungswettlaufs und trotz der aufgezeigten Auswege aus der Gefahr wird den in der Friedensbewegung Engagierten immer noch entgegengehalten, sich ethisch unverantwortlich zu verhalten, indem sie ja „kleinmütig“ bloß durch Furcht oder Angst motiviert seien. Schon der ehemalige Verteidigungsminister

Apel urteilte, die Friedensbewegung ver säume schuldhaft, die *ethischen Grundfragen* nach Freiheit und Selbstbestimmung ernsthaft genug zu stellen. Mit diesem Vorwurf ist die Friedensbewegung aufgefordert, sich mehr noch als bisher ethischen Problemen zu stellen. Freilich könnte die Anwendung gerade der klassischen Ethik auf die Herausforderungen des Atomzeitalters ergeben, daß sich die Friedenspolitik der etablierten Parteien für die radikaleren Alternativvorschläge der Friedensbewegung zu öffnen hätte.

Wie das?

V. Orientierung: Öko-Ethik im Atomzeitalter

Mit der wissenschaftlichen Entdeckung vielfältiger Möglichkeiten, die Menschheit als ganze, ja das Leben überhaupt zu vernichten, hat ein von Grund auf neues Zeitalter begonnen. Es wird für den gesamten weiteren Verlauf der menschlichen Geschichte — ob lang oder nur noch kurz — andauern, weil das Wissen von der Herstellungsweise der Massenvernichtungsmittel nicht rückgängig zu machen ist³¹). Die Bezeichnung der neuen Situation als „Atomzeitalter“ verweist auf die Atom-Physik als Beispiel des neuen Wissens, auf die Atom-Energie als Beispiel der durch dieses Wissen freigesetzten Macht und auf die Atom-Bombe als Beispiel der aus dieser Macht sich ergebenden Gefährdung.

Alle Versuche ethischer Orientierung haben von nun an davon auszugehen, daß diese weltgeschichtlich neuartige Situation einen *radikalen Wandel unserer Prioritäten* notwendig macht: Weil in aller bisherigen Geschichte das Weiterbestehen des Ganzen der Menschheit und des Ganzen der sie tragenden Natur stets gesichert bleibt, war es möglich, daß die einzelnen Gruppen und Mächte ihr jeweiliges Partikularinteresse zum höchsten Ziel erhoben. Weil aber dieses Weiterbestehen von nun an radikal gefährdet ist, muß jetzt der Bewahrung des Ganzen der Vorrang vor schlechthin allen anderen Zielen gegeben werden³²). Da das Leben als ganzes bedroht

ist, müssen wir Menschen nun eine Solidarität entwickeln, die die Menschheit als ganze umfaßt, auch die künftigen Generationen, auch alle Natur. Selbst bei den schwersten künftigen Konflikten muß gewährleistet sein, daß keinesfalls alle Kampfmittel eingesetzt werden, die verfügbar sind.

Wie schwer diese Forderung zu erfüllen ist, zeigen C. F. v. Weizsäcker umfassende Studien zur „geschichtlichen Anthropologie“, in deren Zentrum der Begriff der „*Machtkonkurrenz*“ steht. Wie weit von Weizsäcker Analysen das Niveau der bisherigen Diskussion zum Themenbereich von Macht und Herrschaft übersteigen, kann hier im einzelnen nicht gezeigt werden³³). Die aus dem Zusammenwirken von Furcht und Verstand sich ergebende zwischenmenschliche Machtkonkurrenz bestimmt nicht nur den Rüstungswettlauf und andere auf Weltniveau sich zuspitzende Krisen³⁴), sondern wirkt bis in alle einzelnen menschlichen Beziehungen hinein, und die von uns Menschen heute geforderte *Solidarität* ist nicht weniger als das Gegenteil dieser furchtgetriebenen und verstandgesteuerten Machtkonkurrenz. Deshalb wird auch die Friedensbewegung zum Scheitern verurteilt sein, wenn ihr dieser radikale Wandel der Grundeinstellung nicht gelingt.

Auf allen politischen Ebenen — als einzelne in Gruppen, als Gruppen in Kommunen, als Kommunen in Staaten, als Staaten im Rah-

³¹) Was das für unseren Lebenshorizont und den aller künftigen Generationen bedeutet, veranschaulicht eindringlich J. Schell, *Das Schicksal der Erde*, München/Zürich 1982; vgl. auch die Augenzeugenberichte in H. Erlinghagen, *Hiroshima und wir*, Frankfurt a. M. 1982.

³²) Vgl. C. F. v. Weizsäcker (Hrsg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, a. a. O. (Anm. 9), S. 21.

³³) Vgl. vor allem C. F. v. Weizsäcker, *Der Garten des Menschlichen*, München 1977; dazu P. Kern/H.-G. Wittig, *Pädagogik im Atomzeitalter*, a. a. O., S. 29ff.

³⁴) Vgl. P. Kern/H.-G. Wittig, a. a. O. (Anm. 24), S. 24ff., 96ff.

men der Menschheit — müssen wir lernen, das Interesse des jeweils übergeordneten Ganzen angemessen zu berücksichtigen und, wo nötig, durchzusetzen. Damit ist keine Selbstaufgabe gefordert, aber wir müssen lernen, unsere *Partikularinteressen* nur so weit ins Spiel zu bringen, wie es ihnen im Rahmen des *Gesamtinteresses* zukommt. Je mehr dies gelingt, um so eher können innovationsbereite Politiker auf den höheren Ebenen die ethisch notwendigen Maßnahmen durchsetzen.

Dieses *Lernziel*, die *Wahrnehmung des Ganzen*, von dem man selber nur Teil ist, und die Berücksichtigung des ihm entsprechenden Gesamtinteresses nennt C. F. v. Weizsäcker „*Vernunft*“. Genauer verstehen können wir dieses Ziel nur im Rahmen der Anthropologie. Eine unverzerrte Wahrnehmung des jeweiligen Ganzen und erst recht seine aktive Berücksichtigung setzen die Fähigkeit voraus, sich aus dem Fixiertsein auf die je eigenen Privatinteressen zu lösen, also Selbstdistanz, also die Gestimmtheit der Gelöstheit, ja der „*Liebe*“. Erst in ihr gewinnen wir einen offenen Blick für das, was die anderen wirklich brauchen, erst in ihr sind wir auch bereit, ihnen nach Kräften zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen. Insofern können wir hier auch von „vernunftgeleiteter Solidarität“ sprechen, einer Solidarität also, die zwar ihren Anfang in überschaubaren Gruppen nimmt, sich aber gegen Außenstehende nicht feindlich abschließt, sondern sich letztlich zu allen Menschen und allem Lebendigen hin öffnet. Wird sie erreicht, so erweist sie sich als beglückend. Aber der Weg zu ihr ist schwer, denn sie setzt das Überwinden und Preisgeben jener Ich-Befangenheit voraus, durch die wir in den verschiedensten Formen von Machtkonkurrenz festgehalten werden. In der religiösen Tradition ist ein reiches Wissen hiervon bewahrt, doch ist es für viele Zeitgenossen unverständlich geworden. Außerhalb dieser Tradition gibt es heute nur wenige Autoren, die diese Thematik erörtern. Vielleicht am klarsten und präzisesten hat sie bisher der Philosoph Wilhelm Kamlah entfaltet³⁵⁾.

W. Kamlah, Mitbegründer der „Erlanger Schule“, setzt sich mit der *modernen Ethik-Diskussion* auseinander³⁶⁾. Diese wendet sich gegen den historischen und damit auch ethischen

Relativismus, der als Erbe des 19. Jahrhunderts das öffentliche Bewußtsein auch heute noch nachhaltig bestimmt³⁷⁾. Ein Ergebnis von Kamlahs lebenslangen detaillierten Studien ist seine im Rahmen einer sprachkritischen Anthropologie formulierte Ethik, die dadurch, daß sie die Probleme so einfach wie nur irgend möglich darlegt, die notwendige Überwindung der gerade auch unter Wissenschaftlern bestehenden Machtkonkurrenz praktiziert.

Wie W. Kamlah im *Rückgriff auf Antike und Christentum* den Begriff einer „vernehmenden“ gegenüber einer bloß „profanen“ Vernunft entfaltet, wie aus deren Sicht die von Wissenschaft und Technik bestimmte Neuzeit zu beurteilen ist und insbesondere einerseits die kapitalistische Demokratie und andererseits der marxistische Sozialismus gleichzeitig — freilich nicht gleichermaßen — zu kritisieren sind, wie aus vernehmender Vernunft sowohl für den Wirtschaftsbereich als auch für den Verteidigungsbereich konkrete ethische Forderungen abzuleiten sind, haben wir in unserer „Pädagogik im Atomzeitalter“ dargelegt³⁸⁾.

C. F. von Weizsäcker zeigt, daß Geschichte in „Ebenen“ und „Krisen“ verläuft³⁹⁾. Diejenige Ebene, die uns hinsichtlich der Substanz des Vernunft-Begriffes noch heute bestimmt, wurde in jenem Zeitraum zwischen 800 und 300 vor Christus erreicht, den Karl Jaspers als „*Achsenzeit*“ bestimmt⁴⁰⁾ — eine Entwicklungsstufe, auf die in der modernen Ethik-Diskussion wieder Bezug genommen wird⁴¹⁾. Bei aller Vielfalt der geistesgeschichtlichen Strö-

³⁷⁾ Vgl. z. B. M. Riedel (Hrsg.), *Rehabilitierung der praktischen Philosophie*, Freiburg i. Br. Bd. I 1972, Bd. II 1974.

³⁸⁾ Ebd., 2. Kapitel: Ursachen des selbstzerstörerischen Erfolges — Machtkonkurrenz und europäisch-neuzeitliche Zivilisation, S. 29 ff.; 3. Kapitel: Grundlagen des Weiterlebens im Atomzeitalter — Vernunft und Solidarität, S. 45 ff.; 4. Kapitel: Notwendige Einzelziele — Schritte zu gewaltfreiem Widerstand und zu ökologischer Selbstbegrenzung, S. 75 ff. Daß die dort erörterten Zielperspektiven von der bisherigen pädagogischen Diskussion so gut wie gar nicht erreicht werden, zeigt u. a. der von M. Benden neugestaltete Sammelband: *Ziele der Erziehung und Bildung*, Bad Heilbrunn (Obb.) 1982.

³⁹⁾ Vgl. z. B. C. F. v. Weizsäcker, *Der Garten des Menschlichen*, a. a. O. (Anm. 33), S. 33 ff.

⁴⁰⁾ K. Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*, München 1949.

⁴¹⁾ Vgl. z. B. L. Kohlberg, *Zur kognitiven Entwicklung des Kindes*, Frankfurt a. M. 1974; K.-O. Apel u. a. (Hrsg.), *Praktische Philosophie/Ethik. Reader zum Funk-Kolleg*, Bd. I, Frankfurt a. M. 1980, S. 124.

³⁵⁾ *Philosophische Anthropologie*, Mannheim 1972.

³⁶⁾ *Von der Sprache zur Vernunft*, Mannheim 1975.

mungen der Achsenzeit ist das Gemeinsame einerseits die radikale Selbständigkeit des einzelnen im Vernehmen einer neuen Qualität ethischer und religiöser Ansprüche und Möglichkeiten, andererseits die Ausweitung des Geltungsbereiches dieser Ethik von der jeweiligen Bezugsgruppe auf prinzipiell alle Menschen. Der Anspruch, dieser neuen Ethik notfalls bis zum Opfer des eigenen Lebens zu folgen, ist so radikal, daß zunächst und dann auch in der seitherigen Geschichte immer nur wenige einzelne ernst damit machten. Daß ihre Befolgung grundsätzlich möglich ist, bezeugen in ihrem Erscheinungsbild so unterschiedliche Gestalten wie Sokrates und Jesus.

Das Atomzeitalter erfordert also keine neue ethische Qualität. Neu sind nur zwei Aspekte: zum einen die Einsicht, daß das, was bisher vielleicht nur wünschenswert war, nunmehr schlechterdings *lebensnotwendig* ist, zum anderen die Ausweitung des Geltungsbereiches dieser Ethik über die Gegenwart hinaus auf *alle Zukunft* und über die Menschheit hinaus

Gegen die im Rahmen einer Stufenfolge sicherheitspolitischer Alternativen als letztlich notwendig begründete Umstellung auf Soziale Verteidigung wird eingewendet, so werde zwar vielleicht das Überleben der Menschheit gesichert, hingegen Würde, Menschenrechte, Demokratie setze man dabei leichtfertig aufs Spiel.

In der Tat: Würden wir im Westen damit unsere Freiheit nicht in unverantwortbarer Weise gefährden? Ist nicht die gegenwärtige jüngere Generation, die vor allem eine solche Umstellung fordert, weithin geneigt, den Wert jener Freiheit, die wir haben, schon deshalb zu unterschätzen, weil sie in ihrem eigenen Leben noch nicht erfahren hat, was eine Diktatur ist? Wenn aber allein ein freies Leben menschenwürdig ist, ist es dann nicht Pflicht, diese Freiheit mit allen Mitteln zu verteidigen?

Wenn jedoch versucht wird, Freiheit in dieser Weise zum höchsten Wert zu erheben, dann kann nur die Freiheit gemeint sein, in selbständiger Verantwortlichkeit ethischen Normen zu folgen, also, um an Hans Wittigs Unterscheidung zu erinnern: die „*Freiheit der*

auf *alles Lebendige*. Deshalb sprechen wir, um Verwechslungen mit anderen Ethik-Konzeptionen zu vermeiden, von „*Öko-Ethik*“ — einer Öko-Ethik, die sich an den schon vom Club of Rome diskutierten Zielen „Überleben“ und „Würde“ orientiert.

Die pädagogisch-methodische Frage wäre nun: Wie werden Menschen fähig, die hier gemeinte Vernunft zu vernehmen? Beispielhaft ist dieses Problem in der *klassischen Pädagogik* durch *Johann Heinrich Pestalozzi* sowohl praktisch als auch theoretisch gelöst worden: Es geht um primäres Lernen, um Weckungsphänomene⁴²⁾. Im Blick auf die Friedensbewegung ist in diesem Zusammenhang das Studium ausgewählter Biographien hilfreich⁴³⁾.

Wie kann aus der Sicht der hier nur angedeuteten Öko-Ethik auf den Einwand etablierter Politiker geantwortet werden, zumindest Teile der Friedensbewegung zögen sich kleinmütig auf die Formel „Lieber rot als tot“ zurück?

VI. Einwände: „Lieber rot als tot“?

Person“, nicht hingegen Freiheit als beliebig zu nutzender Spielraum, z. B. nicht die Freiheit der Arbeitgeber oder auch der Arbeitnehmer, an der Gesellschaft im Überfluß bereitwillig teilzunehmen und an eine Solidarität mit den armen Völkern nicht auch nur zu denken, also nicht die „*Freiheit des Bürgers*“⁴⁴⁾. Wenn Freiheit sich darin bewähren soll, ethischen Normen zu folgen, könnte es dann nicht sein, daß eben diese Normen es verbieten, die Freiheit mit schlechthin allen Mitteln zu verteidigen?

⁴²⁾ Vgl. H. Wittig, Studien zur Anthropologie Pestalozzis, Weinheim 1953; ders., Vergleichende Pädagogik, Darmstadt 1973; P. Kern, Politische Pädagogik — Pädagogische Politik, Hannover 1973; H.-G. Wittig, Wiedergeburt als radikaler Gesinnungswandel, Heidelberg 1970; P. Kern/H.-G. Wittig, Pädagogik im Atomzeitalter, a. a. O. (Anm. 24), S. 112ff.

⁴³⁾ Z. B. H.J. Schultz (Hrsg.), Liebhaber des Friedens, Stuttgart/Berlin 1982. Vgl. auch H. Albertz, Blumen für Stukenbrock, Stuttgart 1981; über die Lernprozesse des Generals G. Bastian: W. Bittorf, Den Gehorsam aufkündigen, in: Der Spiegel vom 12. 4. 1982, S. 98ff.; 19. 4. 1982, S. 106ff.; 26. 4. 1982, S. 92ff.

⁴⁴⁾ H. Wittig, Freiheit der Person, Stuttgart 1969, vgl. P. Kern, „Freiheit der Person“ als Bildungsziel, in: Lehren und Lernen, 5. Jg., 1979, H. 8, S. 1ff.

Die Beantwortung dieser Frage erfordert eine etwas genauere *Anwendung der Öko-Ethik*, und zwar zunächst im Blick auf das Verhältnis der Menschen untereinander, noch nicht unter Berücksichtigung des außermenschlichen Lebens. Erstens geht es dieser Ethik auf der Grundlage der Bejahung sowohl des eigenen als auch fremden Lebens darum, daß menschenwürdiges Leben gefördert werde. Das schließt eine prinzipielle Bejahung des Fortgangs menschlicher Geschichte ein. Zweitens fordert sie, die Bedürfnisse all derer zu berücksichtigen, die durch das eigene Handeln betroffen sind. Aus der Verbindung dieser beiden Prämissen ergibt sich: Selbst wenn es keinerlei Möglichkeiten gewaltfreier Verteidigung gäbe und sich nachweisen ließe, daß der eigene Verzicht auf eine Beteiligung an der atomaren Abschreckung für alle heute lebenden Menschen ein menschenunwürdiges Leben zur Folge hätte, müßte derjenige, der eine Beteiligung an der atomaren Abschreckung rechtfertigen will, zumindest noch den weiteren Nachweis erbringen, daß ein solches menschenunwürdiges Leben auch für alle künftige Geschichte bestehen würde, denn das Neue des Atomzeitalters ist ja, daß von unserem Handeln nunmehr auch die *Lebensmöglichkeit aller künftigen Generationen* abhängt — ein derartiger Nachweis aber ist prinzipiell unmöglich.

Im Gegenteil: Selbst wenn man von der — milde formuliert — höchst fragwürdigen Annahme ausgeht, durch eine einseitige Abrüstung des Westens und die ihr folgende Errichtung einer kommunistischen Weltherrschaft werde die gesamte gegenwärtig lebende Generation zu einem menschenunwürdigen Leben verurteilt, wäre es doch ein völliger *Mangel an historischem Denken*, darüber hinaus anzunehmen, dies werde für alle künftige Geschichte so bleiben. Ein Atomkrieg jedoch würde entweder die menschliche Geschichte ein für allemal beenden oder für die Überlebenden und ihre Nachkommen unerträgliche Konsequenzen von unabsehbarer Dauer haben.

Diese auf den ersten Blick vielleicht noch immer recht abstrakt wirkende Argumentation möge hier durch ein Gedankenexperiment veranschaulicht werden, das die völlige Unverhältnismäßigkeit zwischen atomaren Verteidigungs-*Mitteln* und den möglichen Verteidigungs-*Zielen* verdeutlichen soll: Angenommen, im Dreißigjährigen Krieg hätten bereits Atomwaffen zur Verfügung gestanden — könnten wir dann als Mißgestaltete oder

als gleichsam Ungeborene es gutheißen, wenn man sich damals wechselseitig vernichtet und damit die Geschichte beendet hätte, statt sich eine andere Konfession aufzwingen zu lassen? Geht es heute, nur eine weltgeschichtliche Sekunde später, zwischen West und Ost um wichtigere Unterschiede als damals? Wie lange werden die heutigen Unterschiede noch von Wichtigkeit sein, falls es uns gelingt, die Fortsetzung menschlicher Geschichte zu gewährleisten? Sind wir überhaupt imstande, die *Größenordnung* dessen, was auf dem Spiel steht, uns vorzustellen?

An dieser entscheidenden Stelle kann der Rückblick auf eine Kontroverse aus der Zeit der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ hilfreich sein. Damals ist *Karl Jaspers*, dem es doch gerade um die Bewahrung der ethischen und religiösen Substanz der Achsenzeit ging, für eine atomare Verteidigung des Westens eingetreten. „Der Atombombe, als dem Problem des Daseins der Menschheit schlechthin, ist nur ein einziges anderes Problem gleichwertig: die Gefahr der totalitären Herrschaft... mit ihrer alle Freiheit und Menschenwürde vertilgenden terroristischen Struktur. Dort ist das Dasein, hier das lebenswerte Dasein verloren.“⁴⁵⁾ Dem hält *Günther Anders* im Rahmen einer ausführlichen Auseinandersetzung entgegen, es sei „nicht nur verwunderlich, sondern auch aufs tiefste beschämend, daß ein Philosoph die Gefährdung durch ein geschichtliches Faktum (die Existenz Sowjetrußlands), das wie jedes andere im Fluß ist, mit einer Gefahr in einem Atem nennt, die das irreparable und irreversible Ende der Menschheit bedeutet; daß ein Philosoph die Gefahr durch ein Wandelbares der Gefahr einer Auslöschung des Menschengeschlechts gleichsetzt“⁴⁶⁾. Die Betroffenheit durch das Feindbild des „Kalten Krieges“ verleitete Jaspers zu einer distanzlosen Wahrnehmung der unmittelbaren Gegenwart, aus der er Konsequenzen zieht, denen von einer in der Substanz der Achsenzeit gegründeten Ethik widersprochen werden muß.

Aus der Sicht der *Öko-Ethik* muß sogar hinzugefügt werden: Abgesehen davon, daß es nur kleine Minderheiten wären, die die Völker des Westens und Ostens in die Katastro-

⁴⁵⁾ K. Jaspers, *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen*, München 1958, S. 22.

⁴⁶⁾ G. Anders, *Die atomare Drohung*, München 1981, S. 41; vgl. die Jaspers-Kritik bei G. Heckmann, *Satyagraha — Gandhis Wehrhaftigkeit*, in: *Erziehung und Politik*. Minna Specht zu ihrem 80. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1960, S. 179ff., insb. S. 201.

phe hineinzögen, abgesehen auch davon, daß die gesamten Bevölkerungen der fortgeschrittenen Industrienationen, um deren politische Lebensweise es höchstens geht, nur einen Bruchteil der Weltbevölkerung ausmachen, würde ein Atomkrieg — im Gegensatz zu der befürchteten kommunistischen Machtergreifung — zugleich das Leben zumindest aller höheren Tiere und Pflanzen in völlig unverantwortbarer Weise vernichten.

Es gilt also: Da selbst eine defensiv gemeinte *Beteiligung am System der atomaren Abschreckung* als *ethisch unerlaubt* gelten muß und da ferner eine allseitige Abrüstung nicht abzusehen ist, die Zeit jedoch drängt, ist eine einseitige Abrüstung zumindest der Atomwaffen ethisch geboten.

So ergibt die Anwendung der Öko-Ethik, daß von der jeweils eigenen Seite, sowohl vom Westen als auch vom Osten, ein *nötigenfalls einseitiger Übergang letztlich zu gewaltfreier Verteidigung* als geschichtlich notwendig zu fordern ist. Gerade jene, die mit ihrer ethischen Freiheit und Verantwortlichkeit Ernst zu machen bereit sind, müssen diesen Übergang nach Kräften fördern⁴⁷⁾.

Angesichts einer so gewichtigen Entscheidung wie der, um die es hier geht, halten wir es für ein Gebot intellektueller Redlichkeit, auch die für die eigene Position ungünstigsten unter den denkbaren Entwicklungen einzukalkulieren. Deshalb haben wir absichtlich sowohl von der Tatsache abgesehen, daß es auch im Westen Diktaturen gibt, als auch auf die Erörterung derjenigen realpolitischen Argumente verzichtet, die vermuten lassen, daß der Warschauer Pakt einen zumindest atomar abgerüsteten Westen nicht überrollen würde. Ein solches Ausgehen von den für die eigene Position ungünstigsten Voraussetzungen hat hier für die Diskussion den Vorteil, daß jede realistische Modifizierung dieser Voraussetzungen die eigene Position nur stärken kann.

Widerspricht aber unsere Argumentation nicht allzusehr dem, was öffentlich in den verschiedenen Gruppierungen für „*rational*“ gehalten wird? Selbst in der Offenheit freundschaftlicher Gespräche wird günstigenfalls noch die Lauterkeit der Motivation akzeptiert, aber kopfschüttelnd zugleich die Frage hinzugefügt, ob man nun auch zu der kleinen

Clique ängstlicher und irrationaler „Spinner“ zu zählen sei, der jegliches politische Augenmaß fehle. Aber wer hat denn „*Angst*“? Ist nicht das Wettrüsten selber Ausdruck der Angst? Und ist es nicht die „*Rationalität*“ der Etablierten, die die tödliche Gefahr heraufbeschwört? Deutet sich nicht demgegenüber in der öffentlich noch gescholtenen „*Irrationalität*“ vieler Teilnehmer an der Friedensbewegung jene Gestimmtheit an, durch die „*Vernunft*“ erst ermöglicht wird?

Dennoch: Bleibt nicht unsere Argumentation, wenn wir von den Möglichkeiten gewaltfreier Verteidigung hier vorübergehend absehen, bloß bei der Position „*Lieber rot als tot*“? Mit dieser Formel wird jedoch manipuliert, wo sie als Vorwurf gemeint ist, und sie führt in die Irre, wo sie zustimmend zitiert wird. Erstens geht es nicht um ein „*Lieber ... als*“, sondern um das, was ethisch geboten ist. Zweitens geht es um die Gegenüberstellung nicht zweier Wirklichkeiten, sondern zweier Risiken. Drittens: Während eine kommunistische Besetzung z. B. Westeuropas nur einen kleinen Teil der Menschheit in seiner Lebensweise beträfe, würde ein Atomkrieg mindestens einen großen Teil nicht nur der Menschen, sondern des Lebens überhaupt vernichten. Viertens: Während jene gedachte Besetzung angesichts des geschichtlichen Wandels nur eine mehr oder weniger lange Episode bliebe, wäre die in Kauf genommene Vernichtung endgültig. Fünftens spricht nicht zuletzt der zunehmende Ausbau transnationaler Wirtschaftsverflechtungen dafür, daß das Risiko einer militärischen Besetzung durch den Osten eher geringer wird, während das Risiko der Vernichtung aufgrund des tödlichen Rüstungswettlaufs zunimmt. Aus der Sicht der Öko-Ethik muß darum die Formel „*Lieber rot als tot*“ mindestens wie folgt differenziert werden: Ethisch geboten ist es, das zunehmend geringere Risiko einer vorübergehenden kommunistischen Besetzung für einen Teil der Menschheit zu wählen statt des zunehmend größeren Risikos einer endgültigen Vernichtung des Lebens überhaupt. Wenn es zulässig ist, den Ernst und die Vielschichtigkeit dieses Themas formelhaft zu vereinfachen, so wie es in der Öffentlichkeit weithin geschieht, könnte es also angemessener heißen: „*Eher vorübergehende Bedrängnis als ein unermessliches Verhängnis!*“

Im strikten Gegensatz zu der Weise, in der hierzulande christdemokratische mehr noch als sozialdemokratische Kultusminister Argumentationen wie die vorstehende aus dem

⁴⁷⁾ Vgl. bereits H.-G. Wittig, *Befähigung zu gewaltfreiem Widerstand als Hauptaufgabe der Erziehung nach Hiroshima*, in: *Pädagogische Rundschau*, 27. Jg., 1973, S. 325 ff.

Bildungswesen ausschließen möchten⁴⁸⁾, bekennt der katholische Erzbischof von Seattle (USA), R. G. Hunthausen: „Das größte Übel ist unsere Bereitschaft, Millionen andere zu zerstören. Jesus lehrt uns die Bereitschaft, unser Leben für andere zu opfern. Er hat uns nicht gelehrt: Schützt euch, indem ihr so viele andere tötet, wie es euch dazu notwendig erscheint. Aber wir sprechen hier über das schlimmste vorstellbare Szenario. Meine Hoffnung ist, daß die Welt aufatmen würde, wenn wir mit nuklearer Abrüstung beginnen, und daß die andere Seite uns folgen würde.“⁴⁹⁾

⁴⁸⁾ Vgl. die Dokumentation in der Frankfurter Rundschau vom 15. 9. 1981, S. 12, 1. 12. 1981, S. 10ff., sowie Der Spiegel vom 29. 11. 1982, S. 110f. Vgl. auch den Austritt CDU-regierter Bundesländer aus der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), ferner die Kritik des baden-württembergischen Innenministers R. Herzog, der zugleich Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist, an einem „undifferenzierten Soziologismus“ in der Kirche: „Der Innenminister hält es für erforderlich, dem ‚Gerede‘ gerade junger Menschen über die Angst wirksam entgegenzutreten. Dieses ‚Gerede‘ sei eine ‚Modeerscheinung‘ der Publizistik. Es gebe von der Situation der Menschheit her keinen Anlaß, ängstlicher zu sein als frühere Generationen.“ Badische Zeitung vom 25. 5. 1982, S. 4. Auf Herzogs Vortrag „Christen wissen: Wir haben eine Zukunft!“ antwortete der Theologe D. Nestle in einem Offenen Brief vom 29. 11. 1982 u. a.: „Wie soll es ein Gespräch mit der Jugend geben, wenn Sie deren Angst als modisch ‚schick‘, ... die in ihren Anfängen steckenden Überlegungen zu einer nichtmilitärischen Verteidigung als ‚Irrlehre‘, Warner aus der Wissenschaft verächtlich als ‚Zukunftsapostel‘ abtun? ... Angst macht mir, wie Sie ... die Aporien durch Selbstwidersprüche verdecken ... Sie beklagen den herrschenden Materialismus. Was bieten Sie dafür an? Antwort: Sparmaßnahmen, die den jungen Leuten wieder das ‚Erfolgsereignis‘ von ‚Zuwachsraten‘ ermöglichen sollen! ... Ich beneide keinen Politiker um sein Amt und mache mich darum über diese Widersprüche nicht lustig. Aber traurig macht mich dieser wie jeder Verlust von Glaubwürdigkeit.“

⁴⁹⁾ Interview in: Der Spiegel vom 19. 4. 1982, S. 177. In diesem Sinne hat schon Papst Paul VI. in einer Botschaft an die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 1976 geurteilt: „Wenn der verursachte Schaden in keinem Verhältnis mehr steht zu den Werten, die es zu bewahren gilt, ist es besser, Unrecht zu leiden, als sich zu verteidigen.“ Zitiert in: Die Zeit vom 16. 10. 1981, S. 6. Vgl. Pax Christi, Deutsches Sekretariat (Hrsg.), Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort. 2. Entwurf des Hirtenbriefes der Konferenz der Katholischen Bischöfe der USA zu Krieg und Frieden, Frankfurt a. M. 1982. Im protestantischen Bereich vgl. die mutige Stellungnahme der Generalsynode der Niederländischen Reformierten Kirche: H.-U. Kirchhoff (Hrsg.), Kirche und Kernbewaffnung, a. a. O. (Anm. 19), insbesondere S. 169ff.; die Erhebung der Ablehnung atomarer Abschreckung zur Bekenntnisfrage durch den Reformierten

Das ist zugleich *innovatives Denken im besten Sinne*.

Während das in Machtkonkurrenz befangene tradierte Denken nichts anderes in der Friedensbewegung des Westens sehen kann als eine Stärkung der östlichen Position, eröffnet eine innovative Wahrnehmung des Ganzen den Horizont eines wirklich tragfähigen Friedens: „Je vitaler und ansteckender die Friedensbewegung im Westen wird, desto schwieriger — und unnötiger — wird es, Friedensbewegung im Osten zu unterbinden.“⁵⁰⁾

Dennoch: Die in tradiertem Denken befangenen Politiker pflegen in der hier vorgelegten Gesamtargumentation nichts anderes zu erblicken als bestenfalls gutgemeinte, jedoch inkompetente Einmischungen verirrter Schwärmer. Wie aber urteilt nach jahrzehntelanger Erfahrung in der Weltpolitik der amerikanische Diplomat G. F. Kennan, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels?

Zur Atomrüstung:

— „Wenn wir diese Waffen zu kriegerischen Zwecken anwenden oder wenn sie in nennenswertem Umfang durch Zufall oder Mißverständnis zur Explosion kommen sollten, könnten wir nicht nur der Zivilisation, wie wir sie kennen, ein Ende bereiten, sondern auch dem Gesamtergebnis aller menschlichen Bemühungen um die Entwicklung des zivilisierten Lebens — jenem Ergebnis, dessen

Bund: Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. Eine Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes, Gütersloh 1982; das mehrheitliche Eintreten der anglikanischen Geistlichen und ihrer Bischöfe für eine einseitige atomare Abrüstung Großbritanniens: z. B. Der Spiegel vom 3. 1. 1983, S. 86f. — Überhaupt ist die rüstungskritische Bewegung in Großbritannien viel weiter fortgeschritten und vor allem viel besser durch die im Parlament vertretenen Parteien (hier die Labour Party) repräsentiert, vgl. z. B. Der Spiegel vom 20. 12. 1982, S. 102f. (dort wieder Rückbezüge auf Gandhi), Badische Zeitung vom 4. 2. 1983, S. 3. — In der Bundesrepublik fand vom 14. bis 16. 1. 1983 in Freiburg mit mehr als 450 Teilnehmern der 2. Friedenspolitische Kongreß statt zum Thema „Lernen für den Frieden. Analysen von Lebensgeschichten und Konsequenzen für die Friedensarbeit“. Mit Erfolg wurde dort um finanzielle Unterstützung gebeten, um „Friedensarbeiter“ beschäftigen zu können — dies zugleich als alternativer Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit (z. B. von Lehrern); vgl. Autorenkollektiv (Hrsg.), Friedenspolitischer Kongreß, a. a. O. (Anm. 22).

⁵⁰⁾ E. Eppler in: W. Jens (Hrsg.), In letzter Stunde, a. a. O. (Anm. 2), S. 165. Zur Friedensbewegung in der DDR vgl. K. Ehring/M. Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen, Reinbek 1982.

Nutznießer wir sind und ohne das unser eigenes Leben keinen Sinn hätte: die Städte, die Kunst, die Bildung, die Beherrschung der Natur, die Philosophie — alles. Und wir würden nicht nur die Vergangenheit der Zivilisation vernichten; wir würden im selben Atemzug zahllose noch ungeborene Generationen verleugnen, wir würden ihnen in unserer grenzenlosen Dünkelhaftigkeit und Selbstsucht das Privileg vorenthalten, ein Leben auf dieser Erde zu führen, das Privileg, das wir selbst ohne Zögern und gierig genutzt haben, als wenn es etwas wäre, das man uns schuldig sei.“

— „Was wird in dem irren Durcheinander von Berechnungen, wie man wo zuschlagen müßte, wie viele Millionen wohl übrigblieben, wie man hoffen könnte, die eigene armselige Haut zu retten, indem man Löcher in die Erde gräbt und so vielleicht überleben wird in einer Welt, in der zu leben nicht lohnt — was wird bei alledem aus den Hoffnungen und den Werken unserer Eltern?“

Und zur atomaren Abschreckung:

— „Wie kann ein Mensch, der die Autorität der Lehren und des Vorbilds Christi aner-

kennt, hierfür auch nur als einfacher Bürger den mindesten Teil an Verantwortung übernehmen — nicht dafür, daß es getan wird, sondern schon dafür, daß die Gefahr heraufbeschworen wird, es könnte getan werden?“

— „Für mich ist auf dem Hintergrund dieser Gedankengänge die Bereitschaft, Kernwaffen gegen andere Menschen einzusetzen — gegen Menschen, die wir nicht kennen, die wir nie gesehen haben und deren Schuld oder Unschuld wir nicht ermessen können — und damit das natürliche Gefüge, auf welchem alle Zivilisation ruht, in Gefahr zu bringen, so als wären die Sicherheit und die vermeintlichen Interessen unserer Generation wichtiger als alles, was je in der Zivilisation stattgefunden hat oder noch stattfinden könnte: Für mich ist das nichts anderes als Anmaßung, als Blasphemie, als Beschimpfung — eine Beschimpfung ungeheuerlichen Ausmaßes, gerichtet gegen Gott!“⁵¹⁾

⁵¹⁾ G. F. Kennan, Im Schatten der Atombombe, Köln 1982, S. 295 ff.

Peter Wensierski: Friedensbewegung in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/83, S. 3—15

Die DDR befindet sich mitten in einer der interessantesten politisch-kulturellen Umbruchphasen ihrer Nachkriegsgeschichte. Unter dem für diesen Wandel notwendigen Schirm von Stabilität und Kontinuität in ihren politischen Kernbereichen hat mit Beginn der achtziger Jahre im Innern ein Wandel begonnen, dessen politische Bedeutung im Westen noch ungenügend erkannt wird. Wie die neue Dynamik zwischen Partei und Gesellschaft verlaufen kann, ist besonders gut am Beispiel der neuen „Friedensbewegung“ zu verdeutlichen.

Für die SED war die „Friedensbewegung“ bisher schlicht entweder die ganze DDR oder alle von ihr ins Leben gerufenen Vereinigungen, die seit Jahrzehnten autonome Aktivitäten überflüssig erscheinen lassen sollten. Heute gibt es aber einige zehntausend vorwiegend junge Leute, die eigene Vorstellungen haben. Sie sind ein Faktor geworden, mit dem die SED lernen muß umzugehen. Neben der staatlichen Friedenspolitik hat es eigene Friedensideen im Raum der evangelischen Kirche schon seit Jahrzehnten gegeben. Die evangelischen Kirchen in der DDR sind die einzigen Organisationen des Landes, die ihre Autonomie gegenüber dem faktischen Alleinvertretungsanspruch der SED bewahrt haben. Hinzu kommt eine besondere deutschlandpolitische Rolle von EKD und DDR-Kirchenbund, die in Friedensfragen besonders wichtig geworden ist.

Wenn man nach der Ursache für das Entstehen der Friedensbewegung in der DDR fragt, dann wird man sie zuerst in der innenpolitischen Entwicklung der letzten Jahre suchen müssen. Sie ist weniger eine Reaktion auf das Vorbild westlicher Friedensbewegungen als vielmehr eine „hausgemachte“ Erscheinung. Die Themen der Auseinandersetzung sind bestimmt von persönlicher Konfrontation mit dem Militärischen: Wehrunterricht, Kriegsspielzeug, Zivilschutzübungen, Armeedienst usw. Friedens- und Ökologieengagement gehören dabei oft zusammen. Spannungen zwischen drängender Basis, Kirchenleitungen und dem Staat bleiben da nicht aus. In ihrer Mittlerrolle gerät die Kirche schnell aus der Sicht von beiden Seiten ins Zwielicht. Vorwürfe wie Opportunismus auf der einen und Oppositionspartei auf der anderen Seite wechseln sich ab.

Auch in der DDR gibt es unter Jugendlichen so etwas wie eine zweite Kultur. Einige zehntausend junge Leute in den großen Städten leben in einer Art innerer Emigration mit einem Lebensgefühl, das in vielem etwa der westlichen Jugendszene entspricht. Es existiert ein ähnlicher Bruch zwischen den Generationen. Ein Blick in die neuere Literatur, die letzten DDR-Filme oder die „Szene“ der urbanen Metropolen, die von Punks angefangen alle Arten von Aussteigern umfaßt, zeigt, daß es sich bereits um eine ernst zu nehmende gesellschaftliche Minderheitenströmung handelt. Einen Dialog des Staates mit diesem Teil seiner Jugend gibt es jedoch bislang nicht.

Die ausdauernde Existenz solcher Bewegungen ist etwas vollkommen Neues in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Sie bedeuten auch eine Herausforderung, neue Wege in der Entspannungspolitik zu beschreiten.

Manfred Spieker: Die Verteidigung des Friedens gegen den Pazifismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/83, S. 17—30

Der Pazifismus ist eine politische Bewegung, die im Frieden das höchste Ziel der Politik sieht. Ihre Diagnosen über die Ursachen der gegenwärtigen Gefährdungen des Friedens und ihre Vorschläge zu seiner Sicherung haben jedoch keine Stabilisierung, sondern eine Schwächung des Friedens zur Folge. Die in der Friedensbewegung verbreitete Diabolisierung der atomaren Rüstung sieht die Ursache der Friedensgefährdung nicht in Menschen, Ideologien und aggressiven politischen Zielen, sondern in der Rüstungstechnologie. Sie hat die Weigerung zur Folge, die kommunistische Ideologie sowie die Militärstrategie und die Wehrerziehung der Sowjetunion zur Kenntnis zu nehmen. Die vielfältigen Rezepte, den Frieden durch einen neuen Staat, neue internationale Beziehungen oder gar einen neuen Menschen zu sichern, führen zu seiner weiteren Destabilisierung.

Eine Verteidigung des Friedens unter den Bedingungen atomarer Rüstung und revolutionärer Ideologie erfordert demgegenüber eine Ethik der Abschreckung. Sie hat die Kriterien zu nennen, die die Legitimität und zugleich die Schranken militärischer Friedenssicherung begründen. Sie hat zu zeigen, daß die Lehre vom gerechten Krieg auch unter den Bedingungen atomarer Rüstung nicht überholt ist. Solange die reale Bedrohung nichtsozialistischer Staaten durch die revolutionäre Ideologie und die Rüstung, die Militärstrategie und die expansive Politik der Sowjetunion existiert, bleibt eine hinlängliche Abschreckung unverzichtbar, wenn ein Frieden gesichert werden soll, der nicht auf Unterwerfung, sondern auf Recht und Freiheit beruht. Rüstung und Abschreckung bleiben gegenüber einer militärischen Aggression wie einer politischen Erpressung mit Kernwaffen oder konventionellen Waffen das kleinere Übel. Sie sind aber einer Politik der Friedensförderung unterzuordnen, die in Konflikten Kooperation und in aller Auf- und Nachrüstung Rüstungskontrolle und Abrüstung sucht.

Peter Kern/Hans-Georg Wittig: Die Friedensbewegung — zu radikal oder gar nicht radikal genug?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/83, S. 31—45

Mit der mächtiger werdenden Friedensbewegung verbindet sich die Gefahr einer Polarisierung unserer Gesellschaft in zwei einander kaum mehr verstehende Lager. Hier stellt sich nun die Frage, ob die Friedensbewegung zu weit geht, zu radikal ist oder eigentlich weit hinter dem zurückbleibt, was erreicht werden müßte. Daher muß geklärt werden, was unter „radikal“ zu verstehen ist. Zu fragen ist, ob mit Radikalität der Aufruf zu Extremismus oder gar Terrorismus gemeint ist, oder ob nicht von jedem von uns ein radikaler, ein bis in die Wurzeln reichender Wandel unserer Einstellung zum Leben gefordert ist. Es ist die Frage zu stellen, ob es möglich ist, von der modernen Ethik-Diskussion her eine Verständigung zwischen „Wertkonservativen“ einerseits und Anhängern der Friedensbewegung andererseits zu erreichen. Ein angemessenes Verständnis für die unterschiedlichen Denkweisen zeigt sich in der Unterscheidung zwischen „tradiertem Lernen“, „Lernen durch Schock“ und „innovativem Lernen“, wie sie vom Club of Rome entfaltet wird. Eine Analyse der Grundstrukturen unserer Rüstungssituation — quer zu allen politischen Fronten von „Rechts“ und „Links“ — ergibt das geradezu revolutionäre Ziel einer Befähigung zu gewaltfreiem Widerstand, ein Ziel, das nur über eine Stufenfolge zunehmend radikalerer Alternativen zur bestehenden Sicherheitspolitik erreichbar ist.